Pommern

Preußens fünftgrößte Provinz (1939 = 38 409 qkm mit 2,4 Millionen Einwohnern), durch den Lauf der Oder in ein westliches Vorpommern und das östliche Hinterpommern geteilt und in seiner Struktur von vorwiegend agrarischem Charakter, schien der Entwicklung einer Arbeiterbewegung zunächst keinen günstigen Boden zu bieten. Nur Stettin war mit seiner stärkeren Bevölkerungsdichte und einer ausgedehnten Werftindustrie sowie einem sich früh entwickelnden Maschinenbauwesen eine Ausnahme.

Die Gesellenbruderschaften

Die Handwerker waren, wie überall in Preußen, auch in Pommern gut organisiert. Die Meister waren in Zünften vereinigt, die alle freiwillige Sozialleistungen erbrachten, wie die Übernahme von Begräbniskosten, Unterstützung im Krankheitsfall und eine finanzielle Entschädigung für die Aufgabe des Meisterrechtes. Dies bedeutete, wenn ein Meister sich zur Ruhe setzen wollte und sich aus der Meisterliste streichen ließ, bekam er aus dem Zunftvermögen eine einmalige Abfindung von 200 bis 300 Talern (die Summe war je nach Handwerk verschieden). Das Geld war als Altershilfe gedacht. Nach Aufhebung der Zünfte vermißten die Meister besonders diese Abfindung.

Die Gesellen waren in Bruderschaften der einzelnen Handwerke zusammengefaßt, die auch nach der Aufhebung der Zünfte weiterbestehen durften, da sie keine standes- oder wirtschaftspolitischen Ziele vertraten und der Gewerbefreiheit nicht im Wege standen. Zusammenschlüsse caritativer Art wurden anstandslos genehmigt, wenn sie sich einer Buchführungspflicht über Einnahmen und Verwendung der Gelder unterwarfen, was aber nur im Interesse der Mitglieder lag.

Die Aufgaben der Bruderschaften lagen in der Unterstützung und Beherbergung wandernder Gesellen, Gewährung von Beihilfen für erkrankte oder verunglückte Mitglieder und in der Übernahme der Begräbniskosten. Im Verlauf der Revolution 1848 fanden diese Unterstützungskassen, die auf der freiwilligen Mitgliedschaft basierten, ihre gesetzliche Regelung und sind zu den Vorläufern der Ortskrankenkassen geworden[1].

In Stettin und Stralsund spielten die Bruderschaften der Zimmerleute und der Feuerhandwerker eine besondere Rolle. Letztere umfaßte die Gesellen aller

[1] Deutsches Zentralarchiv Merseburg Rep. 120 BV 33 Nr. 3 „Die Bestimmungen wegen der Unterstützungsvereine und Kassen der Gesellen und Gehilfen 1849—51".

metallverarbeitenden Berufe, die am Schmiedefeuer oder Schmelzofen standen, also Schlosser, Schmiede, Glockengießer, Kupferschmiede, Feilenhauer, Instrumenten- und Werkzeugmacher usw.

Da beide Städte Werften hatten, war die Zahl der Schiffszimmerleute und Eisenarbeiter bedeutend. Als sich ihnen die Huf- und Wagenschmiede, Schlosser und Bauzimmerer anschlossen, entstanden Bruderschaften von erheblicher Mitgliedsstärke.

Aber auch die Maurer, Tischler, Buchdrucker, Schneider und Schuhmacher besaßen ihre Bruderschaften. Als erste Bruderschaft, die von Nichthandwerkern gegründet wurde, bildete sich die der Hafenarbeiter. Da die Beladung von Segelschiffen nicht nur eine schwere, sondern auch eine gefährliche Arbeit war, hatten die dabei Beschäftigten Unterstützungskassen.

Die Buchdrucker schlossen sich überregional zum Gutenbergbund zusammen, was erheblich dazu beitrug, daß die Gesellen dieses Handwerks im Jahre 1848 eine führende Rolle spielten. Ihrem Beispiel folgten die Zigarrenarbeiter.

In Pommern entstanden Zusammenschlüsse auf einer Basis, die politische Auswirkungen haben sollte. Die Bruderschaften der verschiedenen Handwerke schlossen sich seit 1845 zusammen, was durch die Auswirkungen der damaligen Mißernten ausgelöst wurde, die eine Anspannung aller Kräfte erforderten, um den Mitgliedern den verbilligten Bezug der Grundnahrungsmittel ermöglichen zu können. Diese „Vereinigten Gewerke", wie sie sich nannten, arbeiteten bis zur Beendigung der Hungersnot 1847 gut zusammen, sie setzten sich im April 1848 auch politische Ziele, wodurch sie bald den Weg zu Stephan Borns „Allgemeine Arbeiterverbrüderung" fanden[2].

Vereinigte Gewerke sind bereits 1848 für Stettin, Greifswald, Stralsund, Anklam und Demmin nachweisbar[3]. Der kleine Regierungsbezirk Stralsund war der am besten organisierte, und so kann es nicht überraschen, daß er 1849 zu den ersten Preußens gehörte, in denen Gewerberäte eingerichtet wurden[4].

Die Revolution von 1848/49

Während der Revolutionstage in Berlin war es in Stettin verhältnismäßig ruhig. Eine Reihe politischer Versammlungen, an denen Tausende von Menschen teilnahmen, verlief ruhig. In allen Städten wurden Bürgerwehren gebildet, welche die schwachen Polizeiverbände im nächtlichen Wachtdienst unterstützten.

Dagegen hat in den sich schnell bildenden demokratischen Zirkeln eine Reihe von Debatten über politische und soziale Reformen stattgefunden, die in einer Fülle von Resolutionen ihren Niederschlag fand. Konservative wie liberale Kreise waren sich einig, daß die Arbeitsbeschaffung als eines der wichtigsten Probleme angesehen werden mußte. Die Regierung folgte den Vorschlägen,

---

[2] Deutsches Zentralarchiv Merseburg Rep. 77 Tit. 662 Nr. 8 vol. 1 und 2.
[3] ebenda, Vol. 2 und 3.
[4] ebenda, Rep. 120 BV 35 Nr. 25.

indem sie den Eisenbahn- und Landstraßenbau in Pommern erheblich erweiterte. Als der Krieg mit Dänemark ausbrach, bekamen die Werften zahlreiche Aufträge für Kriegsschiffbauten, was ebenfalls Arbeitsplätze schuf. Dies nahm den politischen Auseinandersetzungen manches von ihrer Schärfe. Lokal begrenzte Unruhen waren freilich unvermeidbar, weil infolge der Blockade der deutschen Küste durch die dänische Marine der Überseehandel stockte und Kolonialwaren aller Art stark im Preise stiegen.

Einige, freilich kurzlebige, demokratische Zeitungen wurden gegründet, so im Frühjahr 1848 „Der Wächter an der Ostsee", „Die neue Stettiner Zeitung" und die „Norddeutsche Zeitung".

Pommern nahmen an allen politischen Parteiungen und Tagungen teil, die im Frühjahr und Sommer 1848 in ziemlich schneller Folge stattfanden. Die Delegierten waren dabei völlig unabhängig, weil es Parteien im heutigen Sinne noch nicht gab.

Auch die Arbeiterschaft rührte sich und beschickte eine Reihe von Kongressen mit ihren Vertretern. So waren auf dem Buchdruckerkongreß im Juli 1848 in Mainz Delegierte aus Anklam, Demmin, Greifswald, Grimmen, Putbus/Rügen, Stettin und Stralsund anwesend.

Auf Stefan Borns Arbeiterkongreß im August/September 1848 in Berlin war Pommern mit 22 Bezirkskommitees vertreten. Als Stettiner Abgesandter wurde u. a. der „Tischler H. Lincke für die Gesellen der vereinigten Gewerke zu Stettin, Greifswald und Anklam" genannt. Auch im „Namen-Verzeichnis" der Deputirten zum Arbeiter-Kongreß zu Berlin am 23. August 1848 werden als „stimmfähige Mitglieder" die „Gesellen der vereinigten Gewerke zu Stettin, Greifswald und Anklam" aufgeführt, außerdem heißt es: „Durch schriftliche Mittheilung betheiligt Stralsund."

Im März 1849 erschien, vom Stettiner Bezirkskomitee der „Arbeiterverbrüderung" herausgegeben, ein „Allgemeines Arbeitsblatt, Organ des Ausschusses Stettiner vereinigter Gesellenbrüderschaften und Correspondenzblatt pommerscher Arbeiter", das freilich im folgenden Jahre schon verboten wurde. Aus den 1850 verfaßten Aufzeichnungen eines Polizeikommissars Lorenz Nover geht hervor, welche pommerschen Orte „Correspondenzen mit dem Central-Comité" der Arbeiterverbrüderung in Leipzig geführt haben.

Auflehnungen gegen überholte und unzulängliche Arbeitsverhältnisse äußerten sich in unterschiedlichen Formen, gewiß auch in den ersten gewerkschaftsnahen Organisierungen, doch ebenso in Innungsvorstellungen[5].

Dennoch erreichte der allgemeine Ruf nach mehr politischer Freiheit das Erwerbsleben mit dem Ziel einer Assoziation gleichgerichteter Berufszweige. Ideen von Produktivgenossenschaften mit Ansätzen zu einer Betriebsdemokratie sollten beim Wiedererstehen der Arbeiterbewegung in den 60er Jahren des 19. Jhdts. noch eine erhebliche Rolle spielen. Stefan Born, der Arbeiterverbrüde-

[5] Wachenheim, Hedwig: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844—1914. Köln und Opladen 1967.

rung und Berufsgruppen wie den Buchdruckern, Zimmerern, Maurern und Hafenarbeitern sollte in einigen Städten Pommerns eine zukunftsträchtige Rolle zufallen. Ihre Gedanken lebten über die 48er Zeit trotz der zwischen 1849 und 1854 ausgesprochenen Verbote ihrer Zusammenschlüsse illegal oder halblegal weiter.

Die Anfänge der Arbeiterbewegung

Arbeitervereine bilden sich

Sogleich nach der in den 1860er Jahren unterschiedlich in einzelnen deutschen Ländern erfolgten Aufhebung des Koalitionsverbotes finden wir Pommern bei lokalen Zusammenschlüssen und zentralen Kongressen[6]. Auf dem „1. Vereinstag der deutschen Arbeitervereine" am 7. und 8. Juni 1863 in Frankfurt am Main ist unter anderen ostdeutschen Vereinen auch der „Stettiner Arbeiterverein" vertreten. Sein Delegierter hieß Schmidt, er trat für 250 Mitglieder auf. Auch auf dem zweiten Vereinstag, der im Jahre 1864 in Leipzig abgehalten wurde, ist der „Stettiner Arbeiterverein" in der Anwesenheitsliste vermerkt[7].

Pommersche Blätter, wie z. B. die „Stralsunder Zeitung" von 1865 und 1866, berichten von der Gründung des lassalleanischen „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins". So schlossen sich z. B. in Stralsund 18 Mitglieder aus dieser Stadt und acht aus Greifswald zusammen. 1869 waren bereits Mitglieder in Ducherow, Demmin und Barth vorhanden, so daß ein Gau Pommern gebildet werden konnte. Ihm haben sich 1871 auch Mitglieder aus Anklam und Grimmen angeschlossen.

Etwas Auffallendes hatte sich der im Sommer 1865 in Stettin begründete „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein" ausgedacht. Sein Vorsitzender, der Schuhmacher Otto Armbrost, hatte durch Vermittlung des amerikanischen Konsuls Sundoll-Stettin eine Büste des Präsidenten Abraham Lincoln geschenkt erhalten, die anläßlich einer Feierstunde im August 1865 im Vereinslokal Aufstellung fand.

Der „Stettiner Arbeiterverein" war auf den zentralen Konferenzen in Frankfurt am Main und in Hamburg vertreten. Er erhielt sogar im November 1869 den Besuch des Präsidenten von Schweitzer. Dazu heißt es in einem Lokalbericht: „Die Arbeiter hatten Herrn von Schweitzer auf dem Bahnhof mit Hochrufen empfangen und zum Versammlungslokal geleitet."

Gewerkschaftliche und politische Organisationen

Der 1865 begründete „Deutsche Tabakarbeiterverband" hatte auch in Pommern Mitglieder, die aktiv waren, denn in den folgenden Jahrzehnten streikten sie wegen besserer Lebensbedingungen in Pasewalk und Wolgast. Wie aus einer

---

[6] Balser, Frolinde: Sozialdemokratie 1848/49—1863. Stuttgart 1963.
[7] Herbert, Fritz: Die Sozialdemokratie in Pommern.

Festschrift „60 Jahre Ortsverein Stralsund im Verband der Deutschen Buchdrucker 1866—1926“ hervorgeht, traten am 1. Juli 1866 die Stralsunder Buchdrucker mit einem Ortsverein dem im Mai desselben Jahres in Leipzig gegründeten „Verband der Deutschen Buchdrucker“ bei. Die Zahl der Gründungsmitglieder betrug 18, denen sich noch acht Kollegen aus Greifswald und anderen Orten unseres Bezirks angeschlossen haben. Im Jahre 1869 existierte bereits ein pommerscher Gauverband, vom gleichen Jahre wird gemeldet:

„Am 1. April 1869 bekam der Ortsverein starken Zuwachs, indem sich die Orte Ducherow mit neun, Demmin mit zwei und Barth mit einem Kollegen dem Verbande anschlossen. Hinzu kamen im nächsten Jahre noch die Orte Grimmen mit einem und Anklam mit zwei Kollegen.“

Früh hatten sich auch die Maurer und Zimmerer zu organisieren begonnen. Der häufige Namenswechsel ihres Verbandes im Zusammenhang mit dem Anschluß benachbarter Berufsgruppen ist in dem Werk von Karl Anders „Stein für Stein — Die Leute von Bau, Steine, Erden und ihre Gewerkschaften 1869—1969“ nachzulesen. Nachdem sich 1868 ein „Allgemeiner Deutscher Zimmererverein“ und 1869 ein „Allgemeiner Deutscher Maurerverein“ begründet hatten, schlossen sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Steinhauer, Bauhilfsarbeiter, Stukkateure, Isolierer, Steinholzleger zu einem einheitlichen Verband zusammen. Er hatte in Pommern 13 Mitgliedschaften, besonders stark in Köslin, Stettin und Stralsund. In den Reihen dieser Organisation stiegen sehr bald die Brüder August und Otto Kapell auf. Die beiden gebürtigen Berliner haben wiederholt erfolgreich in Pommern agitiert und mußten dabei, weil sie über kein Gefährt verfügten, lange Fußmärsche durch Pommern und Westpreußen unternehmen. Im Jahre 1871 wurde ein Kapell „Bundeskassierer“ und gleichzeitig „Bundesagitator“.

In Stettin wurde 1869 auch ein „Deutscher Holzarbeiterverein“ begründet, im gleichen Jahre ein „Verein deutscher Schuhmacher“. Veraltete Handwerks- und Zunftvorstellungen, politisch und gewerkschaftlich weit vorausgreifende Utopien, aber auch Realvorstellungen, erste Streiks, örtliche Arbeitsnachweise und Hilfskassen, unter großen Opfern erbrachte Leistungen — die später bei den Zentralisierungsbestrebungen zu heftigen Auseinandersetzungen mit starrsinnigen „Lokalisten“ führten — mischen sich in dieser frühen gewerkschaftlichen Tätigkeit.

Die ersten großen Streiks 1869

Von Streiks in Pommern erfahren wir bereits in den 60er Jahren. Insbesondere im Jahre 1869 sind zahlreiche Lohnbewegungen festzustellen: im Juli 1869 streikten in Stettin die Arbeiter der Zuckersiederei, im August und September die Zimmerer, Mitte August legten die Tischler die Arbeit nieder, im September die Schuhmacher. Beim Streik der Zimmerer hatte die Festungskommandantur Pioniere als Streikbrecher abkommandiert. Vom Stettiner Tischlerstreik weiß die „Stralsundische Zeitung“ vom 28. August 1869 zu berichten:

„. . . hat sich gestern eine Deputation hiesiger Tischlermeister zu dem Polizeipräsidenten von Warnstedt begeben, um dessen Schutz gegen solche Tischlergesellen in Anspruch zu nehmen, welche von ihnen übernommene Accord-Arbeiten vor deren Beendigung contractwidrig verlassen haben. Der Herr Polizeipräsident hat diesen Schutz zugesagt und die Meister aufgefordert, ihm Namen und Wohnung derjenigen Gesellen zu bezeichnen, welche sich in einem solchen Falle befinden."

Bezeichnend für den Behördengeist jener Zeit in sozialen Angelegenheiten ist die Antwort, welche der Polizeipräsident auf ein Ersuchen der streikenden Tischler um „gütliche Ausgleichung der Differenzen" gab. Sein Bescheid lautete:

„Was die Verkürzung der Arbeitszeit angeht, so dürfen Sie sich, was die Festsetzung der Arbeitszeit am Sonnabend von des Morgens 6 bis des Abends 6 Uhr angeht, auf das Einverständnis der Meister wohl Rechnung machen können, während die Verkürzung der Arbeitszeit am Montag nicht motiviert ist. Übrigens muß ich Sie darauf aufmerksam machen, daß die von einem Theil der hiesigen Tischlergesellen erfolgte Arbeitseinstellung den zur Zeit noch geltenden Bestimmungen des § 182 der Gewerbeordnung, welche für ihre Handlungsweise Gefängniß bis zu einem Jahre androht, zuwiderläuft, deshalb auch das Weitere veranlaßt ist."

Stettin, den 27. August 1869

Der Polizeipräsident
von Warnstedt.

Lohnbewegungen der Buchdrucker in den Jahren 1869 bis 1871 waren erfolgreich, so daß Streiks vermieden werden konnten. In Stralsund z. B. wurde — und dies war eine Ausnahme in Pommern — nach dem Berliner Tarif bezahlt. Überhaupt blühte das Zeitungswesen in Stralsund auf, denn 1871 wurde dort eine „Baltische Zeitung" und 1886 ein „Stralsunder Courier" herausgegeben; beide Zeitungen hielten sich aber nicht lange. Immerhin hatte die starke Vermehrung von Zeitungssetzern zu einem günstigen Tarif geführt, so daß die Buchdruckergewerkschaft mit Stolz feststellen konnte: „Derselbe galt seiner Zeit als der beste Deutschlands und war vordem noch in keinem Ort des pommerschen Gaues eingeführt."

Die Lohnbewegungen dieser Jahre stärkten das Solidaritätsbewußtsein, ließen die Arbeiter die Bedeutung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erkennen, hatten vorerst aber nur geringfügige soziale Verbesserungen als Ergebnis, forderten jedoch erhebliche Opfer. Längere Streiks konnten infolge Mangels an ausreichenden Geldmitteln kaum oder nur unter erheblichen persönlichen Einschränkungen durchgehalten werden, manche Streiks gingen verloren und führten zu Streitigkeiten und Resignation in den eigenen Reihen. Aussperrungen erfolgten, bei den Arbeitgebern tauchten die hernach so berüchtigten „schwarzen Listen" auf, d. h. aktive Funktionäre bekamen am Ort keine Arbeit mehr und mußten ihr Bündel schnüren. Vom Stettiner Tischlerstreik 1869 wird berichtet:

„Mitte August hatten die Tischler eine Erhöhung des Wochenlohns von vier auf fünf Thaler und eine Kürzung der Arbeitszeit gefordert, und als die Meister

das ablehnten, die Arbeit eingestellt. Etwa 80 unverheiratete Tischlergesellen verließen Stettin."

Eine Notiz vom 16. August 1869 weist auf die Auswirkungen der Richtungskämpfe zwischen „Lassalleanern" und „Eisenachern" hin:

„Eine auf vorgestern Abend in das Devantier'sche Local berufene Volksversammlung war von etwa 600 Personen besucht. Nachdem Herr Finn zum Vorsitzenden gewählt und das Bureau gebildet war, erhielt Herr Armborst das Wort zur Berichterstattung über den Eisenacher Congreß. In einstündiger Rede kritisierte er das Benehmen der Partei Bebel-Liebknecht, welche er als die radical-republikanische bezeichnete, die sich nur scheinbar als zur Social-Demokratie gehörig gerire und eigentlich im Solde des Geldsacks stehe und bemüht sei, die lassallische Arbeiter-Vereinigung zu stürzen."

Aufschlußreich hinsichtlich der sozialen Situation ist der zweite Teil dieses Berichtes:

„Nach viertelstündiger Pause ging der Redner auf den Strike der hiesigen Kornträger über, gelangte indessen nur bis zur Schilderung des Schrittes, den die Strike-Commission bei der königlichen Commandantur wegen Zurückziehung der militärischen Arbeitskräfte getan habe. Die Commission habe jenen Schritt durch Hinweis darauf motiviert, daß das Militair hauptsächlich vom Arbeiterstande ernährt werden müsse, und daß, wenn demselben gestattet werde, dem Arbeiter Conkurrenz zu machen, letzterer außerstande sei, das Militair zu erhalten. Diese Äußerung veranlaßte den die Versammlung überwachenden Polizei-Assessor Dr. Bautz, namens der Königlichen Polizei-Direction die Versammlung aufzulösen. Zwar fand diese Auflösung von verschiedenen Seiten Widerspruch, Herr Armborst wies indessen, nachdem die Ruhe einigermaßen wiederhergestellt war, darauf hin, daß die Versammlung sich den Recurs gegen die Auflösung vorbehalte, sich indessen der Gewalt fügen müsse."

Damit sollte es jedoch nicht sein Bewenden haben. Die „Stralsundische Zeitung" berichtet über die nachfolgenden Vorfälle[8]:

„Als aber die Versammlung den Saal verlassen hatte, und auch die Polizeibeamten, welche sie überwacht hatten, sich aus dem Devantier'schen Local auf die Straße begeben wollten, zeigte ein Theil der Menge eine so drohende Haltung gegen den Polizei-Assessor Dr. Bautz, indem sogar mit Straßenkoth und Steinen nach ihm geworfen wurde, daß die Polizeibeamten es vorzogen, sich in das Local zurückzubegeben, bis von der Königsthorwache eine Patrouille von sechs Mann herbeigeholt war. Als darauf drei Verhaftungen stattgefunden hatten, wuchs die Aufregung unter der Volksmenge so, daß die Polizeibeamten es für rathsam hielten, eine Verstärkung des militärischen Schutzes bis auf 15 Mann kommen zu lassen. Dann endlich begaben sie sich nach der Stadt zurück, indem die Soldaten zum Theil mit gefälltem Bajonett die Volksmenge vor sich hintrieben."

Der Einspruch gegen die Versammlungsauflösung muß Erfolg gehabt haben, denn am 25. August 1869 schrieb die „Ostsee-Zeitung":

„Die auf heute Abend in das Devantier'sche Local berufene Volksversammlung,

[8] „Stralsundische Zeitung" vom 18. August 1869.

welche wie die letzte vom 14ten d. M. von etwa 600 Personen besucht war, wurde gleichfalls polizeilich aufgelöst; Veranlassung dazu gab die Rede des Schuhmachers Strempel."

Auch nach dieser Versammlung kam es zu Tumulten. Dem Zeitungsbericht entnehmen wir:

„Als die Anwesenden das Local verließen, fanden sie draußen außer zwölf Schutzleuten einen Unteroffizier und zwölf Soldaten. Vielleicht gerade in Folge davon sammelten sich die Theilnehmer an der Volksversammlung, so wie sie das Local verließen, auf der Straße an, um zu sehen, was passieren würde. Wiederholte Aufforderungen seitens der Schutzleute, sich nach Hause zu begeben, hatten keinen Erfolg, und so kam es zu förmlichen Attacken seitens der Soldaten, welche mit gefälltem Bajonett vorgingen, und seitens der Schutzleute, welche mit ihren Säbeln zahlreiche flache Hiebe austheilten. Ein Teil der Menge soll sich darauf von einem benachbarten Zaune mit Knüppeln bewaffnet und den Schutzleuten thätlich widersetzt haben. Ob es dabei zu Verhaftungen gekommen ist, konnte unser Berichterstatter nicht erfahren."

An diese ersten Stettiner Arbeiterversammlungen knüpften sich in den nächsten Tagen Gerüchte; man sprach von Toten, Verwundeten und Verhafteten. Die „Stralsunder Zeitung" berichtete[9]: „Es ist bei den Krawallen überhaupt niemand durch Messerstiche verwundet worden und keiner gestorben."

Überraschende Rolle der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine

Außer den von lassalleanischen und noch unklaren sozialistischen Ideenvorstellungen getragenen Arbeitervereinen und Gewerkschaften spielten in Pommern in diesen Jahren die „Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine" eine beachtliche Rolle. Im preußischen Abgeordnetenhaus hatten sich aus der „Fraktion Vincke" radikal-demokratische Abgeordnete abgesondert und am 6. Juni 1861 eine „Deutsche Fortschrittspartei" begründet, die im Geiste von 1848 „Achtung der verfassungmäßigen Rechte der Bürger" forderte. Zu ihren bedeutenden Köpfen zählten der namhafte Pathologe und Anthropologe Professor Rudolf Virchow (1821—1902), der im Parlament manchen harten Strauß mit Bismarck ausgefochten hat. Zu den geistigen Vätern dieser Partei gehörten ferner der Historiker Theodor Mommsen, Werner Siemens sowie Franz Hermann Schulze-Delitzsch (1808—1883), der den Gedanken der genossenschaftlichen Selbsthilfe in den Vordergrund stellte.

Aus solchem liberal-demokratischen Gedankengut begründeten Max Hirsch (1832—1905) und Franz Duncker (1822—1888) die nach ihnen genannten Gewerkvereine. Ihre Absicht war es, durch Reformen wirtschaftsfriedlicher Natur „den Strom der Arbeiterbewegung von jenen verderblichen sozialpolitischen Träumereien", die sie den Sozialisten vorwarfen, abzulenken und durch vorsichtige wirtschaftliche Reformen mit genossenschaftlichem Selbsthilfecharakter „auf wahrhaft erprobten volkswirtschaftlichen Bahnen" bei Vermeidung von Streiks unter Handwerkern und Arbeitern zu wirken.

---

[9] „Stralsundische Zeitung" vom 3. September 1869.

In den Jahren von 1869 bis 1884 sind in zahlreichen Orten Pommerns Ortsvereine der verschiedenen Berufsgruppen und aus ihnen zu Ortsverbänden zusammengeschlossene „Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine" nachweisbar. Das gilt für Stettin, Stralsund, Greifswald, Wolgast, Barth, Rechtenberg, Franzburg, Putbus, Steinhagen, Zingst, Elmenhorst und Griebenow. In den größeren Städten wurden Mitgliederzahlen zwischen 500 und 1 250 erreicht.

Interessant ist es, welche Berufssparten im Ortsverband zusammengeschlossen waren; in einer Mitgliederstatistik werden aufgeführt: „Brettschneider, Fabrik- und Handarbeiter, Kartenmacher, Lederarbeiter, Lithographen, Uhrmacher, Maler, Maschinen- und Bauarbeiter, Maurer und Steinhauer, Schneider, Kürschner, Schiffszimmerleute, Tischler und Berufsgenossen, .Hauszimmerleute." Daneben gibt es aber auch „Ortsvereine der Bürger und Arbeiter" und ausschließliche „Ortsvereine der Handarbeiter".

Die Lohnkämpfe nach 1871

Nach dem siegreichen Kriege von 1870/71 folgte ein schneller wirtschaftlicher Aufschwung, die sogenannten Gründerjahre, die aber mit dem Zusammenbruch zahlreicher Betriebe, durchweg Aktiengesellschaften, endeten.

Mit dem ungesunden Auftrieb der Wirtschaft waren erhebliche Preissteigerungen bei den Lebensmitteln, Mieten, Baumaterialien, Werkzeugen und Eisenwaren aller Art verbunden. Diese lösten Lohnkämpfe von bedeutendem Umfange in allen deutschen Industriebezirken aus, die auch für Pommern nachweisbar sind.

Eine Entschließung vom 5. April 1872 aus Stralsund forderte:

„Durch die hohen Preise aller Lebensmittel, Miethen und Arbeitsmaterialien sehen sich die Arbeitnehmer genöthigt, die Herren Arbeitgeber zu ersuchen, einen Lohnaufschlag von 25 Prozent zu gewähren."

In der gleichen Stadt kam es in den folgenden Monaten zu Lohnbewegungen der Weber, Tischler und „Kartenarbeiter".

Ein Schlaglicht auf die Arbeitsbedingungen jener Zeit wirft eine Lohnbewegung der Tischler im März 1873 in Stralsund. Dort faßte der „Verein der Tischlerarbeitgeber und Fachgenossen" den Beschluß,

„daß bereits im vorigen Jahre auf die Forderung der Arbeitnehmer eine Lohnerhöhung stattgefunden, seit der Zeit aber der Lebensunterhalt nicht kostspieliger geworden sei, daher auch kein Bedürfnis zur Lohnerhöhung obwalte . . . Bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit wurde einstimmig beschlossen, unter gegenseitiger Verpflichtung der Mitglieder auf Ehrenwort, diese durchaus nicht zu bewilligen, vielmehr die bisherige Arbeitszeit von 6—12 Uhr vormittags und 1—7 Uhr nachmittags strikte festzuhalten."

Der ebenfalls 1873 in Stralsund durchgeführte und erfolgreich endende Streik der Schiffszimmerer sollte ein gerichtliches Nachspiel finden. Ein Polier und ein Geselle hatten die Arbeit nicht niedergelegt und waren kritischen Äußerungen ihrer Arbeitskollegen ausgesetzt. Das Gericht ermittelte eine wahre Blütenlese

von Schimpfwörtern wie „Hundsfott, Esel, Flötz, Pantüffelmacher", ja, es wurden sogar „gewichtigere " Beweisstücke ermittelt:

„Nachmittags flog plötzlich von der Dienstbachschen Werft aus ein großes und schweres Stück Holz, ein eichener Keil, nach der Werft des Kirchhoff herüber. Das Holz flog auf das Schiff, auf welchem die Lehrlinge und der Polier arbeiteten und von da, ohne jemanden zu treffen, auf ein daneben liegendes Floß."

Hierfür erhielt der Zimmermann Barnstorff eine Woche Gefängnis zudiktiert, *während ihn der Staatsanwalt gleich für einen Monat hinter Schloß und Riegel* bringen wollte. Zum Streik der Schiffszimmerer in Barth äußert sich die „Stralsundische Zeitung"[10]: „Ein Teil der Streikenden war mit Reisegeld versehen und reiste ab." Am Ende des Streiks waren eine höhere Entlohnung, eine besser geregelte Arbeitszeit und vor allem das Problem der Unterbeschäftigung während der Winterzeit tarifvertraglich festgelegt worden.

Nachdem so in das Arbeitsleben Unruhe eingezogen war, tauchte der Gedanke von Schlichtungsausschüssen auf; in Stralsund hat „ein aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehendes Comité Professor von Gruber gebeten, über Zweck und Einrichtung von Einigungsämtern in öffentlicher Versammlung zu sprechen". Später berichtet das Comité, es habe Zirkulare an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer versandt, um festzustellen, „ob das Bedürfnis dazu vorhanden sei, und ob sie geneigt seien, solche Einigungsämter zu gründen". Die Idee war wohl verfrüht, denn das Echo blieb gering, und „das Comité hat angesichts dieser schwachen Betheiligung seine Thätigkeit eingestellt"[11].

In Stralsund fand am 26. und 27. Juni 1873 in einem Lokal, das dreißig Jahre später Gewerkschaftshaus werden sollte, ein Kongreß der deutschen Schiffszimmerleute zur Regelung der Arbeitszeit, der Lohnverhältnisse und des Lehrlingswesens statt. Zwar wurden die Forderungen und Reformvorschläge den Inhabern der Werften übermittelt, aber Möglichkeiten einer Durchsetzung besaßen die Schiffszimmerer nicht.

So konnte es nicht ausbleiben, daß es zu neuen Lohnkämpfen kommen mußte. Vom 10. Januar bis zum 13. April 1874 streikten in Westpommern die Schiffszimmerer, als die Arbeitgeber bei den ersten Anzeichen von Lohnbewegungen die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter entließen.

Dieser Streik war der längste in Deutschland, den jemals Arbeitnehmer ohne gewerkschaftliche Unterstützung durchgeführt haben. Gefordert wurde eine Arbeitszeit von zehn Stunden täglich, statt bisher elf. Was bei dringenden Aufträgen darüber hinaus geleistet werden mußte, sollte als Überstunden gerechnet werden.

Die Arbeitgeber gaben den uns heute bescheiden vorkommenden Forderungen *nicht nach, wobei ihnen freilich zugebilligt werden muß, daß die Zeit des Holz*schiffbaues mit raschen Schritten zu Ende ging und die Tage des Schiffszimmer-

[10] „Stralsundische Zeitung" vom 6. Februar 1873.
[11] gleiche Zeitungsnummer.

Abb. 26: Titelköpfe pommerscher Zeitungen

Probe-Nummer.

Stralsunder Volksstimme.

Organ für die Interessen der Arbeiter von Neu-Vorpommern und Rügen.

Erscheint wöchentlich dreimal, Mittwochs, Freitags und Sonntags früh. Abonnementspreis pro Monat 30 Pf., frei ins Haus 40 Pf., durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr.) pro Quartal 1 Mk. 20 Pf. — Insertionspreis pro 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 Pf.

Nr. 1. Stralsund, Freitag, den 27. März 1891. 1. Jahrg.

Sammlung Wilhelm Matull

Nr. 12. 10. Jahrgang.

Pommersche Gerichts-Zeitung.

Abonnementspreis pro Woche frei ins Haus 10 Pf. vierteljährlich 1,20 Mk., durch die Post bezogen 1,25 Mk.

Insertionspreis pro fünfgespaltene Petitzeile 20 Pf. Alle Annoncen-Expeditionen nehmen Bestellungen entgegen.

Mit dem reich illustrierten Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund."

Sonntag, den 18. März 1894.

Volks-Bote.

Organ für die arbeitende Bevölkerung Pommerns.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis pro Monat 35 Pf., ins Haus 50 Pf., durch die Post bezogen pro Quartal 1 Mk. 20 Pf. Insertionspreis pro 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pf. Vereinsanzeigen und Arbeitsgesuche 10 Pf. Kleinere Annoncen nur gegen sofortige Bezahlung.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Ohl, Stettin. — Druck und Verlag: Fritz Herbert, Stettin, Friedrich-Karlstr. 23.

Nr. 33. Stettin, Sonnabend den 3. Februar 1896. 12. Jahrg.

10 Pfg.

Der Vorpommer

Volksblatt für Vorpommern und Rügensche Tageszeitung

Druck und Verlag: Volksdruckerei G.m.b.H. Stralsund, Alter Markt 9. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fred Hermann Den, für die Anzeigen: E. Päsel, Stralsund.

Der Bezugspreis beträgt für den Monat 1.70 RM., Botenlohn 0.25 RM. = 1.95 RM. Bei Abholung von der Geschäftsstelle 1.70 RM. Durch die Post bezogen 1.70 RM., vorzüglich Bestellgeld, Betriebsstörungen, Streik, Verbot usw. begründen für den Leser keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. Die Post nimmt Bestellungen nur für den Kalendermonat entgegen. „Der Vorpommer" erscheint wochentägig.

Die Anzeigengebühr beträgt für die neungespaltene Petitzeile oder deren Raum 0.20 RM. Die dreigespaltene Reklamezeile wird mit 0.60 RM. berechnet. Größere Anzeigen sind am Tage vor dem Erscheinen des Blattes, kleinere Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags in der Geschäftsstelle aufzugeben. Für undeutlich geschriebene und telephonisch übermittelte Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Erfüllungsort Stralsund.

Hauptgeschäftsstelle: Stralsund, Alter Markt 9, Fernruf 1811 und 1812. Geschäftsstellen: Demmin, Klinkenberg 1, Fernruf 50; Barth, Langestr. 18, Fernruf 394; Bergen a. Rg., Bleichstraße 2, Fernruf 561. Postscheckkonto: Volksdruckerei G.m.b.H., Stralsund, Postscheckamt Stettin 8878.

10. Jahrgang. Stralsund, Sonnabend, den 5. Oktober 1895.

Der Pommer

Organ für die ländliche Bevölkerung der Provinz Pommern.

Redaktion und Verlag: Stettin, Gutenbergstraße 11. Fernsprecher 3737.

Verantwortlich: August Horn, Stettin, Druck von Appel & Co., Stettin.

Erscheint alle zwei Monate einmal und wird unentgeltlich verteilt.

Nr. 6. | **Stettin, Oktober 1911.** | **7. Jahrgang.**

An die Partei!

Parteigenossen! Der Parteitag in Jena hat die **Einheit und Geschlossenheit der Partei** in allen wichtigen politischen Fragen bekundet. Die Unterzeichneten, vom Parteitag zur Führung der Geschäfte berufen, werden alles tun, um das ihnen entgegengebrachte Vertrauen zu rechtfertigen.

Parteigenossen! Wir leben in **sorgenvoller Zeit** und gehen noch **ernsteren Tagen entgegen**. [illegible]er der

Teuerung aller Gegenstände des Bedarfs

hat der Notstand der Arbeiterklasse einen Grad erreicht, der unerträglich geworden ist und weite Vol[illegible]e zur **Verzweiflung** treibt. Die Nutznießer dieses Massenelends, die **agrarischen und industriellen Schutzzöllner**, [illegible]kleßen ihre Ohren dem Schrei der Ausgebeuteten und die **Regierung**, ihr Verwaltungsausschuß, **denkt nicht da[illegible] wirksame Abhilfe** zu schaffen.

Eine Schar Kapitalisten treibt im **Profitinteresse**, unterstützt von **ruhmsüchtigen Militärs**, eine

verbrecherische Kriegshetze,

unbekümmert darum, ob **Hunderttausende hingeschlachtet** werden, das **gesamte wirtschaftliche Leben zusammenbr[illegible] wird, Not und Elend in grauenvoller Weise** vermehrt werden.

Immer **größer wird die Zahl derjenigen**, die — soll nicht der letzte Rest von Lebensfreudigkeit zugrunde gehen — eine **Rettung nur noch** in der **Aenderung unserer politischen** und **wirtschaftlichen Zustände von Grund aus** erblicken.

Diesem **Ziele** näherzukommen und zugleich mit den Unterdrückern **gründliche Abrechnung** zu halten, **ist** dem Volke bald Gelegenheit gegeben.

Der Parteitag in Jena hat bereits in eindrucksvollster Weise das **Signal zum Wahlkampf** gegeben.

Der Wahlkampf ist damit für uns eröffnet!

Parteigenossen! Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind uns besonders günstig. **Aber täuschen wir uns nicht!** Die **Gegner** werden **Anstrengungen machen, wie** wir sie **noch nie** erlebt haben, um uns zurückzuwerfen. **Da dürfen wir nicht einen Augenblick unbenutzt lassen!**

Von heute ab muß es **mehr denn je unsere Pflicht sein, neue Mitglieder für unsere Organisation** zu werben und **neue Leser für unsere Parteipresse** zu gewinnen. Das ist der **wirkliche** und **dauernde Gewinn**, den uns neben der Vermehrung unserer Mandate und einer starken Zunahme unserer Stimmen der Wahlkampf bringen kann und muß.

Parteigenossen! Auf dem **Boden unserer Grundsätze** kämpfend, werdet Ihr den **Wahlkampf streng sachlich führen, ohne Ruh** und **Rast** mit all der **Ene[illegible] Opferwilligkeit** und **Ausdauer**, die oft genug den Neid und die Bewunderung unserer Gegner hervorgerufen ha[illegible]

Gehen wir nunmehr [illegible]dig an die Wahlarbeit!

Und kommt der **Wahltag** heran, dann [illegible] wir an zum Sturm auf die gegnerischen [illegible]zen, von denen wir auf den ersten Anlauf eine ganze Anzahl niederzurennen gedenken!

Wir wollen sorgen, daß die angeblich **Niedergerittenen von 1907 im Jahre 1912 ihren Mann stellen und fest im Sattel sitzen.**

Parteigenossen! **Auf zum frischen, fröhlichen Kampf!**

Hoch die Partei!

Berlin, den 21. September 1911.

Der Partei-Vorstand.

Bebel. Braun. Ebert. Gerisch. Haase. Liepmann. Molkenbuhr. Müller. Pfannkuch. Scheidema[illegible] Wengels. Ziet[illegible]

handwerks gezählt waren. Zahlreiche kleinere deutsche Werften, die nicht in der Lage waren, die Umstellung auf den Eisenschiffbau zu vollziehen, mußten in den nächsten Jahren schließen.

Da die Hirsch-Dunckerschen Vereine das Kampfmittel des Streiks ablehnten, deshalb auch keinen Fonds für diese etwaigen Fälle gesammelt hatten, mußten die Schiffszimmerer ihren Kampf allein durchführen. Da sie nur in wenigen Fällen über geringe Ersparnisse verfügten, ist es staunenswert, daß sie den Streik überhaupt so lange durchhielten, bis sie ihn ergebnislos abbrechen und zu den alten Bedingungen an die Arbeitsplätze zurückkehren mußten.

Die Erfahrungen dieses Streiks trugen viel dazu bei, die Arbeiter für die freien Gewerkschaften zu gewinnen, weil sie einsahen, daß sie nur von diesen bei Lohnkämpfen eine Unterstützung ihrer Interessen zu erwarten hatten. Die christlichen Gewerkschaften konnten in Pommern erst in den 90er Jahren Fuß fassen und auch das nur in bescheidenem Umfange.

Beginn der Tätigkeit der Freien Gewerkschaften

Aus der „Baltischen Zeitung" des Jahrgangs 1873 sind die unterschiedlichen Ergebnisse von Agitationsveranstaltungen gewerkschaftlicher Art zu ersehen. Von der Insel Rügen wurde geschrieben:

„In Bergen sind die volksbeglückenden Socialdemokraten nicht so gut weggekommen. Die Versammlung wurde durch den Bürgermeister von Bergen (dem Vernehmen nach wegen der aufgestellten Sammelbüchse) geschlossen, und sollen die Herren große Eile gehabt haben, abzureisen, weil sich ein Unwetter über sie zu entladen drohte."

Von Greifswald und Stralsund wurde von überfüllten Räumen gesprochen, „über 1 000 Personen, in überwiegender Mehrzahl Arbeiter". Einen interessanten Einblick in die dort vorgetragenen Gedankengänge liefert ein weiterer Bericht:

„Die Ausführungen der Agitatoren Finn und Kapell liefen darauf hinaus, das Loos der arbeitenden Klasse möglichst schwarz auszumalen und den Gegensatz zu schärfen zwischen den Arbeitern und der besitzenden Klasse, den Kapitalisten, den Bourgeois.

Aus dieser traurigen Lage könne eigene Thätigkeit und Arbeit, Selbsthülfe, nicht retten, auch nicht die freien Genossenschaften im Sinne von Schulze-Delitzsch und ähnlicher Bourgeois, nur in den socialistischen Bestrebungen liege das Heil. Als Ziel derselben wurde hingestellt die Organisation des Arbeiterstandes — oder vielmehr, da 85 Procent der Einwohner des Staates Arbeiter seien, auf deren Rücken zur Zeit die Kapitalisten alle ihre Genüsse und die von ihnen entrichteten Staatssteuern herausschlagen — die Organisation der selbst als Staat anzusehenden Arbeiter in Productiv-Associationen, welche von der Staatsregierung zu unterstützen und zu leiten seien und durch die es erreicht werden würde, daß der Arbeiter als Lohn alles das erhalte, was durch ihre Arbeit gewonnen werde und wovon sich jetzt das Capital mäste.

Freilich vom gegenwärtigen Staat sei solche Organisation nicht zu erwarten

Abb. 27: Titelblatt von „Der Pommer"

und nicht zu erlangen. Es gelte zunächst, ihn auf gesetzlichem Wege umzubilden. Das Mittel hierzu sei Durchführung des allgemeinen gleichen directen Wahlrechts und Einführung desselben für die Wahl derjenigen Körperschaften, die noch anders gewählt werden. Weiter sei erforderlich, größere Betheiligung der Arbeiter an der Politik überhaupt, namentlich durch Mitgliedschaft in dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Bei den Wahlen aber müßten die Arbeiter nur Arbeiter wählen, nur Mitglieder des Arbeitervereins. Alle Parteien redeten den Arbeitern wohl vor, daß sie es gut mit ihnen meinten, noch keine aber habe geholfen, noch keiner den Arbeitern gesagt, daß sie hungerten, wie das jetzt vom Allgemeinen Arbeiterverein gesagt werde. Die so gewählten Arbeiter-Abgeordneten hätten es dann ja in der Hand, den Staat umzuformen."

Die Anfänge der Sozialdemokratie

Die Reichstagswahl des Jahres 1874 ist für die Geschichte der pommerschen Arbeiterbewegung von besonderer Bedeutung, weil zum ersten Mal ein sozialdemokratischer Kandidat in Stettin aufgestellt wurde. Es handelte sich um den Zimmerer Otto Kapell-Berlin, der sich ein Jahr zuvor durch die mit Carl Finn unternommene Agitationstour bekannt gemacht hatte. Noch immer war die gewerkschaftliche Organisationsfrage nicht gelöst, neben dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein existierten Gewerkschaftsvereine auf sozialistischer Basis. Es gab außerdem einen „Allgemeinen Arbeiter-Unterstützungsverband". Auf einer Generalversammlung des letztgenannten Verbandes hatte Kapell ihm deswegen besondere Bedeutung zugesprochen, weil in Pommern „mit dem A.D.A.V. nicht viel zu machen war". Bei der Reichstagswahl wurden für den sozialdemokratischen Kandidaten 4 918 Stimmen abgegeben, die in der Hauptsache aus Stettin stammten.

Nun setzten Verfolgungen ein. Am 31. März 1874 wurde von einem Stettiner Gericht der Präsident des Allgemeinen deutschen Maurervereins, Paul Grottkau, wegen einer zum 18. März gehaltenen Gedenkrede zu neun Monaten Gefängnis verurteilt und sofort inhaftiert. Anschließend mußte Grottkau weitere sechs Monate wegen einer beanstandeten Wahlrede verbüßen.

Am 29. Juli 1874 wurde der Stettiner Ortsverband des A.D.A.V., wegen angeblicher Verbindung mit einem umstürzlerischen Verein, von der Polizeidirektion geschlossen und am 16. August auch die Stargarder Gemeinde verboten. Die „Stralsundische Zeitung" vom 18. August meldete:

„Nach voraufgegangener Haussuchung bei den Führern der Stargarder Socialdemokratie sind vorgestern Mittag der Buchdrucker Fritzsch, Tischler Bietzer und Korbmacher Arndt zur Untersuchungshaft eingezogen."

Dasselbe Verbot erfolgte wenige Tage später in Cammin gegenüber dem Allgemeinen deutschen Maurerbund. Die „Neue Stettiner Zeitung" gab der Hoffnung Ausdruck: „Somit dürfte nunmehr auch hier künftig den socialdemokratischen Agitationen die Spitze abgebrochen sein."

Bezüglich Stralsund und seiner Umgebung kommt Max Fank (aber auch früheren Studien von Albert Genzen und Simon Katzenstein 1911 sowie Paul

Freyer und Max Schütte 1914) das Verdienst zu, seit fast einem halben Jahrhundert nicht nur Materialien zur Geschichte der vorpommerschen Arbeiterbewegung gesammelt, sondern diese auch über turbulente Zeitläufte, verbunden mit dem Verlust wertvollen Archivmaterials, gerettet zu haben. Auf diese Weise war es möglich, ein nahezu lückenloses Bild vom Werdegang dieses Teils der pommerschen Arbeiterbewegung zu bewahren. Danach steht fest, daß in Stralsund die erste sozialdemokratische Versammlung 1872 mit Wilhelm Finn und Otto Kapell als Referenten im „Elysium" am Tribseerdamm stattgefunden hat. Wenig später ist es auf Rügen zu einem Disput mit dem Begründer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, Dr. Hirsch, gekommen. Als gar der Zimmergeselle Kapell es wagte, als Reichstagskandidat aufzutreten, erschien in der örtlichen Presse folgendes voll Empörung strotzendes „Insertum":

„Zu den Wahlen!

Wenn schon sich unser liebes Pommerland selbst das test paupert[12] dadurch ausstellt, daß es beabsichtigt, einen fremden Kandidaten für den Reichstag aufzustellen, so ist es doch in Wahrheit außer allem Spaß, daß sich ein „jung, jung Zimmergeselle" erdreistet, die Reichs-Kandidatur für den Franzburg-Rügener Kreis beanspruchen zu wollen. Unser liebes Pommernland, so sehr geliebt vom Freunde und so gefürchtet vom Feinde, soll vertreten werden bei unserem Reichstag durch einen Zimmergesellen? Nein, Wähler, ganz gleich, liberal oder konservativ, da hört die Geschichte Pommerns auf!"

Zunächst schien es, als ob solche Auffassungen die nötige Stimmung machen würden, denn Bebel erhielt 1877 und 1878 in diesem Wahlkreis eine einzige Stimme, Hasenclever 1881 auf Rügen ebenfalls eine einzige Stimme. Da war es beinahe schon ein Fortschritt, als Bebel 1881 auf Rügen 13 Stimmen bekam!

Aber allmählich ging es doch aufwärts, obwohl mit der Arbeiterbewegung Sympathisierende, wie der Gymnasiallehrer Dr. Max Schütte, aus dem Amt gejagt wurden.

Das im Jahre 1878 verhängte Sozialistengesetz traf die pommersche Arbeiterbewegung schwer und vernichtete ihre politischen, auch erhebliche Teile der freigewerkschaftlichen Organisationen. Nach anfänglicher Verwirrung hatte man sich bald gefaßt, knüpfte Fäden zu dem in die Schweiz emigrierten Parteivorstand, bezog von dort auf illegalen Wegen Zeitungen und Agitationsmaterial und bediente sich der bald wie Pilze aus dem Boden schießenden Arbeitergesang-, Arbeitersport-, Wander- und sonstigen Kulturvereine zur Kaschierung der politischen Weiterarbeit. Zwischen 1880 und 1890 sind in verschiedenen Orten Pommerns neue politische Gruppen festzustellen, deren Aktivitäten und Finanzspenden im Zentralorgan „Sozialdemokrat", das in Zürich herauskam, ihren Niederschlag fanden.

Auch die freie Gewerkschaftsbewegung machte in dieser Zeit von sich reden. Wir erfahren von Neugründungen der Tabakarbeiter in Wolgast 1880, der

[12] *test paupert = Armutszeugnis. „Jung, jung Zimmergesell" entstammt einem alten Lied der Zimmergesellenbruderschaft, das heute noch gesungen wird.*

Buchbinder in Stettin 1885, der Maurer in Stralsund 1888 und derselben Organisation in Stettin und Greifswald 1889.

Der Tabakarbeiterverband sowie der Buchdruckerverband hatten bereits Zentralorganisationen. Hingegen waren die Maurer, Kalk- und Steinträger, Drechsler, Glaser, Tischler und die Fabrikarbeiter in Lokalvereinen zusammengeschlossen.

Im Herbst 1888 wurde in Stettin-Bredow ein erfolgreicher Streik der Maurer durchgeführt. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften" quittierte zwischen Juni und November 1891 dreimal den Eingang von fast 1 000 Mark "zum Maifonds von den Genossen Stettins".

Das Sozialistengesetz zeitigte auch für Pommern zwei entscheidende Veränderungen: als Folge der Unterdrückung der Arbeiterorganisationen eine Absonderung von der bürgerlich-liberalen Welt sowie ein Feindverhältnis zum Staat. Positiv hingegen erwies sich die in der Verbotszeit immer bedeutender einzuschätzende Gewerkschaftsbewegung als zunehmend eigengesetzlicher Faktor mit einer anfänglich zögernden, dann nicht mehr zu übersehenden Integration in die wirtschafts- und sozialpolitischen Verhältnisse der Gesellschaft. Waren die Arbeitskämpfe der 70er Jahre vielfach durch Unerfahrenheit und organisatorische sowie finanzielle Schwächen gekennnzeichnet, so gewannen die Gewerkschaften während der Verbotszeit an Unabhängigkeit und Aktionsfähigkeit gegenüber dem politischen Bereich. Mit Recht konnte der „Volksstaat" schon im März 1870 von dieser Arbeiterbewegung feststellen:

„Sie ist in ihrem Prinzip gleichsam die Antithese aller bisherigen in staatlichen, kirchlichen und sozialen Einrichtungen zur Geltung gekommenen Weltanschauungen, und, obschon erst noch ein Kind, trägt sie die Gebilde einer neuen Gesellschaftsform in ihren Lenden und aus ihrem Schoß entwickelt sie die Kraft zur radikalen Umgestaltung aller Verhältnisse."

Anfänge einer Arbeiterpresse

Die Werbung für die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der pommerschen Arbeiterbewegung war anfangs mühselig: Von-Mund-zuMund-Propaganda, Zusammenkünfte in Privatwohnungen und Versammlungen in verräucherten Hinterstuben zumeist drittklassiger Lokalitäten. In größeren Orten wurden solche Versammlungsräume oft genug durch wirtschaftlichen Druck oder polizeiliche Maßnahmen verweigert, in den Dörfern waren sie überhaupt nicht zu bekommen. Auf solche Weise an einer Verbreitung des Gedankenguts gehindert, wandte man sich früh den publizistischen Mitteln zu. Arbeitervereine und Gewerkschaften schufen primitive Informationsmitteilungen; Flugblätter und Broschüren wurden auf Agitationstouren verteilt. Dann erörterte man die Schaffung einer Zeitung.

Presseorgane, die nur kurze Zeit erschienen, hatte es bereits in den 1870er Jahren gegeben, so z. B. im November 1876 eine „Stettiner Freie Zeitung". Sie war auf Grund eines Ostern 1876 auf einer Stettiner Konferenz gefaßten Beschlusses herausgegeben worden. Ihr Redakteur hieß Zilowski, ein seit langem

besonders in den Maurervereinen tätiges Mitglied des A.D.A.V. Die Herstellung erfolgte in einer Berliner Genossenschaftsdruckerei. Infolge von Zwistigkeiten in der Stettiner Organisation kam es zur Herausgabe eines zweiten Organs, der „Stettiner Freien Presse", die in Rostock gedruckt und von Hottschick als Redakteur gestaltet wurde. Beide Konkurrenzzeitungen mußten ihr Erscheinen bald einstellen. Eine Zeitlang hat auch ein in Rostock herausgebrachter „Mecklenburgisch'-Pommerscher Arbeiterfreund" existiert[13].

Gerne wurden auch sowohl in den Städten als auch auf dem Lande der „Volksstaat-Kalender" (erschien seit 1873 in Leipzig im Verlag der Genossenschaftsdruckerei) und „Der arme Conrad, Illustrierter Kalender für das arbeitende Volk" (erschien seit 1876 ebenfalls in der Leipziger Genossenschafts-Buchdruckerei) gelesen. Die Auflage des ersteren erreichte gegen 50 000 Exemplare; er enthielt neben dem üblichen Kalendarium soziale Elendsschilderungen „aus einem Proletarier-Leben", aber auch Erinnerungen an die 1848/49er Zeit und tagespolitische Betrachtungen.

Der entscheidende Schritt wurde erst getan, als nach dem Erfolg bei den im Oktober 1884 durchgeführten Reichstagswahlen, bei denen die Sozialdemokraten in Stettin 1 138 Stimmen erhielten, die Herausgabe einer Wochenzeitung beschlossen wurde, die am 1. Juli 1885 als „Volksbote, Organ für die arbeitende Bevölkerung Pommerns" erschien. Ihr maßgeblicher Kopf war der Buchdrucker Fritz Herbert.

Der Zeitungsgründer Fritz Herbert

Fritz Herbert wurde am 7. Juni 1860 in Artern/Thüringen geboren. Er erlernte das Schriftsetzerhandwerk. Sein Beruf bot ihm Möglichkeiten zu mannigfacher Bildung, so daß er früh in die Reihen jener Buchdrucker treten konnte, die der Arbeiterbewegung bedeutende Führungskräfte geschenkt haben. Mit einem Kreis gleichgesinnter Berufskollegen unternahm er 1884 das Wagnis der Gründung einer sozialdemokratischen Zeitung.

Zwar schien der gerade einsetzende Wirtschaftsaufstieg einer solchen Unternehmung günstig zu sein, doch gab es in Stettin bereits vielgelesene Tageszeitungen wie den „General-Anzeiger" und die „Stettiner Abendpost". Außerdem hatte man andernorts mit der Gründung von Arbeiterzeitungen nicht immer gute Erfahrungen gemacht, so daß Ignaz Auer auf dem Gothaer Kongreß warnen mußte:

„So erfreulich nun auch die Ausbreitung und Vermehrung unserer Presse ist, so muß doch an dieser Stelle vor übereilten Schritten und besonders vor schlecht fundierten Unternehmungen gewarnt werden. Die Presse soll sein und ist unser bestes Agitations- und Kampfmittel, aber damit sie dieses sein kann, muß sie möglichst selbständig und sicher gestellt sein."

Ausdrücklich nahm der Kongreß eine Entschließung für die örtlichen Parteiorganisationen an, „die Gründung von Lokalblättern nur dann vorzunehmen,

[13] Jancke, Karl: Die politische Tagespresse Pommerns. Phil. Diss. Heidelberg 1921.

wenn die Existenzmöglichkeit erwiesen und die Zustimmung des Zentralwahlkomitees erfolgt ist."

Die Stettiner Parteifreunde waren also vorgewarnt. Es war auch keineswegs so, daß der erwartete Abonnentenkreis nicht schon mit Publikationen versorgt gewesen wäre; es gab außer dem seit 1876 in Berlin erscheinenden „Vorwärts" ausreichend Fach- und Gewerkschaftsblätter, die auch zu politischen Fragen Stellung nahmen.

Was Fritz Herbert unternahm, war in Anbetracht der politischen Lage und Zeitumstände ein Wagnis. Seit 1878 schwebte nämlich das Damoklesschwert des „Sozialistengesetzes" über Organisationen wie den sie leitenden Menschen; Zeitungen wurden am laufenden Band verboten. Außerdem war der aus der Schweiz eingeschmuggelte „Sozialdemokrat", der auch Notizen aus Pommern brachte, eine begehrte Lektüre.

Fritz Herbert erwies sich trotz seiner jungen Jahre nicht nur als unternehmungslustiger Zeitungsgründer, er zeichnete sich auch durch beachtliche journalistische Fähigkeiten aus, für die nicht nur seine Zeitungsartikel zeugten, sondern auch ein Schauspiel „Herrenrechte" und seine Publikation„ Die Sozialdemokratie in Pommern". So erschien dann am 1. Juli 1885, zunächst einmal in der Woche, bald darauf zwei-, dann dreimal wöchentlich der „Volks-Bote, Organ für die arbeitende Bevölkerung Pommerns". Für Druck und Verlag zeichnete Fritz Herbert, Stettin, Friedrich-Karl-Straße 28, verantwortlich, als Redakteure lösten sich nach ihm Carl Nathusius und Otto Ohl ab, denen dann u. a. L. Quessel (1905), E. Mehlisch (1907—1910), Gustav Schumann (1914), Paul Pankowski und Erich Ott (1927) folgen sollten.

Wenn man die Zeitungsbände der frühen Jahre in die Hand nimmt, so findet man sie im Stile jener Zeit „mit langen Riemen" und endlosen Sachberichten aufgemacht. Über den Reichstag wird ausführlich berichtet, natürlich auch über die Verhältnisse in Pommern. Für das Niveau der Unterhaltungsbeilagen waren die sozialdemokratischen Zeitungen jener Jahre bekannt.

Die Lokal- und Provinznotizen spiegelten ein reges Organisationsleben wider; so berichteten sozialdemokratische Wahlvereine, Frauenbildungsvereine, aber auch unterschiedliche gewerkschaftliche Gruppen wie Zimmerer, Schmiede, Tischler, Schuhmacher, Schneider und Näherinnen. Es inserierte ein „Verein der Stettiner Getreideträger", der „Stettiner Bildhauer-Verein" lädt zu einem Maskenball ein, wie überhaupt solche Vergnügungen eine Rolle spielten. Ein Schlaglicht auf die Zeitverhältnisse warf ein Inserat „Öffentliche Versammlung der Arbeitslosen Stettins im Kaisergarten von Alt-Torney" mit dem bezeichnenden Zusatz: „Kein Bierzwang, keine Tellersammlung." Schließlich geht aus den frühen Anzeigen hervor, daß es Abonnenten auch außerhalb von Stettin gab; es wurden Abonnentenabholstellen in Grabow, Bredow, Züllchow, Alt-Damm, Gartz, Stolzenhagen, Cammin, Stolp, Wolgast, Grimmen und Swinemünde aufgeführt.

Man muß den Wagemut von Fritz Herbert bewundern, während des Sozia-

listengesetzes eine solche Zeitung herauszubringen. Aufregungen blieben ihm denn auch nicht erspart. Wie an vielen anderen Orten wurde 1887 vor den Reichstagswahlen, zu denen Fritz Herbert für Stettin kandidierte und 4 279 Stimmen erhielt, über Stettin, Grabow, Alt-Damm und die umliegenden Amtsbezirke der „Kleine Belagerungszustand" verhängt.

Nach einer polizeilich aufgelösten Wahlversammlung, deren Teilnehmer anschließend durch Militär auseinandergetrieben worden waren, wobei es einen Toten und mehrere Verwundete gegeben hatte, wurden 53 Sozialdemokraten ausgewiesen; einige gingen für immer in die Vereinigten Staaten. Fritz Herbert übersiedelte mit seinem „Volks-Boten" nach Stargard, von wo aus er erst wieder am 19. April 1890 nach dem Fall des Sozialistengesetzes mit seiner Zeitung nach Stettin zurückkehren sollte.

Im Jahre 1887 hatte er noch ein recht unangenehmes Erlebnis gehabt; als er nämlich am Wahltag zur Regelung geschäftlicher Angelegenheiten zu seiner Familie nach Stettin gekommen war, wurde er verhaftet und zu Gefängnis verurteilt. Allen Schikanen zum Trotz erschien aber der „Volks-Bote" von Stargard aus weiter, bis er nach 1890 ungehindert einen glänzenden Aufstieg nehmen konnte.

Nachdem Fritz Herbert am 19. April 1890 mit dem Verlag des „Volksboten" von Stargard wieder nach Stettin zurückgekehrt war, ging sein „Volksbote" bald „wie auf Hefe". Wenn man die Seiten dieses „Organs für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung der Provinz Pommern", für das jetzt Carl Nathusius als verantwortlicher Redakteur zeichnete, durchblättert, findet man in den Inseraten und Versammlungsankündigungen eine Widerspiegelung der nun lebendig werdenden Arbeiterbewegung. Fast protokollartig wird über Reichstagssitzungen berichtet, besonderer Wert wird auf ein niveauvolles Feuilleton gelegt, es gibt ausführliche Buchbesprechungen und selbstverständlich auch einen guten Roman. 1891 konnte das Wagnis eines zweiten Presseorgans unternommen werden: am 27. März 1891 erschien als Kopfblatt von Stettin die Nr. 1 einer „Stralsunder Volksstimme".

Von der Aufhebung des Sozialistengesetzes bis 1914

Der Aufbau der sozialdemokratischen Parteiorganisation

Als 1890 das Sozialistengesetz fiel, zeigte es sich sofort, wieviel organisatorische Voraussetzungen unter dem Schleier des Verbots geschaffen worden waren. Aus Spar-, Bildungs- und Geselligkeitsvereinen formierten sich rasch politische Gruppen, ganz besonders blühten die Gewerkschaften auf. Das war vorahnend bereits aus den Reichstagswahlen abzulesen gewesen; in Stettin wurden für die SPD an Stimmen abgegeben: 1876 = 2 102, 1881 = 914, 1884 = 1 138, 1887 = 4 279 und 1890 = 7 761.

Nicht nur in der Hauptstadt Pommerns war die Stimmenzahl angestiegen, sondern unter ungleich schwierigeren Bedingungen auch in der Provinz. In

Greifswald zählte man 1890 200 sozialdemokratische Stimmen. In Stralsund kandidierte der frühere Maurer und jetzige „Viktualienhändler" Eduard Müggenburg" zum Reichstag und erhielt 417 Stimmen = 9,94 %.

Sozialdemokratische Wahlvereine sind in Stettin und Greifenhagen 1890, in Stralsund und Stargard 1891, in Greifswald und Ueckermünde 1893 begründet worden. In anderen Orten existierten Arbeiterbildungsvereine als Ersatz für die politische Organisation. Daneben bestand ein Vertrauensmännersystem in allen Wahlkreisen, das jedoch aus vereinsgesetzlichen Rücksichten nicht einheitlich zusammengefaßt werden durfte; um die Koordinierung kümmerte sich der Bezirksvertrauensmann Knappe aus Stettin.

Zur Reichstagswahl von 1891 konnten in fünf Wahlbezirken Kandidaten aufgestellt werden. Während in Stettin Fritz Herbert in die Stichwahl kam, erreichte der Maurer Eduard Müggenburg im Wahlbezirk Stralsund-Franzburg-Rügen 735 Stimmen, Fritz Herbert, der außer in Stettin auch in Grimmen-Greifswald kandidiert hatte, erzielte dort 763 Stimmen. Beachtliche Wahlergebnisse für die SPD gab es außerdem in den Wahlkreisen Randow-Greifenhagen und Ueckermünde-Usedom-Wollin.

Teilnahme an Parteitagen und Konferenzen

Drachholz und Trappe vertraten als Delegierte Stralsund 1891 auf dem Stettiner Provinzialparteitag im Juni und auf dem Erfurter Gesamtparteitag im Oktober[14].

Rege beteiligten sich auch die Frauen innerhalb der Parteiorganisation; auf der 3. Frauenkonferenz in Bremen 1904 wurden von einer Stralsunder Delegierten „die erbärmlichen Löhne der Arbeiterinnen der Stralsunder Spielkartenfabrik, wo 20jährige Arbeiterinnen 4 bis 4,50 Mark pro Woche verdienten", angeprangert. Stralsund hat sich seit 1892 durch würdige Gestaltung von Maifeiern und gediegene Bildungsarbeit hervorgetan, für die zwanzig Jahre hindurch Glaue und Möller verantwortlich zeichneten.

Aufschwung der gewerkschaftlichen Arbeit

Auf gewerkschaftlicher Seite kam es — wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten — zur Ablösung der „Lokalisten", also der örtlichen Lokalvereine, durch eine zentrale Organisation. 1893 entstand das Ortskartell Stettin mit 29 Gewerkschaften (1904 = 6 260 Mitglieder), 1896 Randow-Greifenhagen (1902 = 14 Gewerkschaften mit 1 240 Mitgliedern), 1896 Kolberg (mit acht Gewerkschaften und 497 Mitgliedern), 1898 Stralsund (1899 = zehn Gewerkschaften mit 367 Mitgliedern), im gleichen Jahr Greifswald (1904 = neun

[14] Fank, Max: 40 Jahre Sozialdemokratie. Stralsund 1931.
Matull, Wilhelm: Aus der Frühzeit der pommerschen Arbeiterbewegung. In „Ost- und Mitteldeutscher Heimatbote", 16. Jg. Nr. 7/8, Juli/August 1698.
Schütte, Max: Historische Entwicklung der Stadt Stralsund und der Stralsunder Arbeiterbewegung. Stralsund 1914.

Gewerkschaften und 382 Mitglieder) und Wolgast (1904 = sieben Gewerkschaften und 335 Mitglieder), 1900 Köslin (1904 = neun Gewerkschaften und 1 073 Mitglieder), 1902 Stargard (fünf Gewerkschaften und 258 Mitgliedern) sowie Stolp (fünf Gewerkschaften mit 79 Mitgliedern), ferner 1902 und 1903 Rummelsburg, Swinemünde, Anklam und Barth. Kleine Kartelle bildeten sich in Ahlbeck, Bergen, Gartz, Gollnow, Greifenberg, Gützkow und Lassan.

Aus den Berichten dieser Ortskartelle lassen sich aufschlußreiche Rückschlüsse auf die einzelnen Mitgliederorganisationen ziehen: so waren z. B. in Stettin 35 Bäcker, 270 Bauarbeiter, 20 Bildhauer, 150 Böttcher, 29 Buchbinder, 9 Buchdrucker, 114 Former, 900 Fabrikarbeiter, 350 Holzarbeiter, 70 Transportarbeiter, 108 Kupferschmiede, 14 Konditoren, 6 Handschuhmacher, 135 Maler, 580 Metallarbeiter, 50 Heizer, 60 Steindrucker und Lithographen, 21 Stukkateure, 130 Steinsetzer, 100 Sackträger, 140 Schuhmacher, 110 Schneider, 40 Schmiede, 650 Seeleute, 106 Töpfer, 72 Tapezierer und 650 Zimmerer organisiert.

Zur Aufklärung und Werbung bediente man sich sowohl der schriftlichen als ganz besonders der mündlichen Agitation. Während die Landarbeiter noch überhaupt kein Koalitionsrecht besaßen, hatten es die Arbeitnehmer in den kleinen Städten unter den Augen ihres Brotherrn nicht minder schwer. Skurril war die Situation für „Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge", denen das preußische Vereinsgesetz „die Teilnahme an Sitzungen und Versammlungen politischer Vereine verbot". Wo man großzügig war, konnten Frauen in einem durch eine Leine abgegrenzten Teil des Versammlungslokals als schweigende Zuhörer teilnehmen.

Erst um die Jahrhundertwende tauchten eigene Gewerkschaftshäuser auf. Max Fank hat sich der Mühe unterzogen, für Westpommern solche Tagungsstätten festzustellen. In Stralsund existierte seit 1901, in Greifswald seit 1913 ein Gewerkschaftshaus; in Wolgast, Barth, Bergen, Lassan, Stargard standen zeitweise Gastwirtschaften oder Säle zur Verfügung. In Grimmen, Loitz, Tribsees, Gützkow, Putbus, Zingst und Draschwitz auf Rügen mußte in Privatwohnungen getagt werden. Bis zur Jahrhundertwende konnte man in Grimmen, Loitz, Tribsees, Gützkow, Putbus und Zingst überhaupt keine öffentlichen Versammlungen durchführen, in anderen Orten tagte man „unter freiem Himmel beim Spritzenhaus, auf dem Schützenplatz, im Mühlengrund oder in einer Sandgrube".

Das Stettiner Arbeitersekretariat

Verhältnismäßig spät, nämlich erst im Juli 1904, konnte in Stettin ein Arbeitersekretariat eingerichtet werden, das den Gewerkschaftsmitgliedern zu Auskünften, Beratungen und Vertretungen vor Gericht zur Verfügung stand. Es haben sich aus den Jahren 1904 und 1905 „Jahresberichte über das Arbeitersekretariat und die Tätigkeit des Kartells, nebst Rechnungslegung, sowie Berichte der einzelnen Gewerkschaften über stattgehabte Lohnbewegungen und sonstigen Maßnahmen" erhalten, in denen das „Gewerkschaftskartell Stettin

und Umgegend" Rechenschaft über sein Tun ablegt. Interessant ist dabei die Schilderung des wirtschaftlichen und sozialen Milieus aus gewerkschaftlicher Sicht, heißt es doch:

„Pommern ist, abgesehen von Stettin, eine rein ländliche Provinz. Die vielen kleinen Besitzer gebrauchen eine stattliche Anzahl von Dienstboten, und bei der schlechten Bezahlung und Behandlung der letzteren, die die aufgeweckteren bei der ersten besten Gelegenheit zur Übersiedlung in die Stadt veranlassen, hört der Mangel an ihnen eigentlich nie auf."

Aber auch von Stettin selbst kann nichts Erfreuliches berichtet werden. Lakonisch wird formuliert:

„Stettin ist unter den Großstädten des Deutschen Reiches die Stadt der Arbeitslosigkeit und der Schundlöhne."

Wie überaus schwierig und wechselvoll sich die Arbeitsbedingungen im soeben begonnenen 20. Jahrhundert darboten, geht aus einer Charakteristik der bekannten Schiffswerft „Vulkan" hervor:

„Aber der Vulkan gereicht seiner Heimatstadt Stettin nicht zum Segen, sonder zum Fluche. Ist er voll beschäftigt, drängen die Auftraggeber; kommt es darauf an, die Bestellung eines guten Kunden in kürzester Frist fertigzustellen, so werden Hunderte von Arbeitern von außerhalb herangezogen, der Arbeiterstamm schwillt mit einem Male von 4 500 und 5 000 Mann auf 7 000 an, und es wird Tag und Nacht gearbeitet."

Dann wieder folgte plötzlich große Arbeitslosigkeit.

Das Stettiner Arbeitersekretariat hatte anfänglich unter häufigem Personalwechsel zu leiden. Als erster Sekretär fungierte Dr. Winter, der sich zuvor in Oberschlesien bewährt hatte. Kaum hatte er die neue Position übernommen, erkrankte er schwer und mußte sein Amt aufgeben. Ihm folgte am 15. Oktober 1904 Ernst Kirchberg, der vorher fünf Jahre in Waldenburg gewirkt hatte. Er blieb jedoch nur anderthalb Jahre auf seinem Posten, dann übernahm O. Sendke aus Brandenburg das Stettiner Arbeitersekretariat.

Nicht alle Gewerkschaften waren mit der Einrichtung dieses Sekretariats einverstanden, wird doch im Jahresbericht von einer Ablehnung durch die Organisationen der Hafenarbeiter und Maurer berichtet. Als interessant erweisen sich die Mitgliedsstatistiken: 1904 sind im Gewerkschaftskartell 6 200 Gewerkschafter vereinigt, darunter 965 Metallarbeiter von insgesamt 8 500 Beschäftigten, 993 von 1 300 Seeleuten, fast alle Zimmerer, nämlich 504 von 530, jedoch nur 42 Handlungsgehilfen von 3 000.

Die beiden insgesamt hundert Seiten umfassenden Jahresberichte schildern die zahlreichen Lohnbewegungen im Stettiner Bereich, werfen aber auch einen Blick in die Verhältnisse auf dem Lande, wobei der Schulkindermißbrauch verurteilt wird. Merkwürdig erscheint ein Streit um die Abhaltung von Gewerkschaftsfesten, obwohl diese einen finanziellen Überschuß erbrachten; in Stettin hatten sich im Tiergartenlokal aus solchem Anlaß 5 000 Menschen ver-

Abb. 28: Programm des Stettiner SPD-Parteitages 1914

Liste der Teilnehmer

am Pommerschen Parteitag 1914

Delegierte

Wahlkreis Anklam-Demmin

Stein, Max, Anklam
Calsow, Willi, Anklam
Schoknecht, Bernhard, Demmin
Grond, Albert, Leopoldshagen

Wahlkreis Ueckermünde-Usedom-Wollin

Glufchke, Albert, Torgelow
Stubbe, Frau, Torgelow
Theilig, Albert, Torgelow
Will, Frau, Torgelow
Böttcher, Reinhold, Pasewalk
Pieperhorn, Ueckermünde
Krumtum, Swinemünde
Grimm, Georg, Ahlbeck
Matz, Konigsfelde
Magel, Paul, Jatznick

Wahlkreis Randow-Greifenhagen

Zyliegan, Frau, Grabow
Heppner, Franz, Grabow
Biester, Willi, Grabow
Wichmann, Albert, Grabow
Wegner, Frau, Nemitz
Herrmann, Arnold, Nemitz
Engelke, Max, Ober-Bredow
Höfs, Otto, Unter-Bredow
Baltian, Gustav, Züllchow
Schulz, August, Stavendorf
Dittmann, Hermann, Pölitz
Thürmann, Franz, Greifenhagen
Behn, Hermann, Finkenwalde

Wahlkreis Stettin

Buchelt, Frau, Stettin
Gantz, Paul, Stettin
Horn, Frau, Stettin
Hägert, Karl, Stettin
Henning, Emil, Stettin
Mantike, Otto, Stettin
Pautzke, Gustav, Stettin
Schneider, Ernst, Stettin
Schöpfer, Hermann, Stettin
Wolf, Gustav, Stettin

Wahlkreis Pyritz-Saatzig

Hoffmann, Franz, Stargard
Sasse, Rudolf, Pyritz

Wahlkreis Naugard-Regenwalde

Höfs, Franz, Gollnow
Sell, Wilhelm, Regenwalde

Wahlkreis Greifenberg-Cammin

Meyer, William, Stettin
Schmidt, August, Treptow-Rega

Wahlkreis Stolp-Lauenburg

Krause, Franz, Stolp
Froese, Heinrich, Lauenburg

Wahlkreis Bütow-Schlawe-Rummelsburg

Imhof, Martin, Schlawe
Böttcher, Heinrich, Rügenwalde

Wahlkreis Kolberg-Köslin

Prüfer, Karl, Köslin
Grünwald, Paul, Köslin
Ostwald, Richard, Kolberg

Wahlkreis Belgard-Dramburg-Schivelbein

Tobold, Max, Schivelbein

Wahlkreis Neustettin

Jahnke, Ernst, Neustettin

Wahlkreis Stralsund-Rügen

Freyer, Paul, Stralsund
Prehn, Wilhelm, Stralsund
Schröder, Frau, Stralsund
Paetrow, Frau, Stralsund
Horst, Karl, Barth
Ladendorf, Friedrich, Barth
Timm, Karl, Barth
Wegner, Frau, Barth
Plüge, Ernst, Bergen
Arndt, Albert, Sagard
Klitz, Albert, Sehlen

Wahlkreis Greifswald-Grimmen

Schulz, Wilhelm, Greifswald
Kohn, Frau, Greifswald
Salow, Fritz, Greifswald
Tesch, Johannes, Wolgast
Reintrog, Johannes, Wolgast
Schmuhl, Theodor, Gützkow
Kriedemann, H., Lassan

Sonstige Teilnehmer

Reichstagsabgeordnete und Kandidaten

Körsten, Alwin, Berlin
Vogtherr, Ewald, Dresden
Hanke, Otto, Berlin
Karzenstein, Simon, Charlottenburg

Zietz, Luise, Berlin, Vertreterin des Parteivorstandes
Heise, Stephan, Stettin, Vertreter der Redaktion des „Volksboten"
Kröger, Wilhelm, Rostock, Parteisekretär von Mecklenburg

Kontrollkommission

Storch, Franz, Stettin
König, Franz, Gollnow
Steinfohr, Paul, Jatznick
Gobel, Wilhelm, Stralsund
Karus, Karl, Köslin

Bezirksvorstand

Milenz, Richard, Stettin
Herbert, Fritz, Stettin
Ernst, Ludwig, Stettin
Kuntze, Alexander, Stettin
Höfs, Frau, Stettin
Schmidt, Heinrich, Randow-Greifenhagen
Hanisch, Alois, Randow-Greifenhagen
Müller, August, Randow-Greifenhagen
Zyliegan, Fritz, Randow-Greifenhagen
Horn, Aug., Parteisekretär, Stettin

Parteitag

der Sozialdemokratischen Partei der Provinz Pommern

am 5., 6. und 7. Juli 1914

zu Stralsund im Gewerkschaftshaus, Frankendamm 38

Provisorische Tagesordnung

Sonntag den 5. Juli abends präzise 8 Uhr

Eröffnung

Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungs- und anderer Kommissionen

1. Bericht des Bezirksvorstandes
   a) Geschäftsbericht . . . . . Berichterstatter August Horn
   b) Kassenbericht . . . . . Berichterstatter Heinrich Schmidt
   c) Bericht der Kontrollkommission . . Berichterstatter Franz Storch
2. Presse . . . . . Berichterstatter Alex. Kuntze
3. Die proletarische Frauenbewegung
   Berichterstatterin Luise Zietz-Berlin
4. Wirtschaftspolitik und Agrariertum
   Berichterstatter Ewald Vogtherr
5. Der internationale Kongreß
6. Anträge
7. Wahl des Bezirksvorstandes, der Kontroll- und Preßkommission und des Ortes für den nächsten Parteitag

Archiv für pommersche Sozialgeschichte

sammelt. Orte wie Bredow, Grabow und Züllchow sind besonders hartnäckige Befürworter solcher Veranstaltungen, während man andernorts mit Niveau und Ablauf derartiger Feste nicht einverstanden war. Immerhin muß das Arbeitersekretariat Stettin in den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg positive Resultate erzielt haben, denn 1910 wurde ein zweiter, 1912 sogar ein dritter und vierter Angestellter beschäftigt. Dieser Aufbau ging konform mit der Zunahme hauptamtlicher Sekretäre in den einzelnen Gewerkschaften.

In Stralsund konnte ein seit 1902 existierendes Arbeiterrechtsbüro im Jahre 1910 in ein Arbeitersekretariat unter Wilhelm Goebel umgewandelt werden.

Einem Höhepunkt entgegen

Die Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren gekennzeichnet von einem wirtschaftlichen Aufstieg, an dem auch die Arbeiterbewegung partizipierte, ferner von einem politischen Machtzuwachs und einer bedenklichen Zunahme des Prestigedenkens sowie einem stärkeren Selbstbewußtsein der Menschen, allerdings im Rahmen weitgehend überständiger Traditionen. Die politischen und gewerkschaftlichen Kongresse jener Jahre sind nicht nur erfüllt vom berechtigten Stolz auf anschwellende Mitgliederzahlen, eine Verankerung der Organisation durch eine Verwaltungsbürokratie in den eigenen Reihen, sondern auch durch Probleme, die sich bisher, etwa in der Außen- und Wehrpolitik, im Anteil an wirtschaftlicher und sozialer Mitgestaltung, vor allem aber in den Beziehungen zwischen radikalen Ideenvorstellungen und Realitäten in Staat und Wirtschaft so konkret noch nicht gestellt hatten. Vielfach überdeckte der Glanz des äußeren Erfolges die diffiziler werdenden Sachfragen, deren Gewichtigkeit z. T. erst nach 1914 erkannt wurde.

An dieser raschen Aufstiegsperiode hatte auch die pommersche Arbeiterbewegung starken Anteil. Das ist aus einer Vielzahl von Fakten und Zahlen ablesbar. Die Gewerkschaftskartelle hatten sich 1913 auf 15 vermehrt, in ihnen waren 35 388 Mitglieder zusammengefaßt; hinzu kamen noch weiter 12 000 Gewerkschaftler, die in kleineren Orten nicht in Kartellen zusammengeschlossen waren. Bemerkenswert erscheint, daß es elf Bildungsausschüsse, zwölf gemeinsame Bibliotheken und elf Jugendkartelle gab. Da sich eine so vielfältige Arbeit nicht mehr allein ehrenamtlich bewältigen ließ, kam es zur Anstellung hauptamtlicher Sekretäre, die außer Verwaltungs-, Verhandlungs- und Redetalenten auch Spezialkenntnisse in Arbeitsrecht und Versicherungsfragen aufweisen mußten. Ein „Arbeiterführer für Pommern" (Frankfurt/Main, 1914) weist u.a. neue Gewerkschaftskartelle in Loitz, Rechtenberg-Franzburg, Schivelbein und Treptow aus, während Einzelgewerkschaften in Bahn, Bublitz, Bütow, Jatznick und Löcknitz bestanden. Erste Versuche, die Landarbeiterschaft zu organisieren, konnten erst ab 1905 nach Lockerung einengender Bestimmungen des Koalitionsrechts unternommen werden.

Von Lohnkämpfen werden 1900 ein Streik der Kolberger Platz- und Bauarbeiter, 1901 Streiks von 1 200 Maurern in Stettin, der Pasewalker Tabak-

arbeiter und der Wolgaster Zimmerer erwähnt. 1905 kam es zu einem lange Monate dauernden Maurerstreik. 1905/06 ging ein Brauereiarbeiterstreik verloren, obwohl die Gewerkschaften einen Bierboykott durchgeführt hatten. Aus Wolgast wird 1908 die Verurteilung von sechs streikenden Zementarbeitern zu insgesamt zweieinhalb Jahren Gefängnis gemeldet[15]. 1912 wurde bei einer Lohnbewegung der Speditionsarbeiter in Stolp Militär abkommandiert. Von August bis November 1913 streikten 530 städtische Arbeiter im Stettiner Hafen; dieser Kampf wurde so erbittert geführt, daß es 21 Klagen und 36 Strafmandate gab.

Außer den freien Gewerkschaften hielten sich immer noch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Aus dem letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg wird von ihren Tätigkeiten in Stettin (drei Ortsvereine), Stralsund (sechs Ortsvereine), Greifswald (fünf Ortsvereine), Pasewalk (fünf Ortsvereine), Stolp, Stargard und Köslin (je zwei Ortsvereine) berichtet (Stand 1913). Die christlichen Gewerkschaften vermochten in Pommern nur mühsam Fuß zu fassen; auch ihre politische Vertretung im Zentrum blieb in dieser Provinz schwach. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hatte Mitglieder in Demmin, Greifswald, Köslin, Kolberg, Pasewalk, Stettin, Stolp, Stralsund und Swinemünde[16]. Sowohl katholische als auch evangelische Arbeitervereine existierten in Pommern.

Die Stettiner freien Gewerkschaften hatten ihr Domizil im Hause Große Oderstraße 18/20 (seit 1905). Dort amtierten vor 1914 u. a. Albert Bülow als Arbeitersekretär in der Nachfolge von Otto Sendke, der 1911 Geschäftsführer des „Volksboten" geworden war. Ihm war seit 1908 Adolf Decker als Arbeitersekretär und Geschäftsführer des Gewerkschaftskartells beigegeben. Die Seeleute und Binnenschiffer waren entsprechend ihrer zahlenmäßigen Bedeutung durch mehrere hauptamtliche Kräfte vertreten; als Gauleiter fungierte Adolf Decker, örtliche Aufgaben nahmen Karl Ehlert, Robert Falkenberg, Wilhelm Genrich, Johannes Halbeck, Karl Lünser und Heinrich Reinisch wahr. Gauvorsteher des Holzarbeiterverbandes war Richard Falkenberg. Gauvorsteher des Buchdruckerverbandes Paul Hannack, den Fabrikarbeiterverband repräsentierten Max Junge und Robert Wiesenhütter, die Zimmerer Karl Michaelis, die Gemeindearbeiter Heinrich Momm, die Bauarbeiter Wilhelm Schauer, die Metallarbeiter Fritz Seegert. Von den Genannten waren Falkenberg, Hanisch, Schauer und Sendke Stadtverordnete. Der Gewerkschaftsjugend nahmen sich besonders August Horn und Johannes Pagers an.

In Stralsund konnten die Gewerkschaften 1901 in gemieteten Räumen ihre Büros einrichten; 1903 erfolgte der Kauf eines Saalgrundstücks. In Greifswald wurde 1908 ein „Verein Arbeiterkasino" begründet, der Geldmittel zum Kauf

[15] Wilhelmus, Wolfgang: Der Wolgaster Zementarbeiterstreik von 1908. In: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch, Bd. 9, 1970/71.

[16] Hoch, Gustav: Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. In: Die neue Zeit. 23. Jg. Bd. 2 Nr. 27, Stuttgart 1905.

eines Gewerkschaftshauses zusammenbrachte, das 1913 geschaffen werden konnte.

Schwieriger war es für die freien Gewerkschaften, in Hinterpommern Fuß zu fassen. Köslin hatte zwar bereits 1906 ein Gewerkschaftskartell, aber nur 1 076 Mitglieder (1913 waren es erst 2 232 Mitglieder). Stolp hatte seit 1905 ein Gewerkschaftkartell mit 825 Mitgliedern; Lauenburg, Neustettin, Bütow, Rummelsburg, Rügenwalde und Schlawe begründeten erst 1913 Gewerkschaftskartelle mit recht geringen Mitgliedschaften.

Die Maifeiern

Seit 1890 wurden auch in Pommern in zunehmendem Maße Maifeiern durchgeführt. Sie sind für Stettin und Randow-Greifenhagen bereits für 1890, für Stralsund 1891 feststellbar. Polizeiberichte melden für Stettin mehrere tausend Demonstranten, für Stralsund „einige hundert Personen". 1906 konnte der 1. Mai in Stralsund erstmals durch Arbeitsruhe gefeiert werden. Hier wurde ein „Spaziergang" nach der Waldgaststätte „Stadtkoppel" unternommen. Da dieser Feiertag auf einen Sonntag fiel, beanstandete die Polizei ihn als eine „nicht genehmigte Versammlung während der Kirchzeit", trieb die „Spaziergänger" auseinander und beschlagnahmte die Maifeierzeitungen. 1912 haben Maifeiern in Barth, Ueckermünde, Liepgarten und Grambin stattgefunden, von Torgelow wird berichtet, daß in 14 Betrieben Arbeitsruhe geherrscht habe.

Wo in kleineren Orten offizielle Maifeiern nicht durchgeführt werden konnten, wurden sie auf den Abend oder den nachfolgenden Sonntag verlegt. Diese Festveranstaltungen wurden von Arbeitersängern und Arbeitersportlern umrahmt; Zeitungsberichte nennen den Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität".

Auch finden sich in der Presse Anzeigen der Bildungsausschüsse für Theatervorstellungen, bei denen z. B. Schillers „Don Carlos" und Schönherrs „Die Erde" zur Aufführung gelangten. 1913 bestanden solche Bildungsausschüsse in Stettin, Anklam, Uckermünde, Torgelow, Köslin, Kolberg, Stolp, Barth, Greifswald, Stralsund und Wolgast. Sie haben viel dazu beigetragen, den Arbeiter vor niederen Zerstreuungen und vor allem vor Alkoholmißbrauch zu bewahren und ihm die Welt der Literatur und Kunst zu öffnen.

Ausbreitung der Konsumvereine

Nicht nur wegen ihrer Bedeutung als wirtschaftliche Selbsthilfeeinrichtungen der Arbeiterschaft auf genossenschaftlicher Basis mit preisgünstigem Einkauf und zu Buche schlagenden Rückvergütungen gewannen die Konsumvereine an Bedeutung, sondern bei Einkäufen und Vertreterversammlungen trafen sich politisch Gleichgesinnte und deren Frauen, was einen wirksamen Ersatz für die verbotene Partei oder die verfolgten Gewerkschaften darstellte.

In Pommern hatte es schon früh solche Konsumvereine gegeben. In Stettin wurde er 1863 gegründet, weshalb es nicht Wunder nimmt, daß es hier 1903

bereits 22 Verteilungsstellen mit 19 028 Mitgliedern, 1932 sogar 64 Verteilungsstellen gegeben hat.

Die zweitälteste Genossenschaftsgründung war Stralsund, wo es dreier Ansätze, nämlich 1864, 1903 und 1907 bedurfte, ehe der Konsumverein, zuletzt als „Ostmecklenburgisch-Vorpommerscher Bezirkskonsumverein", mit Verteilungsstellen in Demmin, Tribsees, Grimmen und Gnoien funktionierte. Hier existierten 1932 13 Verteilungsstellen für 4 876 Mitglieder.

Noch vor dem Sozialistengesetz waren Konsumvereine in Greifswald und Barth gegründet worden. Greifswald wurde 1871 eingerichtet und hatte 1932 sechs Verteilungsstellen mit 1 351 Mitgliedern, während in Barth zweimal (nämlich 1872 und 1908) zur Gründung angesetzt werden mußte. Hier war 1932 eine Verteilungsstelle mit 781 Mitgliedern vorhanden. In der Reihenfolge ihrer Entstehung seien noch Pölitz (1876), Dramburg (1884), Stargard (1897) und Wolgast (1900) genannt.

In dem Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende sind dann Belgard 1902, im gleichen Jahr Kolberg und Köslin, 1903 Alt-Damm, Anklam und Stolp hinzugekommen. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg schlossen sich noch Torgelow, Pyritz und Treptow an.

Anschwellen der Sozialdemokratie

Bereits in den Reichstagswahlergebnissen von 1903 und 1907 — obwohl die letztgenannten infolge der Blockbildungen unter den Parteien nicht günstig für die Mandatsergebnisse der SPD waren — zeigte sich ein Anwachsen sozialdemokratischer Stimmen; sie waren jetzt in allen Wahlkreisen vertreten. Zwei Reichstagsmandate konnten 1903 erobert werden, gingen aber bei der sogenannten „Hottentottenwahl" 1907 verloren. Die nachstehende Tabelle bietet einen interessanten Einblick in die politischen Verhältnisse der einzelnen pommerschen Wahlkreise.

Reichstagswahlergebnisse in Pommern 1903 und 1907
mit den Kandidaten der SPD

Anklam-Demmin						
Lagerhalter Wilhelm Goebel,						
Stettin (Soz):	1903	=	2 124,	1907	=	1 803 Stimmen
Konservative:	1903	=	7 143,	1907	=	9 312 Stimmen
Nationalliberale:	1903	=	,	1907	=	—— Stimmen
Fortschr. Volksp.:	1903	=	3 885,	1907	=	4 135 Stimmen
Ueckermünde-Usedom-Wollin						
Lagerhalter Alex Kuntze,						
Stettin (Soz):	1903	=	5 543,	1907	=	6 113 Stimmen
Bei der Nachwahl						
Stichwahl:	1910	=	7 768,			
Konservative:			10 158,			
Liberale:	1903	=	6 777,	1907	=	8 156 Stimmen
	1903	=	3 989,	1907	=	6 353 Stimmen

Randow-Greifenhagen
Gewerkschaftssekretär

Alwin Körsten, Berlin (Soz):	1903 = 17 145,	1907 = 17 162 Stimmen
Konservative:	1903 = 15 806,	1907 = 17 080 Stimmen
Fortschr. Volksp.: (Gew.-Sekr. Schumacher — Berlin)	1903 = 1 182,	1907 = 4 912 Stimmen

Stadt Stettin
Schriftsteller Ewald Vogtherr,

Wernigerode (Soz):	1903 = 13 111,	1907 = 14 528 Stimmen
Justizrat Lippmann, Stettin	1903 = 9 472,	1907 = 13 441 Stimmen

Pyritz-Stargard-Saatzig
Gewerkschaftsbeamter

Wilhelm Schauer, Stettin (Soz):	1903 = 2 277,	1907 = 1 865 Stimmen
Konservative:	1903 = 7 785,	1907 = 11 261 Stimmen
Freisinnige:	1903 = 3 469,	1907 = 3 323 Stimmen

Naugard-Regenwalde
Lagerhalter Richard Milenz,

Stettin (Soz):	1903 = 1 029,	1907 = 1 451 Stimmen
Konservative:	1903 = 9 888,	1907 = 13 524 Stimmen
Freisinnige und Nationalliberale:	1903 = 2 979,	1907 = 1 755 Stimmen

Greifenberg-Cammin
Geschäftsführer William Meyer,

Stettin (Soz):	1903 = 1 278,	1907 = 1 322 Stimmen
Konservative:	1903 = 8 328,	1907 = 11 775 Stimmen
Freisinnige und Nationalliberale:	1903 = 708,	1907 = 253 Stimmen

Stolp-Lauenburg
Gewerkschaftsbeamter

August Sickfeld, Danzig (Soz):	1903 = 1 213,	1907 = 1 934 Stimmen
Konservative:	1903 = 12 843,	1907 = 16 516 Stimmen
Fortschr. Volksp.:	1903 = 1 213,	1907 = 1 937 Stimmen

Bütow-Schlawe-Rummelsburg
Parteisekretär

August Horn, Stettin (Soz):	1903 = 495,	1907 = 1 255 Stimmen
Konservative:	1903 = 11 574,	1907 = 16 183 Stimmen
Fortschr. Volksp.:	1903 = 8 416,	1907 = 5 798 Stimmen

Kolberg-Köslin-Bublitz
Parteisekretär

August Horn, Stettin (Soz):	1903 = 2 973,	1907 = 3 390 Stimmen
Konservative:	1903 = 9 904,	1907 = 13 400 Stimmen
Fortschr. Volksp.:	1903 = 8 239,	1907 = 7 263 Stimmen

Belgard-Dramburg-Schivelbein
Schneidermeister Ludwig Ernst,

Stettin (Soz):	1903 = 2 169,	1907 = 1 393 Stimmen
Konservative:	1903 = 10 249,	1907 = 14 698 Stimmen
Freisinnige und Nationalliberale:	1903 = 1 344,	1907 = 940 Stimmen

Neustettin						
Gewerkschaftsbeamter						
Wilhelm Groth, Stettin (Soz):	1903	=	280,	1907	=	633 Stimmen
Konservative:	1903	=	5 618,	1907	=	8 543 Stimmen
Nationalliberale:	1903	=	1 479,	1907	=	—— Stimmen
Stralsund-Franzburg-Rügen						
Schriftsteller Simon Katzenstein,						
Charlottenburg (Soz):	1903	=	4 199,	1907	=	4 172 Stimmen
Konservative:	1903	=	9 812,	1907	=	9 595 Stimmen
Fortschr. Volksp.:	1903	=	4 957,	1907	=	7 668 Stimmen
Greifswald-Grimmen						
Gewerkschaftsbeamter						
Otto Hanke, Berlin (Soz):	1903	=	2 508,	1907	=	3 450 Stimmen
Konservative:	1903	=	8 353,	1907	=	7 914 Stimmen
Fortschr. Volkspartei	1903	=	7 657,	1907	=	5 963 Stimmen

Dem „Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage", den jährlichen Geschäftsberichten des Parteivorstandes der SPD sowie Berichten Pommerscher sozialdemokratischer Wahlvereine ist für die Entwicklung der politischen Seite der Arbeiterbewegung für Pommern zu entnehmen:

1906 = 5 051 Mitglieder,
1907 = 5 997 Mitglieder,
1908 = 6 723 Mitglieder,
1909 = 8 136 Mitglieder,
1910 = 9 626 Mitglieder,
1911 = 10 406 Mitglieder,
1912 = 11 804 Mitglieder, davon 1 745 weibliche Mitglieder,
1913 = 12 429 Mitglieder,
1914 = 12 393 Mitglieder, davon 2 380 weibliche Mitglieder.

Kurz vor Kriegsausbruch zählte man 32 Stadtverordnete in vier Städten und 51 Landgemeindevertreter in 28 Gemeinden.

1912 waren „Vororte" für die Kreiswahlvereine gebildet worden; Stettin betreute Randow-Greifenhagen, Bütow-Schlawe-Rummelsburg und Greifenberg-Cammin. Wegen der besonders schwierigen politischen Verhältnisse in den beiden letztgenannten Wahlkreisen mußte Bezirkssekretär Horn-Stettin die Funktionen eines Kreisvorsitzenden und Kreiskassierers übernehmen.

Vorort für Anklam-Demmin war Anklam, Torgelow war es für Ueckermünde-Usedom-Wollin, Stargard für Pyritz-Saatzig, Naugard für Naugard-Regenwalde, Stolp für den Wahlkreis Stolp-Lauenburg, Köslin für Kolberg-Köslin, Stralsund für Stralsund-Franzburg-Rügen, Wolgast für Grimmen-Greifswald und Schivelbein für Belgard-Dramburg. Stettin sowie Neustettin bildeten eigene Kreiswahlvereine.

Wahlen zum deutschen Reichstag Pommern 1912

Reg.-Bez. Stettin	Einwohner	Wahlber.	gült. Stimmen	Konserv.	Nationallib.	FVP	SPD	6 zersplitt.	
Demmin-Anklam	80 735	17 948	15 987	8 366	1 176	4 814	1 625	Sonstige 1 081, + 1	
Ueckermünde-Usedom-Wollin	111 740	26 935	22 224	7 250	—	4 964	8 928		
Randow-Greifenhagen (+ Teil Stettin)	201 721	47 773	40 648	12 970	—	6 911	20 711	+ 56	
Stadt Stettin (Teile)	178 725	40 497	34 993	—	—	14 504	18 069	2 348, + 29	Polen 52
Pyritz-Saatzig	112 950	25 163	21 150	12 442	6 350	—	2 355	+ 3	
Naugard-Regenwalde	100 001	22 268	18 627	12 111	4 733	—	1 777	+ 6	
Greifenberg-Cammin	83 763	18 588	15 627	10 274	4 165	—	1 183	+ 5	Sonstige
	869 635	199 172	169 256	63 413 =37,5 %	16 424 = 9,7 %	31 193 =18,4 %	54 648 =32,3 %	+ 106, = 0,1 %	3 429 = 2,0 %

Reg.-Bez. Köslin	Einwohner	Wahlber.	gült. Stimmen	Konserv.	Nationallib.	FVP	SPD		
Stolp-Lauenburg	162 018	32 913	28 335	15 405	978	8 707	2 781	+ 13 zersp.	Polen 451
Bütow-Rummelsburg-Schlawe	140 421	29 200	24 737	14 567	2 750	4 736	1 937	+ 5	712
Köslin-Kolberg-Köslin-Bublitz	135 963	28 382	24 828	12 989	—	7 298	4 528	Z 30 + 13	
Belgard-Schivelbein-Dramburg	105 132	22 534	18 795	12 685	4 130	—	1 965	+ 15	
Neustettin	76 544	15 570	13 140	8 746	2 943	—	1 410	+ 11	Sonst. 30
	620 078	128 599	109 835	64 392 =58,6 %	10 801 = 9,8 %	20 741 =18,9 %	12 621 =11,5 %	Z 30 = 0,0	Polen 1 163 = 1,1 %
Reg.-Bez. Stralsund									
Rügen-Franzburg-Stralsund	124 336	27 870	23 492	10 244	—	7 339	5 903	+ 6 zersp.	
Grimmen-Greifswald	103 102	22 205	19 516	8 129	1 062	6 093	4 227	+ 5	
	227 438	50 075	43 008	18 373 =42,7 %	1 062 = 2,5 %	13 432 =31,2 %	10 130 =23,6 %	11 = 0,0 %	

Aus den Handbüchern der sozialdemokratischen Parteitage geht hervor, welche Anstrengungen zur Reichstagswahl in Pommern unternommen wurden; über 1/2 Million Flugblätter kamen zur Verteilung, Volkskalender, spezielle Schiffer- und Fischerkalender, wurden vertrieben, Broschüren mit dem Titel „Die indirekten Steuern und Zölle, wer zahlt sie und wem nützen sie?" oder „Beamtenschaft und Sozialdemokratie" und speziell für die Landarbeiter „Landbevölkerung und Sozialdemokratie" ausgegeben. In abgelegenen ländlichen Gegenden beschlagnahmten übereifrige Gendarmen solches Material, heißt es doch in einem Bericht des Kreiswahlvereins Stralsund-Franzburg-Rügen vom 31. März 1914: „Den Barther Genossen wurden Kalender konfisziert, Plakate von der Polizei beseitigt, aber in beiden Fällen kein Strafmandat geschickt." Der Wahlkreis Ueckermünde-Usedom-Wollin berichtet für die Jahre 1911/12: „Insgesamt wurden in 54 Orten 65 Wählerversammlungen abgehalten, davon 29 unter freiem Himmel." Noch ein Jahr später meldete der Wahlkreis Stralsund-Franzburg-Rügen: „Lokale stehen uns zu diesen Versammlungen nur in Barth, Bergen, Gartz und Stralsund zur Verfügung, in den anderen Orten müssen die Versammlungen unter freiem Himmel oder in Wohnungen abgehalten werden." Auch der Wahlverein Greifswald-Grimmen berichtet 1912: „Im ganzen fanden 19 Versammlungen statt, davon zehn in Lokalen und neun unter freiem Himmel. Nur in vier Orten stehen uns Lokale zur Verfügung, und zwar in Greifswald, Wolgast, Lassan und Tribsees."

Es bedurfte also der Begeisterungsfähigkeit und Schwungkraft dieser Arbeiterbewegung, um mit verhältnismäßig geringfügigen Mitteln einen hohen Wahlerfolg zu erreichen. Die Reichstagswahl vom 12. Januar 1912 zeitigte für Pommern besonders im Regierungsbezirk Stettin unerwartete Resultate, hier waren 54 639 Stimmen = 32,5 % für die SPD abgegeben worden. Im Regierungsbezirk Köslin waren es 12 621 Stimmen = 11,5 %, im Regierungsbezirk Stralsund 10 130 Stimmen = 23,6 %. Die auf Seite 262 stehenden Ergebnisse aus den einzelnen Wahlkreisen vermitteln einen Einblick in die Schwerpunkte der sozialdemokratischen Bewegung Pommerns.

Die Arbeiterjugend

Die Arbeiterbewegung kümmerte sich zunächst um Erwachsene. Erst seit der Jahrhundertwende bildet sich eine Jugendbewegung mit Forderungen nach eigenem Recht und Lebensstil. Dies waren die Jahre, in denen Gewerkschaften und Parteien Lehrlinge und Arbeiterjungen entdeckten und in ihre Bestrebungen einbezogen. Ein Hauptverdienst kam Friedrich Ebert zu, der sich seit seiner Berufung nach Berlin im Jahre 1905 als Vorsitzender der „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands" nachhaltig der jüngeren Generation annahm.

In Pommern versuchte man nach 1908, seitdem die Verbote einer politischen Betätigung der Jugend ein wenig gelockert waren, besondere Jugendausschüsse zu bilden, denen je vier Vertreter des Gewerkschaftskartells, der freien Gewerkschaften sowie der männlichen und weiblichen Jugend angehörten. Die Zeit-

schrift „Arbeiter-Jugend“ wurde in Pommern in mehreren tausend Exemplaren verbreitet. Auch die Bildungsausschüsse dehnten ihre Bildungsarbeit auf die Jugend aus; Geschichte, Volkswirtschaft, Gesetzeskunde, Rechtsschutz, Aufklärung, Gesundheitspflege, Technik, Naturwissenschaften, daneben Kunst, Literatur, Theaterbesuche und Wanderungen sowie Sport wurden den Jugendlichen angeboten. 1913 bestanden in Pommern elf Jugendausschüsse.

Ein Blick in den Inseratenteil des „Volksboten“ ergibt für das Jahr 1911 eine Reihe von jugendgemäßen Veranstaltungen, so z. B. am 22. Juli. „Nachtmarsch des Arbeiter-Jugendheim, Abmarsch vom Gewerkschaftshaus.“

Köpfe der pommerschen Arbeiterbewegung

Pommern hat eine Reihe bedeutender Persönlichkeiten hervorgebracht, die weit über diese Landschaft hinaus namhafte Beiträge geleistet haben. Dazu zählt der 1846 in Schlawe geborene Franz Mehring, der aus großbürgerlichen Kreisen stammte, sich jedoch nach dem Universitätsstudium den radikalen Demokraten um Johann Jacoby anschloß. Nach Mitarbeit an der „Frankfurter Zeitung“ wurde er 1885 Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung“. 1877 veröffentlichte er eine gegen die SPD gerichtete Streitschrift „Die deutsche Sozialdemokratie, ihre Geschichte und ihre Lehre“.

Unter dem Eindruck der Verfolgungen durch das Sozialistengesetz wandte er sich der Sozialdemokratie zu, wurde 1901 Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, namhafter Mitarbeiter der von Karl Kautsky geleiteten Zeitschrift „Die Neue Zeit“, ferner hat er eine Fülle von Publikationen zu geschichtlichen Themen und Problemen des internationalen Sozialismus veröffentlicht. Seine mehrbändige „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ galt lange Zeit als Standardwerk[17]. Mehring war ein erbitterter Gegner revisionistischer Strömungen in der Sozialdemokratie; er schloß sich im Ersten Weltkrieg der Gruppe um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an und gehörte zu den Gründungsmitgliedern der KPD. Am letzten Februartag 1919 ist er verstorben.

Der entscheidenden Rolle, die Fritz Herbert (1860—1925) bei der Entwicklung der Arbeiterpresse gespielt hat, ist bereits gedacht worden. Obwohl nicht in Pommern, sondern in der Provinz Sachsen geboren, war ihm Pommern zur zweiten Heimat geworden. Der Stettiner „Volksbote“ ist sein Werk, daneben hat er eine bedeutende parlamentarische Tätigkeit von 1893 bis 1898 und 1903 bis 1906 als Reichstagsabgeordneter für Stettin, von 1919 bis 1924 als Mitglied der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung und des Preußischen Landtags ausgeübt. Seit 1900 war er auch Stadtverordneter in Stettin, wo er zahlreiche Ehrenämter bekleidete.

Bedeutende Leistungen in der Gewerkschaftsbewegung weist der Lebensweg des 1860 in Garz auf Rügen geborene Fritz Paeplow auf. Nach Volksschul-

[17] Mehring, Franz: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 5 Bände. Stuttgart 1906.

Abb. 29: Franz Mehring

besuch und Maurerlehre wirkte er in Chemnitz. 1896 wurde er zum Vorsitzenden seines Verbandes gewählt, redigierte dessen Organ „Der Grundstein" und wurde 1919 Vorsitzender der Bauarbeiterinternationale. Vor dem Ersten Weltkrieg spielte er in Hamburg eine erhebliche Rolle, nicht nur in seiner Gewerkschaft, sondern auch in der „Volksfürsorge" sowie in der Buchdruckerei Auer. In der Weimarer Republik war er 1925/26 Reichstagsabgeordneter, machte sich einen Namen als Schöpfer der „Bauhütten" und ist auch publizistisch, u. a. mit einer „Geschichte der deutschen Bauarbeiterbewegung", hervorgetreten. Als der hervorragende Gewerkschaftsführer am 19. Januar 1934 in Hamburg verstarb, sang der „Hamburger Maurer-Gesangverein von 1884" symbolhaft an seinem Grab aus dem „Evangelimann": „Selig sind, die Verfolgung leiden um der Gerechtigkeit willen."

Aus dem Kreis der Funktionäre sei der 1866 in Bommelsvitte bei Memel geborene August Horn erwähnt, der seit 1905 in Stettin als Parteisekretär der SPD für Pommern gewirkt und dort viel für die Bildungs- und Jugendarbeit geleistet hat. Der 1874 in Gützkow im Kreis Greifswald geborene Otto Friedrich Passehl war nach anfänglicher Berufstätigkeit als Bäckerei- und Mühlenarbeiter seit 1898 als Arbeitersekretär, Redakteur und Parlamentarier tätig. Nach 1918 war er Abgeordneter des Kreistages und Kreisausschusses im Kreis Greifenhagen, gehörte dem pommerschen Provinziallandtag an, war Mitglied des Preußischen Staatsrates und von 1924 bis 1933 des Deutschen Reichstages.

Eine der interessantesten Gestalten, die, aus Pommern stammend, in der deutschen Arbeiterbewegung führend tätig gewesen sind, war der 1876 in Greifswald geborene Konrad Haenisch. Aus einem konservativen Hause stammend, schloß er sich als Gymnasiast der sozialistischen Bewegung an. Nach dem Universitätsstudium betätigte er sich als Redakteur an Arbeiterzeitungen in Leipzig, Dresden und Dortmund. 1911 berief ihn der Parteivorstand nach Berlin, 1913 zog er als einer der ersten zehn SPD-Abgeordneten in das preußische Abgeordnetenhaus ein. Nach 1918 war er mehrfach Kultusminister in Preußen. Zu den Leistungen seiner Amtszeit gehört u. a. die Gründung der „Akademie der Arbeit" und der „Hochschule für Politik" sowie die Demokratisierung der Schulverwaltung durch die Einrichtung von Elternbeiräten und die Einführung der Kollegialverfassung. Haenisch ist mit zahlreichen Schriften hervorgetreten, u. a. „Schiller und die Arbeiter", „Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk", „Lassalle — Mensch und Politiker". Haenisch war seit 1922 Regierungspräsident in Wiesbaden und ist 1925 gestorben.

Zum Präsidenten des Preußischen Landtags hat es der 1876 zu Loitz (Vorpommern) geborene Friedrich Bartels gebracht. Nach Erlernung des Malerberufes betätigte er sich von 1904 bis 1906 als Angestellter seiner Gewerkschaft, war von 1906 bis 1913 Parteisekretär der SPD für den Bezirk Schleswig-Holstein, von 1904 bis 1913 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, ehe er 1913 als besoldetes Mitglied des Parteivorstandes nach Berlin berufen wurde. Er hat der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung sowie den ersten drei Landtagen angehört und war in der zweiten und dritten Landtagsperiode Präsident. Er ist am 11. November 1931 verstorben.

Abb. 30: Albert Grzesinski

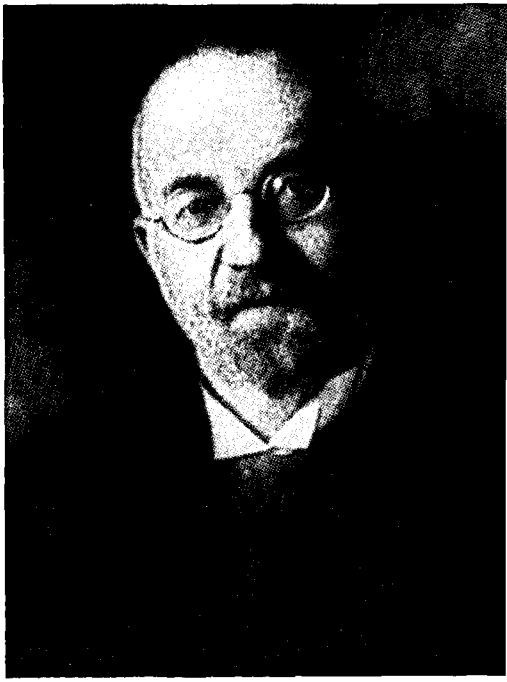

Abb. 31: Konrad Haenisch

Unter den zahlreichen Frauengestalten, die der Arbeiterbewegung gedient haben, nimmt Else Höfs, geb. Voigt, eine ehrenvolle Rolle ein. 1876 in Berlin geboren, kam sie mit ihrem dort unter dem Sozialistengesetz ausgewiesenen Vater Georg Voigt früh nach Stettin. Auch hier war ihres Bleibens nicht lange; wiederum ausgewiesen, mußte sie nach Greifenhagen übersiedeln. 1894 heiratete sie in Stettin den Malermeister und sozialdemokratischen Stadtverordneten Paul Höfs. Jetzt wandte sie sich der politischen Arbeit unter den Frauen zu und war bereits 1905 „Vertrauensperson" der pommerschen Frauen in der SPD. Else Höfs hat 1919/20 der Deutschen Nationalversammlung und von 1921 ab dem Preußischen Landtag angehört. In zweiter Ehe war sie mit dem Landtagsabgeordneten Karl Kirchmann-Stralsund verheiratet. Nach 1933 war sie Verfolgungen ausgesetzt, wurde 1945 schwer leidend aus Stettin vertrieben und ist 1946 in Stralsund verstorben.

Ein bewegtes Leben hat der 1878 in Xions im Kreis Schrimm geborene Theodor Hartwig geführt. Der Fabrikarbeiter wirkte seit 1907 als Gewerkschaftssekretär, war von 1910 bis 1912 ehrenamtlicher Stadtverordneter in Königsberg (Pr.), ehe er 1913 als Bezirksparteisekretär der SPD für Pommern

nach Stettin berufen wurde. Von dort aus ist er nach 1919 auch parlamentarisch tätig gewesen, zunächst als Mitglied der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung und dann ununterbrochen bis 1933 im Preußischen Landtag. Da er auch aktiver Gauvorsitzender des Reichsbanners war, mußte er 1933 emigrieren, zunächst in die Tschechoslowakei, dann 1938 über Polen und Lettland nach Schweden. 1948 kehrte er nach Deutschland zurück und ist 1949 in Magdeburg verstorben.

Eine namhafte Führungsrolle hat der 1879 im pommerschen Treptow geborene Albert Grzesinski gespielt. Als Metallarbeiter war er in verschiedenen Städten des Deutschen Reiches bis 1906 beruflich tätig, ehe er Sekretär seiner Gewerkschaft in Offenbach und Kassel wurde. Nach 1919 hat er der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung und bis 1933 dem Preußischen Landtag angehört. Während der Weimarer Republik hat er bedeutende Positionen, 1919 als Unterstaatssekretär, 1925 als Polizeipräsident von Berlin und von 1926 bis 1930 als Preußischer Innenminister ausgeübt. Als solcher hat er sich in politisch schwierigen Zeitläufen bewährt. In der Nazizeit mußte er emigrieren und ist am 31. Dezember 1947 in New York verstorben.

Ebenso wie Fritz Herbert hat auch der 1879 in Jüterbog geborene Gustav Schumann Verdienste um die Arbeiterpresse in Pommern. Seit August 1908 war er als Redakteur am „Volksboten" in Stettin tätig, dessen Chefredakteur er von 1910 bis 1930 war, und stieg früh zum Vorsitzenden der SPD für den Bezirk Pommern auf. Auch um die Förderung der Konsumvereine hat er sich erfolgreich bemüht, u. a. eine „Geschichte des Stettiner Konsum- und Sparvereins" geschrieben. Schumann war lange Jahre Stadtverordneter in Stettin, hat von 1919 der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung, von 1921 bis 1926 dem Preußischen Staatsrat, bis Ende 1925 dem pommerschen Provinziallandtag und von 1924 bis 1933 auch dem Deutschen Reichstag angehört.

Ebenfalls im Pressewesen Pommerns ist der 1885 in Magdeburg geborene Paul Pankowski tätig gewesen. Der gelernte Schriftsetzer war seit 1919 Redakteur, zuletzt Chefredakteur des Stettiner „Volksboten". Er hat sich kommunalpolitisch als Stadtverordneter in Stettin und führend in der pommerschen Sozialdemokratie betätigt. Er mußte infolgedessen in die Emigration gehen; er hat zuletzt in Stockholm gelebt, wo er nach dem Zweiten Weltkrieg verstorben ist.

Nicht vergessen werden darf August Streufert, der 1887 in Nagast geboren wurde und zunächst das Tischlerhandwerk erlernte. 1919 wurde er in Stralsund Stadtverordneter und 1921 auch Mitglied des Provinziallandtages. Von 1911 bis 1928 war er beruflich beim Arbeitsamt Stralsund, hernach bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung als Abteilungsleiter tätig. Im Jahre 1930 war er während der fünften Wahlperiode MdR. Nach 1933 wurde er wiederholt verhaftet, zuletzt bei der „Gewitteraktion" nach dem 20. Juli 1944 und ins KZ Neuengamme gebracht. Dort ist August Streufert am 27. Dezember 1944 erst 57jährig verstorben.

Eine reich talentierte Persönlichkeit war der 1904 geborene Kurt Stern, Sohn eines Stettiner Schauspielers. Früh hatte er sich journalistisch und politisch betätigt und wurde infolgedessen nach 1933 vom NS-System verfolgt. Beim Sprung aus dem Fenster eines Gefängnisses hatte er sich einen Arm zerschmettert. Es gelang seinen politischen Freunden, ihn aus dem Krankenhaus in die Tschechoslowakei zu schaffen. Dort hat er in Prag als Journalist wieder Fuß fassen können und sich in der Bildungsarbeit der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei betätigt. 1938 fand er eine Anstellung im schwedischen Arbeiterarchiv, doch behinderte ihn ein körperliches Leiden so, daß er im Rollstuhl gefahren werden mußte. Am 8. August 1956 fand er in Solna/Schweden einen tragischen Tod.

Außer den oben genannten Persönlichkeiten haben noch zahlreiche andere Anteil an der Entwicklung der Arbeiterbewegung in Pommern gehabt. Stellvertretend für alle, die auf allen Ebenen des politischen Lebens mitarbeiteten, seien hier genannt: die Landtagsabgeordneten Emil Baumann (geb. 1875 in Köslin), der 1866 geborene Stettiner Arbeitersekretär Adolf Decker, Wilhelm Pargmann (geb. 1884 im Mecklenburgischen), Gewerkschaftssekretär Wilhelm Schauer (geb. 1875 in Stettin), Kreisschulrat Christoph König (geb. 1882) aus Swinemünde und der Kolberger Gewerkschaftssekretär Richard Ostwald (geb. 1882 in Stralsund). Dem Deutschen Reichstag hat zeitweise der 1883 in Stettin geborene Arbeitersekretär und Landrat Albert Bülow angehört.

Im Weltkrieg

Jene dramatischen Augusttage von 1914, die mit dem Kriegsausbruch zugleich die Aufstiegsperiode des 19. Jahrhunderts beendeten, ließen auch in der Arbeiterbewegung Zeichen sichtbar werden, die bisher verdeckt und nicht genügend beachtet worden waren. Dazu zählten u. a. Vorstellungen von einem dicht bevorstehenden Siegeszug eines internationalen Sozialismus. Über die Frage der Bewilligung der Kriegskredite für das jeweilige Vaterland sollte bald ein immer härter werdender Meinungsstreit ausbrechen. Vorerst brachten die Einberufungen zum Militärdienst, später auch Hilfsdienstverpflichtungen, eine fühlbar werdende Schwächung der Organisationen.

Für Pommern liegen darüber Zahlen sowohl für die Freien Gewerkschaften als auch für die SPD nur aus Teilbezirken vor. Im Bezirksverband der SPD ging die Mitgliederzahl bis Ende März 1917 um 26,7 %, bis Ende März 1918 nochmal um 10,2 % des Vorkriegsbestandes zurück, da Soldaten und Dienstverpflichtete beitragsfrei geführt werden mußten. Eine Reihe von Ortsvereinen stellte die Tätigkeit ein, andere konnten nur aufrechterhalten werden, weil Frauen die entsprechenden Funktionen übernahmen.

Aus den Jahresberichten des Kreiswahlvereins Stralsund-Franzburg-Rügen geht hervor, daß allein bis Ende März 1915 bei insgesamt 1 341 Mitgliedern, unter denen sich 1 107 männliche befanden, 496 als beitragsfrei geführt werden mußten. Dieselbe Quelle beziffert den Rückgang der Ortsvereine von 1914 = 11 auf 1915 = 9, 1916 = 8, 1917 = 6 und 1918 = 4.

Auch über die Mitgliederbewegung im Stralsunder Gewerkschaftskartell sind wir unterrichtet; es hatte Ende 1913 = 1 224, 1914 = 624, 1915 = 308, 1916 = 224 und 1917 = 214 Mitglieder. Besonders stark war der Rückgang bei den Bau-, Fabrik-, Holz-, Transport- und Metallarbeitern sowie den Zimmerern. Oftmals schien die Funktionsfähigkeit und Finanzkraft der Organisationen völlig lahmgelegt zu sein.

Seit dem Jahre 1915 machten sich Meinungsstreitigkeiten über den Charakter des Krieges, über die Haltung der Arbeiterbewegung zu ihm sowie über die Taktik bei tagespolitischen Entscheidungen bemerkbar. Waren 1914 zahlreiche bisherige Verbote behördlicherseits aufgehoben worden, so z. B. die Verteilung sozialdemokratischer Zeitungen und Broschüren im Heer, auch der Boykott von Verkehrslokalen der Arbeiterbewegung, so setzten bald neue Verbote unerwünschter Druckschriften, Einberufungen mißliebiger Politiker, ja sogar Schutzhaftmaßnahmen wie gegen den Abgeordneten Ewald Vogtherr ein.

In Pommern bildete sich seit 1916 die USPD, zu der Vogtherr, aber auch der Bezirksparteisekretär August Horn übertraten.

Vom Ortsverein Stralsund ist bekannt, daß von ca. 200 Mitgliedern am Jahresende 1917 zur USPD 31 übergetreten waren. Derselbe SPD-Ortsverein verfügte über genaue Angaben über die USPD; sie zählte 1918 = 127, 1919 = 823 und 1920 = 1 234 Mitglieder. Am 3. Juni 1917 war hier der endgültige Trennungsstrich zwischen den Anhängern der Mehrheitssozialdemokratie und den Unabhängigen vollzogen worden; unter letzteren befanden sich zahlreiche langjährig aktiv tätig gewesene Mitglieder der Arbeiterbewegung. In Stettin erschien neben dem „Volksboten" eine USP-Wochenzeitung „Der Kämpfer".

Diese Schwächung der Arbeiterbewegung hielt bis zum Kriegsende 1918 an und wurde auch danach durch den plötzlich anschwellenden Aufstieg der Organisationen nur äußerlich überdeckt.

Die ersten Jahre der Weimarer Republik

Aufschwung der Arbeiterbewegung

Nach Beendigung des Krieges beteiligten sich die politisch wach gewordenen Massen mit großen Erwartungen am demokratischen Aufbau.

Die Organisationen wuchsen durch die Rückkehr der Soldaten und Dienstverpflichteten, aber auch durch zahlreiche Neueintritte schnell an, so stieg z. B. die pommersche SPD von 1 256 Mitgliedern im Jahre 1918 auf 28 685 Ende 1919. Auch die Freien Gewerkschaften erhielten einen ungewöhnlichen Zulauf, so hatte z. B. das Stralsunder Gewerkschaftskartell Ende 1919 fast 5 000 Mitglieder.

Besonders stark breitete sich der „Deutsche Landarbeiterverband" aus, die freigewerkschaftliche Organisation der bisher in ihren Organisationsrechten behinderten Landarbeiter. Ihr parlamentarischer Vertreter wurde der Reichstagsabgeordnete Georg Schmidt-Cöpenick (geb. 1875 Biberach/Rhein), seit 1904

Vorsitzender des Gärtnerverbandes, seit 1909 Vorsitzender des Deutschen Landarbeiterverbandes, seit 1919 MdR.

Die im Landbund Verbliebenen hatten ihren Repräsentanten im Abgeordneten Franz Behrens (geb. 1872 in Mecklenburg-Strelitz), der seit 1903 Arbeitersekretär in Berlin, von 1905 bis 1913 Generalsekretär des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, dann Vorsitzender des Zentralverbandes der Landarbeiter war. Behrens gelang es, während seiner Tätigkeit für den Landbund die Interessen der Landarbeiter nachdrücklich zu vertreten. Da in dieser Organisation Großgrundbesitzer, mittlere und kleine Landwirte, aber auch Arbeitnehmer aller landwirtschaftlichen Berufe und Fachrichtungen vertreten waren, konnten die oft komplizierten Probleme der Natural- und Barentlohnung durchgesprochen und Verbesserungen für die Arbeitnehmer und ihre in der Erntezeit mithelfenden Familienangehörigen in erheblichem Umfange erreicht werden, so daß sich bis 1933 die pommerschen Landarbeiter besser als ihre Berufskollegen in allen anderen preußischen Provinzen standen.

Im Reichstag gehörte Behrens der Deutschnationalen Volkspartei an und trat, als diese Hugenbergs politischem Kurs zu folgen begann, zum Christlich-sozialen Volksdienst über. Dort hat er sich den Fragen der Landarbeiter und von 1930 bis 1932 der Erwerbslosensiedlung angenommen.

Die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung

Die Wahlen zeitigten im Wahlkreis Pommern folgende Resultate:

Sozialdemokratische Partei: 331 523 Stimmen = fünf Abgeordnete (Gewerkschaftssekretär Alwin Körsten-Berlin, Verbandsvorsitzender August Winnig-Hamburg, Lagerist Alexander Kuntze-Stettin, Schriftsteller Simon Katzenstein-Charlottenburg, Hausfrau Else Höfs-Stettin).

Deutschnationale Volkspartei: 194 145 Stimmen = drei Abgeordnete (darunter Margarete Behm-Berlin-Zehlendorf, Hauptvorsitzende des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen).

Demokratische Volkspartei: 174 716 Stimmen = zwei Abgeordnete.

Deutsche Volkspartei: 88 102 Stimmen = ein Abgeordneter.

Christliche Volkspartei (Zentrum): 4 830 Stimmen = 0 Abgeordnete.

Unabhängige Sozialdemokratie: 15 403 Stimmen = 0 Abgeordnete.

Bei den eine Woche später am 26. Januar 1919 stattfindenden Wahlen zur Verfassunggebenden Preußischen Landesverwaltung waren in Pommern sieben SPD-, fünf DNVP-, drei DDP- und zwei DVP-Abgeordnete gewählt worden. Für die SPD zogen Geschäftsführer Emil Baumann-Köslin, der Stettiner Arbeitersekretär Adolf Decker, Parteisekretär Theodor Hartwig, Redakteur Fritz Herbert, Geschäftsführer Wilhelm Pargmann, Gewerkschaftssekretär Wilhelm Schauer und Redakteur Gustav Schumann in das Preußenparlament ein. Bei den übrigen Parteien war ein Vertreter spezieller Arbeiterinteressen nicht gewählt worden.

Sowohl die Gewerkschaften als auch die politischen Parteien begannen jetzt mit der Neuorganisation ihrer Verbandsstrukturen, der vermehrten Anstellung hauptberuflicher Sekretäre und dem Ausbau der Tagespresse. Bei der SPD wurden aus Ortsvereinen in den Städten und Kreiswahlvereinen auf dem Lande jetzt drei Unterbezirke. Zu dem „Volksboten" in Stettin, der einen erheblichen Aufschwung nahm, traten als weitere Publikationsorgane in Köslin die Tageszeitung „Der Hinterpommer", in Stargard die „Stargard-Pyritzer Volkszeitung" und in Stralsund ab Jahresbeginn 1920 anstelle der 1917 eingegangenen „Stralsunder Volkszeitung" jetzt „Der Vorpommer". Alle diese Zeitungen haben bis 1933 existiert[18].

Kriegsfolgen machen sich bemerkbar

Allzu viele Hoffnungen hatten sich nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches an die demokratische Staatsform geknüpft. Waren diese nach dem Durcheinander, das der Krieg und seine Folgelasten mit sich brachten, in solchem Ausmaß überhaupt zu erfüllen? Hinzu kamen die schweren Belastungen des Friedensdiktates mit Forderungen, die mit den Kriegskosten die Finanzen des Staates ruinieren mußten. War man überall bereit, Maß zu halten, politische Einsicht zu üben, notwendige Kompromisse zu schließen und sich gegenüber Neuem aufgeschlossen zu zeigen? Verfügte die junge Weimarer Demokratie über erfahrene Anhänger? Gab es nicht allzuviele, die in schwierigen Übergangszeiten unrealistische Forderungen rasch zu verwirklichen hofften und sich bei Enttäuschungen in extreme Haltungen flüchteten?

Bei einer Antwort auf diese Fragen ist zu bedenken, daß Pommern als vorwiegend agrarische Provinz — über die Hälfte der Einwohner lebten auf dem Lande und in ländlichen Gemeinden, mehr als ein Viertel von Grund und Boden befand sich in den Händen des Großgrundbesitzes — mit einer Bevölkerungsdichte von nur 65 Einwohnern auf dem qkm gegenüber 135 Einwohnern im Gesamtdurchschnitt Preußens seine Sonderprobleme haben mußte.

Hinzu kam, daß infolge der Grenzziehung durch den Versailler Friedensvertrag Pommern plötzlich eine 196 Kilometer lange Grenze zum neu erstandenen polnischen Staat aufwies. Außerdem waren kleinere Grenzkorrekturen an den Kreisen Lauenburg und Bütow erfolgt. Auf diese beiden Kreise erhob Polen auch weiterhin Gebietsansprüche, die es mit den dort ansässigen etwa 3 000 stammesverwandten Kaschuben begründete. In den Gemeinden Platenheim, Bernsdorf und Damsdorf sowie Stüdnitz und Wierschutzin gab es auch späterhin polnische Propaganda[19].

Während der Revolutionszeit hatte in Pommern Georg Michaelis (während des Krieges war er ein Jahr Reichskanzler) als Oberpräsident mit den Arbeiter-

---

[18] Kortüm, Otto: Der Vorpommer. Ein Überblick über die Entwicklung der SPD-Presse in Vorpommern. Hamburg 1956.

[19] Rhode, Gotthold: Das Deutschtum in Posen und Pommerellen in: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik. Köln 1966. Seite 137 ff.

und Soldatenräten zusammengearbeitet. Er trat am 1. April 1919 in den Ruhestand; ihm folgte Lippmann von der Deutschen Demokratischen Partei. Auch die Regierungspräsidenten aus kaiserlicher Zeit und mit ihnen zahlreiche Landräte wurden ersetzt. Wie stark Pommern sich vielfach noch den alten Traditionen verbunden fühlte, schildert Hans Branig an folgendem Beispiel[20]:

„Es war bezeichnend, daß auf dem 1. pommerschen Landtag nach Errichtung der Republik im März 1919 der Altersvorsitzende, Graf von Zitzewitz, und der wiedergewählte Vorsitzende, Rittergutsbesitzer von Dewitz, in Dankbarkeit des früheren Kaisers gedachten."

Zu dieser Übergangsperiode stellt Hans Branig fest:

„Im ganzen gewannen fast überall in Pommern gemäßigte Männer der Sozialdemokratie die Oberhand gegen radikale Elemente; es gelang ihnen, Ruhe und Ordnung zu erhalten oder schnell wieder herzustellen."

Anerkennend werden im Kreis Köslin der Sozialdemokrat Partsch, in Franzburg der Landrat Bülow, früher Arbeitersekretär, in Ueckermünde Landrat Storch, früher Gewerkschaftssekretär, und in Wolgast Landrat Burmann erwähnt.

Im April und Mai 1919 war es wie überall in Deutschland in Stettin, Swinemünde, Loitz, Stralsund, Demmin, Torgelow und Ueckermünde zu Hungertumulten, Plünderungen, auch Schießereien gekommen. Auf dem Lande, wo die Arbeiter jetzt ihr Koalitionsrecht durchsetzen wollten, kam es zu örtlichen Arbeitseinstellungen oder Proteststreiks auf großen Gütern.

Pommern war eine Hochburg des politischen Konservativismus gewesen, und ist es auch in der Weimarer Zeit geblieben. Als Funktionäre des Deutschen Landarbeiterverbandes gemaßregelt, auch einige entlassen wurden, spitzten sich die Gegensätze zu.

Aus dem „Bund der Landwirte" war jetzt ein Reichslandbund geworden, in dem der „Pommersche Landbund" eine maßgebliche Rolle spielte. Hinter ihm standen hauptamtliche Sekretäre in den Kreisen, standen Zeitungen wie die zumeist deutschnationale Ortspresse oder Organe wie „Bund der Landwirte", „Stadt- und Landbote", „Pommersche Bauernzeitung" und der „Pommersche Landbund". Es waren im gesamten Pommernland an die 30 Organe, die offiziell meist als „parteilos" in Erscheinung traten, in Wirklichkeit aber der Republik sowie der Arbeiterbewegung distanziert, wenn nicht ablehnend gegenüberstanden.

Bereits im Juli 1919 war es zum Einsatz von Militär gegen Streikende gekommen. Das hatte zur Ausdehnung der Einzelstreiks durch Solidarisierungen der Industriearbeiterschaft und zur Stillegung des Eisenbahnverkehrs in Mittel- und Vorpommern am 17. Juli 1919 geführt. Über den Regierungsbezirk Stralsund, dann über ganz Pommern wurde der Belagerungszustand verhängt. Daraufhin riefen in Stettin Gewerkschaftskartell, SPD und USPD den General-

[20] Branig, Hans: Pommern als Grenzland in der Zeit der Weimarer Republik. In: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik. Seite 133 ff.

streik aus. Ihre Forderungen lauteten: Aufhebung des Belagerungszustandes in Pommern, Entlassung aller während des Belagerungszustandes inhaftierten Gefangenen und Niederschlagung aller aus gleichen Ursachen resultierenden Strafverfolgungen, Abberufung des Generals von Owen, Anerkennung der Arbeiterräte.

Die Situation stand plötzlich auf des Messers Schneide. In letzter Minute wurde ein Kompromiß erzielt, so daß am Abend des 17. Juli amtlicherseits bekanntgegeben werden konnte:

„Die Verhandlungen im Oberpräsidium in Stettin am 17. Juli 1919 haben die Übereinstimmung der Vertreter der Zivil- und Militärbehörden mit den Vertretern der Bevölkerung darüber ergeben, daß gegenwärtig ein Grund zur Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in der Provinz Pommern nicht besteht. Die Kommissare des Staatsministeriums, Unterstaatssekretäre Meyer und Grzesinski, haben infolgedessen kraft der ihnen erteilten Vollmachten namens der Staatsregierung den über beide Teile der Provinz verhängten Belagerungszustand aufgehoben . . . Gleichzeitig ist im Einverständnis mit den Vertretern des Generalkommandos die Zustimmung gegeben worden, daß in Zukunft Maßnahmen von der Bedeutung der Verfügung des Belagerungszustandes nicht ohne Zustimmung der Zivilbehörden und im Benehmen mit den Vertretern der Arbeiterschaft getroffen werden . . . Zwecks Überwachung der Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten werden unverzüglich Schlichtungsausschüsse aufgrund des Gesetzes vom 23. Dezember 1910 eingerichtet, soweit das noch nicht geschehen ist. Den Landräten ist aufzugeben, über das dieserhalb Veranlaßte spätestens zum 10. August zu berichten."

Damit war durch das vereinte Handeln der pommerschen Arbeiterschaft ein gewisser Erfolg erzielt worden. Am 19. Juli kam durch Vermittlung von Vertretern des Landwirtschaftsministeriums, des Oberpräsidiums und der Regierungspräsidenten ein Tarifvertrag zwischen dem Landbund und dem Deutschen Landarbeiterverband zustande, der rückwirkend vom 1. April 1919 die Tarifvertragsfähigkeit der gewerkschaftlichen Organisation sicherstellte und einen zehnstündigen Arbeitstag sowie Bezahlung von Überstunden brachte. Aber noch am 4. Februar 1920 mußte der preußische Landwirtschaftsminister Otto Braun vor dem Preußischen Landtag mit aller Deutlichkeit erklären:

„Die Regierung wird und darf nicht dulden, daß den Landarbeitern durch brutalen wirtschaftlichen Druck das Koalitionsrecht verkümmert wird, daß sie an der freien Ausübung dieses Rechts gehindert werden. Es wird dafür gesorgt werden, daß in Pommern alle Kündigungen, für die eine sachliche Berechtigung vor der landwirtschaftlichen Spruchkammer des Schlichtungsausschusses nicht nachgewiesen ist, aufgehoben werden und nicht zur Ausführung kommen. Auch die pommerschen Herren von Dewitz, Hertzberg und Genossen werden einsehen müssen, daß eine neue Zeit angebrochen ist."

Der Kapp-Putsch

Die schwierige Lage der Reichsregierung wurde durch den Putsch des Generallandschaftsdirektors Kapp und des Generals Freiherr v. Lüttwitz, der sich auf

noch nicht demobilisierte Freikorps in Döberitz bei Berlin stützen konnte, im März 1920 erneut einer Belastungsprobe unterzogen. Der Putsch begann am 13. März, indem die Regierung für abgesetzt erklärt wurde und die Döberitzer Truppen in Berlin einmarschierten. Der Putsch brach aber bereits nach wenigen Tagen zusammen. Die Reichswehrführung hatte sich verweigert, nur einzelne Kommandeure in Nord- und Ostdeutschland verhielten sich vorübergehend positiv. Auch die höhere Beamtenschaft folgte nicht der Putschregierung. Drittens riefen die Gewerkschaftsverbände den Generalstreik aus. Am 17. März trat Kapp zurück, kurz darauf folgte Lüttwitz. Am gleichen Tage wurde Generalmajor v. Seeckt mit dem Oberbefehl über die Truppen im Bereich des Reichswehr-Gruppenkommandos I betraut. Am folgenden Tage befahl Seeckt die Niederwerfung linksradikaler Aufrührer und Verbände, welche die Putschsituation zu eigenen Aktivitäten benutzten.

In Pommern traf der Kapp-Putsch auf eine schon seit längerer Zeit gespannte Situation. Zwischen den Landarbeitern und ihren Arbeitgebern wurde um neue Löhne gekämpft. Auch an den Stettiner Werften herrschte Unruhe. Als die Nachricht von den Berliner Vorgängen eintraf, bildeten sich rasch die Fronten, die aber durch die einzelnen Gruppierungen lief. Während der Befehlshaber des Wehrkreises II, Generalleutnant v. Bernuth, in Stettin die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung anstrebte, was auch ein Vorgehen gegen illegale bewaffnete Gruppen und Verbände bedeutete, erklärte sich der Oberpräsident für „neutral", dagegen unterstützten einige Landräte die Arbeiterwehren usw. Einige dieser Wehren verfolgten offensichtlich das Ziel der Errichtung einer Rätediktatur.

So kam es in Stettin und anderen pommerschen Städten zu Gefechten, bei denen es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. Auch unbeteiligte Zivilpersonen fielen den Kämpfen sowie Mordanschlägen zum Opfer. In Teilen der Provinz blieb es bis zum Frühjahr 1920 unruhig.

Wie häufig bei bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen kam es auf beiden Seiten zu Übergriffen. Sie haben zu gerechtfertigter oder ungerechtfertigter Erregung und Verbitterung geführt. Gruppen und Organisationen bildeten sich meist unter unverdächtig klingenden Namen. Einige von diesen verfügten auch über Waffen. Die Regierungsstellen hatten Mühe, diese ungesetzlichen Organisationen aufzulösen.

Die Anfänge der KPD

Unmittelbar nach 1918 hatten die Kommunisten in der Provinz überhaupt keine Resonanz. Erst im Sommer 1919 richteten sie in Stettin eine Bezirksleitung ein, verfügten aber über nur wenige Mitglieder. Das sollte anders werden, als nach dem Hallenser USPD-Parteitag vom Oktober 1920 ein erheblicher Teil unabhängiger Sozialdemokraten zur KPD abschwenkten, deren Kader zu einer Massenpartei auffüllten und ihre langjährigen organisatorischen Erfahrungen beim Aufbau von KPD-Ortsgruppen zur Verfügung stellten.

Hochburgen der USPD mit Wählerzahlen zwischen 20 und 30 % hatte es in Randow, Rummelsburg, Stettin, Ueckermünde, Stralsund, Dramburg und Lauenburg gegeben; jetzt nisteten sich hier und auch in Greifswald die Kommunisten ein[21]. Sie versuchten, Zellen in den Gewerkschaften sowie halbmilitärische „Proletarische Hundertschaften" zu bilden, beschafften auch Waffen, was ihre Besitzer später ins Zuchthaus brachte. Ihre Putschtaktik führte aber vielfach auch zur Rückkehr verantwortungsbewußter Arbeiter zur SPD, insgesamt jedoch zu einer weiteren Spaltung und Schwächung der pommerschen Arbeiterbewegung.

Nach 1945 hat sich Geschichtsschreibung in Pommern und Mecklenburg darum bemüht, den Nachweis für die Existenz einer starken klassenkämpferisch und revolutionär gesinnten Arbeiterschaft zu führen. In sämtlichen „Greifswald-Stralsunder Jahrbüchern" der letzten zehn Jahrgänge sind Beiträge erschienen, die in Einzeluntersuchungen mosaikartig Steinchen um Steinchen aus der Vergangenheit der pommerschen Arbeiterbewegung zusammentragen, darunter manche aufhellende Fakten. Entsprechend der kommunistischen Geschichtsauffassung von Partinost (= Parteilichkeit) wird aber bewußt eine Überakzentuierung revolutionärer Details vorgenommen, andererseits gleichzeitig abschätzig von „rechtssozialistischen Führern", deren „verräterischer Haltung gegenüber der Arbeiterklasse" u. ä. gesprochen. Es mindert die Bedeutung solcher Untersuchungen zur Geschichte der pommerschen Arbeiterbewegung, wenn es z. B. 1963 heißt: „Charakteristisch für die Politik der rechtssozialistischen Führung eines Ebert, Scheidemann, Kautsky und Haase war, daß sie mit dem deutschen Imperialismus eng zusammenarbeitete" (Bd. 3/1963, S. 98) oder: „Die klassenbewußten Sozialdemokraten erkannten jetzt (1933) den Verrat ihrer Führer an den Interessen der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes" (Bd. 8/1969, S. 99). Bei solcher Geschichtsklitterung nimmt es nicht Wunder, wenn „Der Anteil der revolutionären Landarbeiter des ehemaligen Regierungsbezirkes Stralsund an der Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920" (Bd. 3/1963) oder „Die ersten Aktionen der Spartakusgruppe in Stettin" (Bd. 1/1961) heroisiert werden, denen eine solche Bedeutung in der Gesamtentwicklung nicht zukommt.

Treu zur Republik

Der sozialdemokratische Ordnungsdienst

Die Nöte der ersten Nachkriegsjahre steigerten sich bis 1923. Die Mark sank ins Bodenlose, viele Arbeitnehmer bangten um ihre Arbeitsplätze, oftmals mußten sie von der Hand in den Mund leben. Während der Sommermonate 1923

[21] Schreiner, Klaus: Der Anteil der revolutionären Landarbeiter des ehemaligen Regierungsbezirkes Stralsund an der Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920. In: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch, Bd. 3, 1963.
Maur, Hans: Beiträge zur Geschichte der Stadt Greifswald im Sommer 1919. Im gleichen Jahrbuch, gleicher Band.

wurde der Arbeitslohn täglich ausgezahlt, standen die Frauen vor den Fabriktoren, um schnell noch einzukaufen, ehe das Geld wertlos geworden war. In so schwankender wirtschaftlicher Situation politische Vernunft obwalten zu lassen, erforderte Verantwortungsbewußtsein und Vertrauen in die Staatsführung. Während des sogenannten passiven Ruhrwiderstandes gingen die politischen Wellen wieder hoch. Als im Oktober und November 1923 Separatistenaufstände im Rheinland und in der Pfalz, Thälmanns Kommunistenputsch in Hamburg, der Hitlerputsch am 9. November in München und die Amtsenthebung der Landesregierungen von Sachsen und Thüringen durch eine Reichsexekutive blitzartig folgten, schien das Ende jeder staatlichen Autorität herangekommen zu sein. Wie ein Hohn mußte es auf die Anhänger der Demokratie wirken, wenn ausgerechnet in diesen Tagen die sozialdemokratischen Zeitungen in Pommern auf drei Tage verboten wurden.

Gewerkschaften und Sozialdemokraten hatten es in diesen Wochen schwer, öffentliche Versammlungen durchzuführen und politische Vernunft zu fordern. Von rechts wie links wurden sie bedrängt, so daß zur Abwehr schließlich im August 1923 ein „Sozialdemokratischer Ordnungsdienst August-Bebel-Bund" gegründet werden mußte, der 1924 im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" aufging, das schließlich in Pommern über 152 Ortsgruppen verfügte; Gauvorsitzender wurde MdL Theodor Hartwig, Gausekretär Rudolf Michael. Im Gauvorstand des Reichsbanners arbeitete auch der für Pommern auf der Reichsliste gewählte Demokrat Ernst Lemmer mit, der als Generalsekretär des Gewerkschaftsringes und MdR eine namhafte Rolle spielte.

Die Wahlergebnisse von 1920 bis 1924

Die sich verschlechternde Wirtschaftslage, politische Auseinandersetzungen und Unruhen in vielen Teilen des Reiches, Erregungen über die Durchführung des Friedensvertrages, brachten den auf schnelle Revision dringenden Rechtsparteien bedeutende Erfolge. Unter solchen Eindrücken standen die Wahlen vom 6. Juni 1920 und 4. Mai 1924. In krassem Gegensatz zu 1919 gab es jetzt einen Ruck nach rechts, aber auch nach links (die KPD errang ein Mandat), sowie einen Rückgang der demokratischen Parteien. Dies macht die nachstehende Gegenüberstellung deutlich:

	6. Juni 1920	4. Mai 1924
DNVP:	298 050 = 5 MdR	442 947 = 7 MdR
SPD:	174 540 = 3 MdR	169 579 = 2 MdR
DVP:	165 694 = 3 MdR	41 784 = 1 MdR
USP:	140 816 = 2 MdR	— = 0 MdR
KP:	9 897 = 0 MdR	77 664 = 1 MdR
DDP:	37 650 = 0 MdR	23 232 = 0 MdR
Z.:	6 446 = 0 MdR	7 670 = 0 MdR
Sonstige:	8 608 = 0 MdR	— = 0 MdR
Nationalsoz. Freiheitspartei:	— = 0 MdR	87 438 = 1 MdR

Abb. 32: Die SPD-Fraktion des pommerschen Provinziallandtages im November 1925 (Die Namen der Abgeordneten sind in den „Erläuterungen zu den Abbildungen" im Anhang dieses Buches aufgeführt).

Auch die Wahlen zum Preußischen Landtag am 20. Februar 1921 und am 7. Dezember 1924 brachten ähnliche Ergebnisse. Es entsandten 1921 die Deutschnationalen neun, die Sozialdemokraten sechs, die Vereinigte Kommunistische Partei einen, die deutsche Volkspartei drei und die Demokraten einen Abgeordneten in das Landesparlament.

Für 1924 lauteten die Zahlen: elf DNVP, fünf SPD und je ein MdL der DVP, SPD und Nationalsozialistischen Freiheitspartei. Für die SPD wurden Herbert, Hartwig, König, Decker und Frau Höfs gewählt. Die KPD hatte landfremde Abgeordnete durchgebracht. Bei den Deutschnationalen war Wilhelm Schmidt-Spandau, Vorsitzender des Reichsbundes vaterländischer Arbeitervereine, in den Landtag eingezogen, bei den Nationalsozialisten der Landarbeiter Johannes Kaiser aus Anklam, der als Beruf „Gewerkschaftssekretär im Pommerschen Landbund" angab.

Wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten

Zwar waren mit dem Jahr 1924 durch eine feste Währung allmählich solidere Verhältnisse eingekehrt, doch brachten sie zugleich Schrumpfung, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit in der Wirtschaft mit sich. Die Geschäftsberichte der SPD Pommerns für 1925 und 1926 sind angefüllt mit Klagen über traurige Wirtschaftverhältnisse in vielen Teilen Pommerns. Da heißt es:

„Die gesteigerte Wirtschaftskrise des letzten Jahres hat alles Dagewesene übertroffen, so daß angenommen werden kann, daß die Hälfte aller in den Städten Erwerbstätigen erwerbslos war und zum Teil noch ist. Verschiedene Industriezweige in der Provinz wurden geschlossen, so die Stöwer-Werke, wodurch 2 000 Arbeiter erwerbslos wurden. Auf der Vulcan-Werft in Stettin sind von ca. 7 000 Arbeitern, Angestellten usw. gegenwärtig etwa noch 1 200 beschäftigt. In Köslin wurde eine Papierfabrik stillgelegt und kamen dadurch 1 400 Arbeiterinnen und Arbeiter zur Entlassung. In Wolgast brannte eine Holzbearbeitungsfabrik ab und wurden dadurch 400 Arbeiterinnen und Arbeiter erwerbslos. Weiter ist das Panzer-Werk stillgelegt worden und wurden dadurch ca. 300 Arbeiter erwerbslos. In Sydowsaue wurde die Stapelfaser-Fabrik stillgelegt und wurden dadurch rund 1 000 Arbeiter und Arbeiterinnen erwerbslos. In diesen aufgeführten Orten ist mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen erwerbslos. In den Grenzstädten Stolp, Lauenburg u. a. ist die Erwerbslosigkeit schon seit Jahren eine außerordentlich große. In Lauenburg haben die dortigen Zündholzfabriken, die vor dem Kriege auf den Absatz in Westpreußen, Posen und nach dem Osten angewiesen waren, fast nichts zu tun. In Lauenburg existiert eine Arbeitslosigkeit, die mit den höchsten prozentualen Stand von ganz Deutschland aufweist. In den Eisenbahnwerkstätten von Stettin, Greifswald, Stargard, Stolp und Neustettin hat ein starker Abbau des Personals stattgefunden."

Erschwerend war zudem der niedrige Stand der Löhne in den Städten, erst recht aber auf dem Lande. Derselbe Bericht des Bezirksvorstandes der SPD Pommerns stellt hinsichtlich der Landarbeiter fest:

„Hinzu kommt der wirtschaftliche Druck, den sie (gemeint sind die Landbündler) gegen die gewerkschaftlich organisierte Landarbeiterschaft ausüben, und der Lohndruck, der sich vermöge des für ihre Interessen geschaffenen Landbundes gegenüber der Landarbeiterschaft auswirkt."

Da im Landbund die Landwirte und ihre Arbeitnehmer in einer Organisation zusammenarbeiteten und dadurch auch die Landarbeitertarife aushandeln konnten, bestand für die Freien Gewerkschaften nur ein sehr geringer Raum, in dem sie sich betätigen konnten.

Um einen Vergleich zu ermöglichen, sollen einige Zahlen für sich sprechen. Im Tarifbezirk Randow betrugen die höchsten Stundenlöhne für landwirtschaftliche männliche Vollarbeiter zwölf Pfennig in bar und 25 Pfennig Deputat, weibliche Vollarbeiterinnen bekamen elf Pfennig bar und sieben Pfennig Deputatlohn. Damit standen sich beide noch um zwei Pfennige besser als die Landarbeiter der Magdeburger Börde, deren schwerer Lößboden ganz andere Erträge brachte als der Pommerns.

Die Entwicklung der Gewerkschaften

Nach der Inflation konnten die Gewerkschaften ihre Organisationen wesentlich erweitern, weil die langjährige Krisensituation der Wirtschaft die Arbeitnehmer vom Wert einer gewerkschaftlichen Vertretung ihrer Interessen überzeugt hatte.

Die Jahrbücher des ADGB weisen für die Jahre 1920—1930 folgende Mitgliedszahlen aus.

1922	=	55	Ortsausschüsse	mit	87 694	Mitgliedern,	davon	10 204 weiblich, 826 jugendlich
1924	=	42	„	„	57 974	„	„	5 303 weiblich, 275 jugendlich
1925	=	45	„	„	59 318	„	„	5 050 weiblich, 1 331 jugendlich
1926	=	63	„	„	63 651	„	„	4 639 weiblich, 1 910 jugendlich
1927	=	68	„	„	72 997	„	„	4 789 weiblich, 3 064 jugendlich
1928	=	70	„	„	74 917	„	„	4 723 weiblich, 3 016 jugendlich
1929	=	71	„	„	80 295	„	„	5 062 weiblich, 2 857 jugendlich
1930	=	74	„	„	78 710	„	„	4 392 weiblich, 2 597 jugendlich

Die freien Gewerkschaften unterhielten im Jahre 1928 34 Bibliotheken, 18 Bildungsausschüsse und vier Rechtsauskunftsstellen. Neue Aufgaben entstanden ihnen durch das Arbeitsgerichtsgesetz und die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte. Zu einem weiteren Schwerpunkt wurde die Bildungsarbeit.

Schließlich sind diese Jahre auch typisch für den Ausbau gewerkschaftlich-genossenschaftlicher Einrichtungen wie „Volksfürsorge", Filialen der „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten" in Stettin und Stolp, der „Bauhütten für Pommern" mit neuen Geschäftsstellen in Stralsund und Hinterpommern. Eine spezielle pommersche Note war die Schaffung des „Lindcar-Fahrradwerkes" des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität", Gewerkschaftshäuser gab es jetzt in Stettin, Stralsund, Stolp, Neustettin und Köslin.

Die christlichen Gewerkschaften konnten auch jetzt nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Anhängern auf sich vereinen. Sie hatten 1928 in der ganzen Provinz nur 7 592 Mitglieder[22].

Die Konsumvereine

Verständlicherweise blühten die Konsumgenossenschaften während der Weimarer Republik besonders auf; davon zeugen Gründungen wie Gollnow, Hammermühle, Lauenburg, Schivelbein und Schlawe 1919, während im Jahre 1920 solche Einrichtungen in Falkenburg und Greifenberg, in Naugard, Regenwalde, Rügenwalde und Wangerin entstanden. 1921 folgten dann Bergen auf Rügen, Bublitz, Freienwalde und Labes. Schließlich konnte der „Zentralverband Deutscher Konsumvereine" zum Jahresende 1932 berichten, daß in Pommern im

[22] „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands", 28. Jg., Nr. 17 vom 1. September 1928.

„Verband ostdeutscher Konsumvereine“ 21 selbständige Genossenschaften mit 148 Verteilungsstellen und 515 Beschäftigten vereinigt waren. Der Umsatz betrug 1928 über zehn Millionen Mark.

Erfolge in der politischen Arbeit

Die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 schienen der allmählich einsetzenden wirtschaftlichen Erholung auch im politischen Verhalten Ausdruck zu verleihen. Zwar erzielte die DNVP immer noch 373 426 Stimmen und sechs Abgeordnete, darunter den 1879 in Stettin geborenen Vorsitzenden des Reichslandarbeiterbundes Johannes Wolf, während die DVP 49 670 Wähler und einen Abgeordneten aufweisen konnte, jedoch kletterte die SPD auf 271 472 Wähler und vier Mandate. Das bedeutete gegenüber den letzten Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 für die Deutschnationalen einen Verlust von 70 000, für die SPD einen Gewinn von fast 50 000 Stimmen. Die Rechtsparteien waren um 50 % vermindert worden, die Kommunisten waren ebenfalls zurückgegangen.

Im Stadtkreis Stettin wurden folgende Stimmen abgegeben:

Einwohner: 254 466,
Stimmberechtigte: 188 449,
Abgegebene gültige Stimmen: 132 877,
davon erhielten:

SPD	=	51 136
DNVP	=	29 067
Zentrum	=	2 103
DVP	=	12 904
KPD	=	16 292
DDP	=	6 563
Wirtschafts-Partei	=	7 435
NSDAP	=	1 653
Sonstige	=	4 725

Vergleicht man die Wahlergebnisse der 14 Kreise des Regierungsbezirks Stettin und der sechs Kreise des Regierungsbezirks Stralsund mit den 15 Kreisen des Regierungsbezirks Köslin, so stellt sich heraus, daß die SPD stärkste Partei in Stettin, Randow, Usedom-Wollin, Ueckermünde und Stargard war, während die für sie abgegebenen Stimmenzahlen in Hinterpommern stark zurückblieben. Hier waren die Hochburgen der Deutschnationalen, wie dies aus folgender Gegenüberstellung hervorgeht:

Landkreis Stolp:	DNVP = 24 406,	SPD = 9 114,
Kreis Schlawe:	DNVP = 23 668,	SPD = 7 578,
Kreis Neustettin:	DNVP = 18 941,	SPD = 8 494,
Kreis Lauenburg:	DNVP = 13 296,	SPD = 6 266.

Der Erfolg der SPD wurde auch bei den Landtagswahlen sichtbar. Hatte sie 1925 20 Mandate erzielt, so konnte sie die Zahl 1929 auf 25 steigern. Im Provinzialausschuß bekam sie mit sechs Sitzen erstmals ein Mandat mehr als die Deutschnationalen.

Auf den unteren politischen Ebenen wirkte sich die revidierte Gemeindeordnung von 1927 vorteilhaft für die Arbeiterbewegung aus. Bis zum Jahre 1928 wurden in Pommern 2 240 Gutsbezirke und 56 lebensunfähige Landgemeinden aufgelöst, aus ihnen 303 neue gebildet, während der Rest der Gutsbezirke an bereits bestehende Gemeinden angeschlossen wurde. Damit erhielten 369 000 Einwohner erstmals das Gemeindewahlrecht.

Diese Neuordnung trug erheblich dazu bei, daß die Sozialdemokraten in den Landkreisen Gewinne verbuchen konnten. In 28 Kreistage zogen sie mit 193 Mandaten ein, gegen 168 im Jahre 1925. Auch konnten sie 48 Mitglieder von Kreisausschüssen zählen. In 64 Stadtgemeinden bekamen sie 380 Stadtverordnetensitze und stellten in 59 Städten 101 Magistratsmitglieder. Nach der Neugliederung der Landgemeinden gewannen sie zu den 463 im Jahre 1925 erhaltenen Sitzen noch 410 weitere hinzu. Sie stellten in 81 Landgemeinden 94 Mitglieder der Gemeindevorstände und in 32 Ortschaften den Gemeindevorsteher.

Diese Erfolge ermöglichten es den Sozialdemokraten, die Parteiorganisation zu festigen und auszubauen. Als sie am 5./6. Oktober 1929 in Köslin ihren 19. Bezirksparteitag abhielten, konnten sie gegenüber 1925 eine Vermehrung des Mitgliederbestandes von 6 930 auf 14 834 und fast eine Verdoppelung der Ortsvereine nachweisen.

Auch einige Unter- und Nebenorganisationen entwickelten sich günstig. Die „Sozialistische Arbeiter-Jugend" zählte 1928 in 33 Ortsgruppen ca. 1 000 Mitglieder. Sie hatte ein besonderes Mitteilungsblatt „Der Kampfgefährte". Seit 1928 faßten im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde" auch die „Roten Falken" in Pommern Fuß. Anläßlich einer Jugendkonferenz 1925 hatten sich zum ersten Mal 180 Jungen und Mädchen in blauen Kitteln und Kleidern mit dem Falkenabzeichen der Öffentlichkeit vorgestellt. Zwischen 1928 und 1930 konnten Zeltlager und Kinderrepubliken in der Lübecker Bucht und auf der Rheininsel Namedy durchgeführt werden. Ende 1931 wies diese Organisation in Pommern 39 Ortsgruppen mit 1 560 Kindern auf. Die seit 1922 bestehende „Arbeiter-Wohlfahrt" hatte 1928 in Pommern 51 Ortsausschüsse.

Zur Unterstützung schulreformerischer Bestrebungen war 1925 eine „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen" gegründet worden. Sie hatten es in der Propagierung ihrer Ziele nicht leicht, besonders schwer auf dem Lande, wo die Elternbeiräte in schulischen Dingen noch sehr konservativ eingestellt waren und sowohl die Ideen der Arbeitsschule also auch die des Unterrichtsgespräches völlig ablehnten.

Eine starke Aufwärtsentwicklung nahmen in diesen Jahren die Arbeitersportvereine. Als Kreis 15 im „Arbeiter-Turn- und Sportbund" war Pommern in die Bezirke Vorpommern mit dem Vorort Greifswald, Mittelpommern mit dem Vorort Stettin, Köslin-Hinterpommern mit dem Vorort Stolp und Ueckermünde-Usedom-Wollin mit dem Vorort Torgelow gegliedert. In diesem Rahmen betätigten sich in allen größeren Orten Fußballer, Rasensportler, Wassersportler, Boxer und Ringer. Den Arbeiterturnvereinen schlossen sich zunehmend Frauen- und Schülerabteilungen an.

Mit dem Touristenverein „Die Naturfreunde" erwanderte man die landschaftlichen Schönheiten Pommerns. Großer Beliebtheit erfreute sich der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". Neuartig war die 1930 begründete Segelfluggruppe „Sturmvogel". Natürlich gehörten auch die Arbeitersamariter in diesen Bereich. Allwöchentlich brachten Arbeiterzeitungen eine Sonderbeilage „Pommerscher Arbeitersport" heraus. Max Fank erinnert sich aus eigenem Erleben:

„Ein reges sportliches und kulturelles Leben, wie es vorangegangene Generationen nicht geahnt hatten, entwickelte sich in diesen Jahren. Man kann es in seiner Bedeutung nur voll würdigen, wenn man bedenkt, daß alles dies aus Pfennnigbeträgen aufgebaut wurde, die sich die Arbeiter von ihrem geringen Einkommen absparten."

Die Entwicklung der Arbeiterpresse

Die wachsende Mitgliederstärke der Partei kam der Arbeiterpresse zugute, deren Bezieherzahlen ständig wuchsen. Neben dem „Vorpommer" erschien zeitweilig in Demmin ein „Volkswille" und seit dem 1. August 1922 als selbständiges Organ für Greifswald Stadt und Land die „Greifswalder Volkszeitung".

Nunmehr setzte, gefördert durch den Landtagspräsidenten Bartels sowie Pargmann-Stettin und Kortüm-Stralsund, eine systematische Verbesserung des Maschinenparkes der Druckereien und eine Vermehrung der Geschäftsstellen ein. Dies geschah in erster Linie in den Städten Demmin, Barth und Bergen auf Rügen.

Schließlich konnte von Otto Kortüm in einem Jubiläumsartikel festgestellt werden:

„Der ‚Vorpommer' ist zur verbreitetsten Zeitung Vorpommerns geworden . . . In dem jetzigen Zustande besitzt die pommersche Parteibewegung eine Druck- und Verlagsanstalt, die mustergültig ist und sich in Bezug auf Größe, Leistungsfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeit neben den besten bürgerlichen Betrieben des Bezirks sehen lassen kann."

Spät erst konnten für Hinterpommern Kopfblätter und Nebenausgaben sozialdemokratischer Presseorgane Abonnenten finden, so zwischen 1923 und 1933 der „Grenzbote" in Köslin, der Stolper „Volkswille", die „Neustettiner Volkszeitung" und die Belgarder „Volkswacht".

In zahlreichen Betrieben agitierten die Kommunisten mit eigenen Zeitungen, so gab es z. B. 1931 in Stettin „Die rote Faust" für die Vulcan-Werft und „Der rote Bimmel" für die Molkerei-Genossenschaft.

Der Endkampf der Demokratie

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

Während man allgemein glaubte, die Schwierigkeiten der Nachkriegsjahre überwunden zu haben, machten sich in Pommern bereits bedenkliche Krisenzeichen bemerkbar, zumal die Provinz noch längst nicht die Kriegsfolgeschäden überwunden hatte.

Der bedeutendste Industriebetrieb Stettins, die „Vukan-Werft", brach zusammen, nachdem alle Versuche, sie zu retten, gescheitert waren. Aber auch kleinere Werften, Maschinen-, Metall- und chemische Betriebe, stärker noch textil- und papierverarbeitende Betriebe wurden vom wirtschaftlichen Rückgang erfaßt. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nahmen zu. Selbst auf dem Lande, sowohl in den Mittel- und Kleinstädten als auch in der Landwirtschaft, gab es Konkurse und Arbeitslosigkeit.

Aus dem „Bericht des Bezirksvorstandes der SPD Pommerns für 1927 und 1928 ist zu entnehmen:

„Betriebseinschränkungen und Stillegungen haben in Pommern in größerem Ausmaß stattgefunden. Stettin ist dadurch am härtesten betroffen worden, und die Arbeitslosigkeit erreichte hier und in den Vororten mit den höchsten Stand, den wir nach der Statistik in der deutschen Republik zu verzeichnen haben . . . Im Kreise Ueckermünde liegt die Ziegelindustrie sehr danieder. In Torgelow ist die dortige Eisenindustrie in ihrer Tätigkeit immer mehr eingeschränkt worden . . . Sehr hart sind einige Städte und Bezirke in Ostpommern betroffen worden, am härtesten Stadt und Kreis Lauenburg und Bütow . . . Die Erwerbslosigkeit hat sich aber nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande gesteigert. Dadurch hat die Landarbeiterschaft einen schweren Stand, um durch ihre gewerkschaftliche Organisation, den Landarbeiterverband, die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern zu können."

Im Agrarland Pommern gab es in dieser Periode Landarbeitermangel. Nach dem Bericht der Landwirtschaftskammer sind in der Zeit vom 1. Januar 1928 bis 30. Juni 1929 aus den Landgebieten Pommerns 17 000 Menschen in die Städte gezogen. Am 1. Juli 1929, also in der Erntezeit, waren 1 425 land- und forstwirtschaftliche Facharbeiter arbeitslos, 1 714 Landarbeiterwohnungen standen leer. Es wurden aber im Jahre 1931, also angesichts vermehrter Arbeitslosigkeit, 10 250 polnische Saisonarbeiter in Pommern beschäftigt.

Eine solche Sachlage mußte naturgemäß die politischen Extreme begünstigen. Die Bemühungen der Arbeitsämter, arbeitslose Fabrikarbeiter aus den Städten, namentlich Stettin, in Landarbeiterstellen zu vermitteln, scheiterten wie überall in Deutschland, weshalb selbst in den Zeiten größter Arbeitslosigkeit Polen

---

Abb. 33: Friedrich Bartels

beschäftigt werden mußten. Besonders schwierig war die Lage der Forstarbeiter. Weil der Holzeinschlag nur im Winterhalbjahr durchgeführt wird, arbeiteten sie im Sommer durchweg als Bauarbeiter. Da in der Wirtschaftskrise die Bautätigkeit schnell abnahm, waren sie im Sommer arbeitslos, ließen sich aber wie ihre städtischen Schicksalsgenossen nur selten in freie Landarbeiterstellen einweisen, obwohl sie zum größten Teil auf dem Lande wohnten.

Der Staat hatte nach der Inflation durch eine Reihe von Maßnahmen versucht, die Arbeitslosigkeit zu beheben und der Wirtschaft neue Impulse zu geben. Hierzu gehörte der Ausbau des Stettiner Hafens, die Erweiterung und Vertiefung des Schiffahrtsweges Stettin—Swinemünde und der Bau des Staubeckens von Ottmachau, durch dessen Reservoir der Wasserstand der Oder reguliert werden konnte. Auch Bauten von Landstraßen in den Kreisen Stolp, Bütow und Rummelsburg sind Maßnahmen dieser Art gewesen, die aber nur zeitweise Erleichterungen brachten, aber nicht das Übel an der Wurzel packen konnten.

Im Oktober 1927 beriet sich der preußische Innenminister Grzesinski in Stettin mit den Verantwortlichen aus Verwaltung und Wirtschaft und bereiste anschließend die Provinz. Im Januar 1931 unternahm Reichskanzler Brüning eine Informationsreise, wobei er sich besonders in den Kreisen Lauenburg und Rummelsburg aufhielt.

Nachdem das Osthilfegesetz vom 31. März 1931 die Möglichkeit gegeben hatte, Handel wie Landwirtschaft durch Kredite und Umschuldung zu stützen, wurde sein Anwendungsbereich ausdrücklich „auf das Land östlich der Oder einschließlich Stettins" ausgedehnt. Dennoch war manchen Betrieben nicht mehr zu helfen; es erfolgten Zwangsversteigerungen z. T. unter tumultuarischen Umständen. Außerdem ergaben sich in Pommern Differenzen zwischen dem Leiter der Oststelle, Jürgen von Dewitz, der zugleich Vorsitzender des Pommerschen Landbundes war, und Beamten der Preußenkasse.

Ein Sonderproblem innerhalb dieser Osthilfemaßnahmen war die Siedlungstätigkeit. Hans Branig beschreibt deren besondere Sachlage:

„Ihr kam im pommerschen Grenzland eine hohe nationalpolitische Bedeutung zu. Hatte Pommern schon im Vergleich zu ganz Preußen eine ungünstige Bevölkerungsdichte, so war das Verhältnis in den einzelnen Grenzkreisen noch bedenklicher, wo nur etwa 46 Einwohner auf 1 qkm kamen. Dem stand eine Bevölkerungsdichte von etwa 100 Einwohnern pro qkm in den benachbarten polnischen Gebieten gegenüber. Verschlimmert wurde dieser Zustand noch durch die Landflucht, einer Erscheinung, die sich überall bemerkbar machte. Die Menschen drängten vom Lande in die Stadt, wo sie bequemere Lebensbedingungen und bessere Bezahlung suchten. Von dieser Landflucht war gerade der Regierungsbezirk Köslin betroffen." [23]

---

[23] Branig, Hans: a. O. S. 141 ff.

Das Reichssiedlungsgesetz von 1919 hatte vorgesehen, daß etwa ein Drittel der großen Güter und staatlichen Domänen für Siedlungszwecke parzelliert werden sollten.

„Leider hat die Siedlung in Ostpommern nicht die gewünschten Resultate erbracht. Die Siedlerstellen waren für die hier vorhandenen leichten Ackerböden meist zu klein und die darauf liegenden Lasten zu groß."

Der Zug zu extremen Parteien verstärkt sich

Nach den Reichstagswahlen von 1928 geriet die Deutschnationale Volkspartei in eine schwere Krise. Der Vorsitzende, Graf Westarp, trat zurück und wurde durch Hugenberg ersetzt. Viele waren nicht bereit, der Partei auf ihrem neuen Kurse zu folgen und traten aus.

Auch Pommern wurde von dieser Welle erfaßt. Unter denen, die damals die Partei verließen, befanden sich Abgeordnete des sozialen Flügels wie Behrens und Schmidt-Stettin, schließlich auch der bisherige Vorsitzende des Provinzialverbandes Pommern, Schlange-Schöningen. Was die Glocke aber bereits geschlagen hatte, verkündete der Ausgang eines Volksbegehrens gegen die Annahme der Younggesetze, das zwar scheiterte, in Pommern aber 33 % Stimmen erbrachte und dieses Land damit an die Spitze aller Wahlkreise rücken ließ.

Die Kommunisten hatten während der Hochinflation 1923 eine militante Aktion unternommen. Von Kolberg aus waren in mehreren Booten Waffen an die pommersche Küste geschmuggelt worden. Das hatte zur Verhaftung eines Skoblewski u. a., schließlich zu einem Prozeß vor dem Reichsgericht geführt.

Jetzt machte sich die KPD die sich verschärfende wirtschaftliche Notsituation zunutze und agitierte unter den Industrie- und Landarbeitern, nach außen hin unter der Parole „Einheitsfront von SPD und KPD", in der Praxis mit dem Hauptstoß gegen Sozialdemokraten, die „Sozialfaschisten" beschimpft wurden. Eine eigene „RGO" (Rote Gewerkschaftsopposition) schwächte Gewerkschaften und bald auch Arbeitersportvereine durch Spaltung.

Besonders makaber war das Zusammenspiel mit der politischen Reaktion beim Volksbegehren zur Auflösung des preußischen Landtages, wo die KPD beim Volksentscheid am 9. August 1931 mitstimmte, freilich ohne ein Scheitern verhindern zu können. Aber Hugenberg konnte frohlocken:

„Mancher hat bisher am Erfolg des Volksbegehrens gezweifelt; es schien ausgeschlossen, die Hälfte der preußischen Stimmberechtigten für irgend einen Volksentscheid auf die Beine zu bringen. Das ist jetzt anders!"

Allerdings stand Pommern mit 659 315 Ja-Stimmen (= 53,5 %) wieder fast an der Spitze aller Wahlkreise.

Nach 1928 begannen rechtsextreme Kreise, auf die wachsenden Nöte der Landwirtschaft durch Bombenanschläge aufmerksam zu machen. Nicht nur

in Schleswig-Holstein, sondern auch in Pommern trieb diese Schwarze-Fahne-Bewegung ihr Unwesen und arbeitete letzten Endes den Nationalsozialisten in die Hände. Bei den nach Ablauf der Amtszeit Hindenburgs erforderlich werdenden Wahlgängen für das Reichspräsidentenamt erhielten nämlich in Pommern

am 13. März 1932 beim 1. Wahlgang

Hindenburg	= 361 223	Stimmen	=	34,8 %
Duesterberg	= 198 371	Stimmen	=	18,9 %
Hitler	= 391 815	Stimmen	=	37,4 %
Thälmann	= 94 570	Stimmen	=	9,0 %

Am 10. April 1932 beim 2. Wahlgang

Hindenburg	= 395 667	Stimmen	=	40,7 %
Hitler	= 510 586	Stimmen	=	52,6 %
Thälmann	= 64 567	Stimmen	=	6,7 %

Damit hatten in Pommern die Extreme von links und rechts erschreckenderweise nahezu 60 % aller abgegebenen Stimmen erreicht. Welche düsteren Perspektiven für die Weimarer Demokratie!

Am 24. April fanden in Preußen die fällig gewordenen Landtagswahlen statt. Sie zeigten auch für Pommern die steigenden Gefahren deutlich an; die NSDAP brachte es auf neun Mandate, die Deutschnationalen bezahlten ihre inneren Konflikte mit weiteren Verlusten, aber auch die SPD büßte erheblich Stimmen und Mandate ein. Hinzu kam, daß die Preußenregierung infolge des Anwachsens der Extreme von rechts bis links nicht mehr über die Mehrheit verfügte, sondern nur noch geschäftsführend im Amt bleiben konnte. Das trug zur Minderung des staatlichen Ansehens bei und ermunterte die Gegner der Demokratie zu verschärften Attacken.

Bald herrschten im politischen Leben Pommerns bürgerkriegsähnliche Zustände. Überfälle auf Lager des unter Mitwirkung der pommerschen Gewerkschaften eingerichteten „Freiwilligen Arbeitsdienstes", auf Konsumläden und Gewerkschaftshäuser, auf Sportstätten und Jugendheime sowie Zeitungsgeschäftsstellen (Barth und Greifswald) mehrten sich. Längst waren zur Abwehr neben dem Reichsbanner die gewerkschaftlichen „Hammerschaften" und durch die Zusammenfassung aller republikanischen Kräfte die „Eiserne Front" getreten. Immer häufiger kam es zu blutigen Zusammenstößen, in deren Gefolge Prozesse anhängig wurden. Max Fank hat festgestellt, daß bis Ende 1932 in Pommern allein 58 Strafprozesse gegen mehrere hundert Reichsbannermitglieder und Gewerkschaftler geführt worden sind.

Am 19. Juli 1932 — am Vorabend der Absetzung der Preußenregierung durch Papen — kam im Nagaster Wald bei Stralsund der Junglehrer Karl Krull ums Leben. Er fungierte ehrenamtlich als Leiter eines Falkenlagers im dortigen Falkenheim. Zum Schutz der Kinder hatten sich deren Väter als

Reichsbannermitglieder versammelt. Auf das Gerücht von einem Überfall rückte ein ortsfremdes Polizeikommando aus Stettin an, das in Schützenlinie den Wald durchkämmte und in der Dunkelheit bei jedem verdächtigen Geräusch schoß. Dabei ist tragischerweise der Junglehrer Krull getötet worden.

Treu hatten die Anhänger der Weimarer Demokratie auch in schwierigsten Stunden zu ihren Idealen gestanden. Von Wirtschaftsnöten und Arbeitslosigkeit sowohl in den Organisationen als auch in den Einzelschicksalen schwer in Mitleidenschaft gezogen, waren die arbeitenden Massen trotzdem bereit, für eine demokratische Republik zu kämpfen und persönlich Opfer an Gut und Blut zu bringen. Aber niemand rief sie zum aktiven Widerstand auf; der Kampf allein mit dem Stimmzettel und in Formen, die ruhigeren Zeitläuften angepaßt waren, mußte zur Enttäuschung und Resignation führen. Hinzu kam ein wachsender Terror, der alles bisher Dagewesene überstieg und namentlich in Kleinstädten und auf dem Lande Panik und Schrecken verbreitete[23a]. So zeigen denn auch die pommerschen Wahlergebnisse des Jahres 1932/33 ein Zerreiben der Mitte, Verluste der Konservativen an die Nationalsozialisten und ein nur mühsames, mit Verlusten erkauftes Behaupten der SPD.

Auf das „Kabinett der Barone", wie die Reichsregierung von Papen spottend abqualifiziert wurde, folgte die Reichskanzlerschaft des Generals von Schleicher, bis am 30. Januar 1933 die sogenannte „Machtübernahme" durch Hitler erfolgte.

In nahezu aussichtsloser Lage führte die Arbeiterbewegung auch in Pommern ihren Abwehrkampf weiter. Obwohl Hunderte von Republikanern, darunter auch Reichs- und Landtagsabgeordnete, verhaftet worden waren, die SPD-Presse und zahlreiche Flugblätter verboten, Versammlungen und Plakatanschläge systematisch behindert wurden, fanden in Pommern, gestützt durch die Eiserne Front, öffentliche Kundgebungen und Mitgliederversammlungen mit den Abgeordneten Schumann, Passehl, Schmidt-Cöpenick u. a., oftmals unter Lebensgefahr, statt. Nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933, der Erklärung von SA-Männern und Stahlhelmern zu Hilfspolizisten und Görings Schießerlaß, hörte politisches Leben jäh auf.

[23a] Über nach Kriegsende 1945 hinaus gerettete Quellen und Materialien zur Geschichte der pommerschen *Arbeiterbewegung unterrichtet ein Beitrag von Andrzej Glowacki im Heft 16/August 1972 der „Internationalen Wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung".* Hiernach befinden sich im Staatsarchiv der heutigen Wojewodschaft in Stettin zahlreiche Akten des Oberpräsidiums von Pommern — Teile hiervon liegen aber auch in Greifswald —, ferner Akten der Regierung zu Stettin, der Kösliner Regierung und solcher Landratsämter, die heute unter polnischer Verwaltung stehen. Es handelt sich dabei zwar nicht mehr um die früher vollständigen, aber immerhin noch beachtlichen Materialien der Verwaltungs- und Polizeibehörden zur Überwachung der Arbeiterbewegung, über Streiks, Berichte der Polizei über Versammlungen und Wahlkämpfe, die von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1933, teilweise auch bis 1935 reichen. Der polnische Verfasser des Berichtes führt auf den Seiten 66—72 die Titel der jeweiligen Aktenstücke unter der früheren deutschen Registrierung auf.

Pommersche Wahlergebnisse 1932/33

	NSDAP	DNVP/ Kampffront schwarz-weiß-rot	DVP	Z	Christl. soz. Partei	Staats-partei	SPD	KPD
Landtagswahl 24. April 1932	459 636 = 9 MdL	175 421 = 3 MdL	11 831 = 0 MdL	12 245 = 0 MdR	8 392 = 0 MdR	16 150 = 0 MdR	240 462 = 4 MdL	78 928 = 1 MdR
Reichstagswahl 31. Juli 1932	511 558 = 8 MdR	168 244 = 2 MdR	9 364 = 0 MdR	15 790 = 0 MdL	6 437 = 0 MdR	8 256 = 0 MdL	223 612 = 3 MdR	114 613 = 2 MdR
6. November 1932	424 877 = 7 MdR	203 730 = 3 MdR	10 779 = 0 MdR	12 042 = 0 MdR	7 039 = 0 MdR	5 655 = 0 MdR	195 196 = 3 MdR	119 204 = 1 MdL
5. März 1933	612 738 = 10 MdR	184 680 = 3 MdR	7 151 = 0 MdR	12 440 = 0 MdR	6 263 = 0 MdR	3 012 = 0 MdL	176 487 = 3 MdR	82 513 = 0 MdR

Wie ein rocher de bronce

In diesen Tagen des Untergangs von Demokratie und Arbeiterbewegung, des Jubels politisch Ahnungsloser, des Konformismus Tausender von „Märzgefallenen" gab es in Pommern einen Mann, einen Adligen, einen Großgrundbesitzer, einen Konservativen, der sich nicht beirren ließ, seinen unbeugsamen Charakter unter Beweis stellte, da er klarsichtig erkannte, was nun heraufzog. Er rang sich aus Achtung vor menschlicher Würde, aus religiösem Ethos und preußischem Staatsbegriff zu einem klaren Nein durch.

Diese Persönlichkeit war Ewald von Kleist-Schmenzin, geboren 1890 auf dem elterlichen Gut Dubberow bei Belgard, als Deutschnationaler scharfer Kritiker Hugenbergs, bald bestgehaßter Gegner der NSDAP, dreimal von diesen verhaftet und kurz vor Kriegsende am 9. April 1945 hingerichtet. Ewald von Kleist-Schmenzin fand in Stunden des Niedergangs und der Verwirrung die Worte:

„Der eingehämmerte Glaube an den alleinseligmachenden, alles erneuernden Nationalsozialismus und Hitler befördert eine kaum begreifbare Unduldsamkeit. In Dörfern, in denen früher Deutschnationale und Sozialdemokraten immerhin noch erträglich zusammen wohnten, stehen sich oft Deutschnationale und Nationalsozialisten wie feindliche Völker gegenüber . . . Die zerstörenden Wirkungen des Nationalsozialismus machen sich auf erschütternde Weise auf jedem Gebiet bemerkbar . . . Der Nationalsozialismus hätte nie diesen verheerenden Aufschwung genommen, wenn die nationalen Kreise sich offenbar von ihm abgesetzt hätten. Die von uns geduldete Auffassung, als ob der Nationalsozialismus als eine nationale Bewegung anzusehen wäre, der lediglich noch einige Mängel anhaften, hat eine Gefahr für unsere ganze Zukunft heraufbeschworen . . . Das Ende einer nationalsozialistischen Regierung wird auf jeden Fall das Ende Rienzis sein, nämlich Chaos." (Zitiert nach Annedore Leber „Das Gewissen steht auf".)

Das Ende der Arbeiterbewegung

Verfolgung und Widerstand

In Pommern hatte unmittelbar nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 die gleiche Verhaftungswelle eingesetzt wie in anderen Teilen des Reiches. Behörden und reguläre Polizei hatten dabei Hilfestellung zu leisten, die sich häufig noch in geordneten Formen vollzog. Weitaus schlimmer war es dort, wo Partei- und SA-Formationen auf eigene Faust vorgingen. Schwarz-rot-goldene Fahnen wurden von Amtsgebäuden entfernt und z. T. öffentlich verbrannt. Behördenleiter und Gemeindevorsteher, die das nicht zulassen wollten, wurden teils mißhandelt, teils in „Schutzhaft" genommen.

SA-Trupps versuchten dies auch auf Gutshäuser, kamen aber mitunter schlecht an. Einzelne mutige Grundbesitzer wandten sich an den Reichspräsidenten, was schließlich auch zu einem Verbot von Einzelaktionen der SA geführt hat.

Der Friedrich-Ebert-Gedenkstein in Wolgast und das Denkmal für die beim

Kapp-Putsch getöteten Stettiner waren bereits zerstört worden. Am 18. März drangen Horden in das Gebäude der Bezirksleitung der SPD Pommerns und der Volksdruckerei in der Stettiner Schillerstraße ein, verwüsteten Büros und Archive und zerstörten die Druckmaschinen, sogar unter Anwendung von Sprengkörpern[24]. Zur gleichen Zeit begaben sich andere SA-Trupps auf die Jagd nach Redakteuren, Partei- und Gewerkschaftssekretären sowie anderen namhaften Funktionären. Viele von ihnen waren aber durch die Polizei gewarnt worden und verbrachten die Nacht in anderen Wohnungen oder in Gartenlauben. Niemand war in diesen Tagen vor willkürlicher Verhaftung und Verschleppung sicher.

Gegen Ende März waren in Pommern ca. 10 000 politische Gefangene in Gefängnissen und Lagern untergebracht, ohne gerichtlichen Verhaftungsbefehl und ohne Anklageerhebung. Da die bisherigen Anstalten dafür nicht mehr ausreichten, wurde die bereits geschlossene Strafanstalt Sonnenburg bei Küstrin wieder eröffnet. Der — später bei der Röhm-Affäre selbst umgebrachte — SA-Gruppenführer von Heydebreck hatte in Stettin ein „Privat-KZ" der SA eingerichtet, wo mißliebige Gegner schwer mißhandelt worden sind. Sowohl in Stettin als auch in Greifswald und Stargard sind in diesen Wochen Anhänger der Demokratie umgebracht worden. Die meisten dieser Verbrechen sind bis heute nicht gesühnt worden.

In den Eröffnungssitzungen der neu gewählten Parlamente protestierten die noch in Freiheit weilenden sozialdemokratischen Abgeordneten scharf gegen derartige Formen des politischen Kampfes. Das hat z. B. im pommerschen Provinziallandtag MdR Otto Passehl getan; er selbst wurde schwer mißhandelt, verhaftet, 1934 aus seinem Eigenheim in Hohenkrug ausgewiesen, siechte dahin und ist 1938, 64jährig, verstorben. Durch das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" (11. April) wurden Tausende entlassen, arbeitslos oder in inferiore Stellungen verwiesen, z. T. ihrer Pensionen beraubt oder unter Polizeiaufsicht gestellt. Ihre Stellen wurden durch „Alte Kämpfer" als „neue Berufsbeamte" besetzt.

Aber das genügte dem ersten Gauleiter (Karpenstein) noch nicht; am 29. Juli 1933 bestimmte er:

„Wer sich als Marxist über den Rahmen der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit hinaus in den Jahren des politischen Kampfes aktiv betätigt hat (z. B. als Reichsbannermann) und sich in einem Angestelltenverhältnis oder Arbeitsverhältnis befindet, hat vor dem erwerbslosen nationalsozialistischen Kämpfer einen ungerechtfertigten persönlichen Vorteil voraus. Es ist also gerecht, wenn dem Marxisten im Rahmen der gesetzlichen Frist gekündigt wird."

Solchen Aktionen folgten Fragebogen zwecks Angabe der politischen Vergangenheit und zum Nachweis der arischen Abstammung; Gesinnungsschnüffelei und Denunziantentum feierten Triumphe.

---

[24] Fank, Max: Pommerns Zeitungen unter nationalsozialistischem Zugriff: In: Ost- und Mitteldeutscher Heimatbote. 11. Jg., Nr. 11, November 1963.

Am Morgen nach dem 1. Mai 1933 wurden nicht nur die Gewerkschaftshäuser besetzt und alles gewerkschaftliche Eigentum beschlagnahmt, auch die Einziehung des Vermögens von SPD und Reichsbanner wurde angeordnet. Selbst dort, wo man privaten Besitz mitgehen ließ, hatten Beschwerden keinen Zweck. Der Stettiner Regierungspräsident antwortete einem Geschädigten unter dem 28. August 1933:

„Ihrem Antrage vermag ich nicht zu entsprechen, da die angestellten Ermittlungen ergeben haben, daß das beschlagnahmte Material durchweg Bezug nimmt auf politische und gewerkschaftliche Vorgänge. Weitere Eingaben in dieser Angelegenheit sind zwecklos und bleiben unbeantwortet."

Große Werte — jahrzehntelang unter schweren Opfern zusammengetragen — wurden der Arbeiterbewegung geraubt. Es sollte aber noch schlimmer kommen: am 22. Juni 1933 wurde die SPD verboten. Damit wurde auch die letzte öffentliche politische Regung unmöglich gemacht. Zur Überwachung des politischen Lebens wurde eine Gestapo (Geheime Staatspolizei) geschaffen. Mit welcher Perfidie sie vorging, zeigt ein Schreiben aus Wolgast vom 27. Juni 1933, das an den Landrat von Greifswald gerichtet ist. Es beginnt mit den Worten:

„Bezugnehmend auf die Verfügung des Geheimen Staatspolizeiamtes vom 23. Juni 1933 — V. 1740 — habe ich, da die Gefahr bestand, daß die hiesige SA selbständig vorging, folgende SPD-Funktionäre sofort in Schutzhaft nehmen und dem Gerichtsgefängnis in Greifswald zuführen lassen":

Es folgen die Namen Kaiser, Kraatz, Beckmann, Oestreich, Stolp, Steinfeld, Stöwhas, Bild, Röpke, Zimmermann, Matzdorf und Berner. Diese Männer und andere wurden in den nächsten Monaten im Zentralgefängnis Gollnow und in den KZ's Sonnenburg und Lichtenburg festgehalten.

Das Allerübelste aus jenen Schreckenstagen ist später durch den ersten Leiter der Gestapo, Diels, ans Licht der Öffentlichkeit gedrungen. Auf der Vulkan-Werft bei Stettin hatte die SS ein Privat-KZ eingerichtet, in dem nicht nur Republikaner, sondern auch Deutschnationale und Juden mißhandelt wurden. Wer über Geld verfügte, konnte sich vielleicht durch Lieferungen freikaufen. Die Mißhandlungen — man nannte das „Vulkanisieren mit Windestärke 1 bis 3" d. h. 25 bis 75 Hiebe mit dem Ochsenziemer — waren schließlich so schlimm, daß sie in Berlin bekannt wurden. Wie Diels in seinem Buch „Lucifer ante portas" mitteilt, mußte eingeschritten und das Lager aufgelöst werden. Einige Beteiligte erhielten hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen, der Gauleiter Karpenstein verlor seinen Posten.

Allen solchen Drangsalierungen und Verfolgungen zum Trotz erhielt sich ein Kern der pommerschen Arbeiterschaft den Glauben an ein Wiedererstehen demokratischer Verhältnisse und damit auch einer freien Arbeiterbewegung. Noch gab man, in Unkenntnis der Machtmittel eines totalitären Systems, dem Nationalsozialismus nicht allzu große Chancen, noch schien der Widerstand gegen ihn, auch wenn er noch so gefährlich war, lohnend. Der Bezirksvorstand der SPD Pommerns nahm daher nach Zerstörung seiner Diensträume in Stettin in der Nacht des 18. März 1933 seine Tätigkeit in Ausweichquartieren und

Privatwohnungen wieder auf. Mitgliederversammlungen von Ortsvereinen haben noch bis in den April stattgefunden, in Stralsund z. B. am 10. April. Als dies nach dem Verbot der Partei nicht mehr möglich war, wurden neue Formen entwickelt, wie sie z. T. während des Sozialistengesetzes erprobt worden waren. Es sollte sich bald herausstellen, wie wenig sie den Methoden eines nicht mehr Verfassung und Gesetzlichkeit verpflichteten Polizei- und Parteiapparates entsprachen[25].

Eine Zeitlang konnten Ersatzblätter, im Abzugsverfahren hergestellte Mitteilungen, die „Gewerkschaftliche Wochenschau" des ADGB Pommern, dann auch „Blick in die Zeit", zum Zusammenhalt der Mitgliedschaft benutzt werden. Ehemalige Funktionäre, die nun als Reisevertreter, Versicherungsagenten und Kurzwarenverkäufer die Provinz bereisten, hielten den persönlichen Kontakt aufrecht. Auf Wanderungen und bei geselligen Anlässen trafen sich Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend, der gewerkschaftlichen Jugendgruppen, des Jungbanners und der Falken.

In Stettin war die dort vorhandene größere Gruppe der SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) recht aktiv. Obschon von den Kommunisten abqualifiziert („Die Parteigründung erschwerte die Überwindung der Spaltungspolitik der rechten Führer der SPD und die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse"), leistete sie durch Verbreitung von Schriften wie „Trotz alledem" oder „Der junge Gewerkschaftler" unter Führung von Fritz Lamm, Walter Porsch, Günter Nelke, Grete und Werner Levin und Erich Dehl eine mutige Aufklärungsarbeit, die in Stettin, Köslin und Greifswald Erfolge hatte. Im August 1933 flog die Gruppe aber auf, es hagelte Verhaftungen, einige konnten sich ihnen durch Flucht ins Ausland entziehen.

Anfang November 1933 war in Stralsund eine „Vereinigung ehemaliger Jungbannerkameraden" aufgespürt worden. Wie das „Stralsunder Tageblatt" vom 13. November 1933 berichtete, hatte sie Mitgliedsbeiträge erhoben und Flugblätter hergestellt. Nach fünfmonatlicher Untersuchungshaft wurden von einem Berliner Gericht verurteilt: Kurt Krüger und Karl Papke zu je zweieinhalb Jahren Gefängnis, Heinz Barth, Wilhelm Hagemann, Hugo Koblitz, Willi Köpke, Hans Regel, Bruno Thom und Bruno Thram zu je einem Jahr Gefängnis. Drei Angeklagte wurden dem Jugendgericht überwiesen.

Eine Gruppe ehemaliger Gewerkschaftler, vor allem aus den Reihen der Transportarbeiter und Eisenbahner, hatte Kontakte mit Ollenbrook von der „Internationalen Transport-Arbeiter-Federation" in Amsterdam aufgenommen. In Deutschland hielten Hans Jahn und Adolf Kummernuß die Verbindung aufrecht, in Pommern Wilhelm Voß aus Stettin. Mit Hilfe von Seeleuten und Lokomotivführern konnte Aufklärungsmaterial eingeschmuggelt werden. Ostern 1935 wurde sogar in Roskilde/Dänemark eine Konferenz mit Teilnehmern aus Deutschland abgehalten. Bei der Rückkehr verhaftete aber die Gestapo zahl-

[25] Görlitz, Walter: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Pommern. In: Baltische Studien, Bd. 48, 1961.

reiche von ihnen; in einem Prozeß vor dem Sondergericht Stettin „Kummernuß und Genossen" wurden zwölf Teilnehmer verurteilt: Kummernuß zu zwei Jahren Gefängnis, Wilhelm Burmeister-Stralsund, Johannes Bolling, Alwin Bösch, Wilhelm Hakier und Albert Stroth zu je anderthalb Jahren, Walter Castenow-Stolp, Wilhelm Fischer-Stargard, Franz Hiller, Friedrich Ristow und Robert Saevecke, alle aus Stettin, sowie Albert Schwanz-Kolberg zu je einem Jahr Gefängnis. Nach Verbüßung der Haft wurden die Verurteilten ins KZ gebracht.

Eine sozialdemokratische Gruppe unter der Führung des Stettiner Parteisekretärs Erich Dehl war seit Mai 1933 tätig, hatte Verbindungen zum Prager Parteivorstand, auch Besprechungen mit Erich Ollenhauer und Alfred Nau gehabt, sowie Publikationen aus der Tschechoslowakei nach Pommern geleitet. Der Architekt Erwin Bartow nahm dieses Material unter Deckadressen in Empfang. Im Mai 1935 wurde er verhaftet, bald folgten Erich Dehl und der Rostocker Alex Gäbler; Wilhelm Voß saß schon von der Roskilde-Konferenz her in Haft. Da es gelang, die Spuren zu verwischen, konnten nur Wilhelm Voß zu zwei Jahren Zuchthaus, Erich Dehl, Erwin Bartow und Max Gäbler zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt werden.

Im Mai 1936 wurden drei weitere Prozesse in Stettin mit insgesamt 25 Angeklagten durchgeführt. Ihnen wurde vorgeworfen, bei Besuchen in Dänemark dem dorthin emigrierten Stralsunder Lehrer Karl Peters und anderen Funktionären der SPD Nachrichten übermittelt und von dort Flugblattmaterial mitgebracht zu haben. Hohe Zuchthausstrafen wurden verhängt, so z. B. erhielten der frühere Sportredakteur am Stettiner „Volksboten" Karl Krahn sieben, Bredow, Richard Friedel, Hermann Glander je fünf, Otto Seepke vier, Franz Falck dreieinhalb, Gerhard Dachmer, Ernst Decker je zweieinhalb Jahre, Heinz Brunck, Karl Dorka, je zwei Jahre drei Monate und Georg Boldt, Alfred Holz und Georg Siegert je zwei Jahre Zuchthaus.

Auch in den folgenden Jahren sind immer wieder pommersche Sozialisten, Gewerkschaftler, Reichsbannerleute und Arbeitersportler wegen Hochverrats oder illegaler Arbeit zu schweren Strafen verurteilt worden, so z. B.: Fritz Lamm-Stettin zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus, Walter Richter-Stettin zu vier Jahren, Albert Last-Stettin zu drei Jahren, Wilhelm Zander und Kurt Westphal-Stettin zu je zweieinhalb Jahren, Heinz Witte, Ewald Kultermann und Fritz Raabe aus Stettin zu je zwei Jahren und drei Monaten, Erich Lukaschewitz zu zwei Jahren und Otto Will-Stettin zu anderthalb Jahren Zuchthaus. Im Jahre 1936 erhielten wegen illegaler Betätigung die Stettiner Wobuss und Paul Schultz zwei Jahre drei Monate Zuchthaus, Heinz Schumann und Gerhard Zenk je zweieinhalb Jahre Zuchthaus, Gerhard Debrow ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Die lange, keineswegs vollständige Liste von Verurteilungen aus politischen Gründen zeigt hinreichend, wie intensiv auch unter den Schwierigkeiten eines totalitären Regimes die Arbeiterbewegung in Pommern ihre Tätigkeit fortzusetzen versuchte.

Die „Greifswald-Stralsunder Jahrbücher" berichten in ihren Ausgaben von 1961 bis 1971 in mehr als einem Dutzend Aufsätzen u. a. auch über den Widerstand in der Arbeiterschaft Pommerns. Auch wenn man mit der Tendenz dieser Geschichtsschreibung und mit vielen Akzenten ihrer Details nicht übereinstimmt, läßt sich das positive Faktum einer ausgiebigen Beschäftigung mit dieser Thematik und des erfaßten und geretteten Materials nicht übersehen. Für Stettin wird ein kommunistisch initiierter Widerstand an Beispielen nachgewiesen; hierbei werden die Namen Walter Empacher und Werner Krause genannt[26]. Aus einer Reihe von Orten wie Rostock, Wolgast, Grimmen[27], Greifswald, Köslin werden andere Gruppen und Namen erwähnt, auch in Zusammenarbeit mit benachbarten Organisationen. Interessant ist dabei, daß auch anarchistische Grüppchen der „Freien Arbeiter-Union Deutschlands" Erwähnung finden. Kommunistische Widerstandsgruppen werden in den Stettiner Hafenbetrieben, in den Oderwerken, bei Auto-Stoewer und in Provinzorten Züllchow, Nemitz, Grabow und Bredow unter Namensangabe der aktiv Tätigen genannt. Am 19. September 1934 gelang vier Kommunisten die Flucht aus dem Gerichtsgefängnis Alt-Damm bei Stettin; unter ihnen befand sich Hermann Matern, der nach 1945 in Ostberlin hohe Funktionen erlangte (1971 verstorben)[28]. In den erwähnten Studien werden auch Namen von „Pommerschen Antifaschisten als Mitglieder der Internationalen Brigaden in Spanien" erwähnt. Als in den dortigen Kämpfen gefallen werden Karl Wetzel, Walter Modrow, Karl Zdieia, Walter Schewe aus Köslin und August Levin aus Loitz genannt. Sie haben z. T. Offiziersrang bekleidet[29]. Der kommunistische Widerstand taucht dann nochmals Ende 1944/Anfang 1945 auf[30].

Während des Jahres 1934 war Pommern von den Auswirkungen der sogenannten „Röhm-Revolte" berührt worden. Noch im Juni 1934 war SA-Chef Röhm mit großem Gefolge durch Pommern gezogen; überall waren Fahnen, Girlanden und in Stralsund auch Transparente „Stralsund grüßt seinen Stabschef!" zu erblicken. Wenige Tage später hieß es nach seiner Ermordung: „Der Führer hat mit soldatischer Entschlossenheit und vorbildlichem Mut die Verräter und Meuterer selbst angegriffen und niedergeschmettert." Unter den bei diesem Anlaß Umgebrachten befanden sich in Pommern die unrühmlich bekannten Heines, von Heydebreck und Hofmann. Die gleichzeitig erfolgte Ermordung der Generale von Schleicher und von Bredow rief in Pommern Erregung und Proteste bei Hindenburg hervor.

---

[26] Lamprecht, Werner: Der Kampf der pommerschen Parteiorganisation der KPD gegen Faschismus und Krieg (1933—1945). In: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch, Bd. 5, 1965.

[27] Genz, Peter: Der Kampf antifaschistischer Kräfte des Kreises Grimmen gegen Faschismus und Krieg in den Jahren des Zweiten Weltkrieges. In: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch, Bd. 7, 1967.

[28] Lamprecht, Werner: Die Flucht von Hermann Matern und weiteren Kameraden aus dem Gefängnis in Altdamm bei Stettin. In: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch, Band 9, 1970/71.

[29] Lamprecht, Werner: Pommersche Antifaschisten als Mitglieder der Internationalen Brigaden in Spanien 1936—1939. In: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch, Bd. 4, 1964.

[30] Krüger, Ernst Joachim: Zum Kampf Greifswalder Antifaschisten in einer Gruppe des Nationalkomitees „Freies Deutschland" 1944/45. In: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch, Bd. 6, 1966.

Bald nach Etablierung des nationalsozialistischen Regimes begannen in Pommern die Verfolgungen jüdischer Mitbürger. 1933 tauchten überall Zeitungsaushängekästen auf, in denen Streichers „Stürmer" der Öffentlichkeit publik gemacht wurde. Dann klebten an Gaststätten, Verkaufsläden und Kinos Plakate mit der Inschrift „Juden unerwünscht!" oder „Kauft nicht bei Juden". Diese Hetze fand ihren Höhepunkt in der sogenannten „Reichskristallnacht" vom 9. November 1938. Juden wurden verhaftet, mißhandelt, ausgeplündert, jeder weiteren beruflichen Tätigkeit beraubt, manche auch erschlagen. Dann wurde der „Judenstern" eingeführt und in den Ausweisen als Vorname „Sara" oder „Israel" eingetragen. Synagogen und Betsäle wurden niedergebrannt, so in Pommern in Alt-Damm, Anklam, Bublitz, Fiddichow, Greifenberg, Greifswald, Cammin, Kolberg, Körlin, Köslin, Nörenberg, Pölitz, Pyritz, Schivelbein, Stargard, Stettin, Stolp, Stralsund, Treptow, Wangerin und Wollin.

Entrechtet, verfemt, ausgeraubt und an den Bettelstab gebracht, wurden seit Februar 1940 die jüdischen Mitbürger aus Pommern nach Polen verschleppt. Schon der Transport im Güterwagen bei schneidender Kälte forderte zahllose Opfer. In Lublin und anderen Orten Polens sind dann mehr als 2 300 jüdische Mitbürger umgebracht worden; vom Schicksal der Stettiner Juden berichtet Jacob Peiser in „Die Geschichte der Synagogen-Gemeinde zu Stettin[31]. Zwischen dem 9. November 1938 und dem 28. Oktober 1942 hat sich die Tragödie der jüdischen Mitbürger aus Pommern vollzogen.

Waren die Gegner des NS-Systems in KZ's festgehalten, so wurden bald weitere Lager bei Stepenitz, Ueckermünde, Torgelow, Wolgast und Lassan für Gefangene unterschiedlicher Art, z. B. Arbeitslager beim Gerätewerk Stargard, beim Hydrierwerk Pölitz, bei der Versuchsanstalt Peenemünde und in den Heinkelwerken Barth eingerichtet. Von den dort gefangen gehaltenen deutschen und ausländischen Zwangsarbeitern sind zahlreiche an Entkräftung oder Mißhandlung verstorben und namenlos verscharrt worden.

Damit nicht genug, wurden auch Zigeuner und im Rahmen sogenannter „Euthanasiemaßnahmen" Insassen von Heil- und Pflegeanstalten umgebracht; in Pommern geschah dies in Stralsund, Treptow, Ueckermünde, Lauenburg, Bütow und Neustettin. In diesen Anstalten waren 3 683 Menschen untergebracht, die innerhalb von zwei Jahren verschwunden sind.

Die nationalsozialistischen Verfolgungen erstreckten sich auch auf Geistliche beider Konfessionen. Im Februar 1944 sind die katholischen Geistlichen Dr. Lampert, Lorenz und der Kaplan Simoneit aus Stettin hingerichtet worden. Andere Pfarrer aus beiden Konfessionen wurden zu wiederholten Malen verhaftet oder in KZ's eingeliefert.

---

[31] Peiser, Jacob: Die Geschichte der Synagogengemeinde zu Stettin. Eine Studie zur Geschichte des pommerschen Judentums. Band 37 der „Ostdeutschen Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis". Würzburg 1965.

Gerade in Pommern hat der Nationalsozialismus einen erbitterten Kampf gegen das konservative Lager geführt. Walter Görlitz hat in einer Studie „Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Pommern" festgestetllt, daß dieser Kampf bereits vor 1933 seinen Anfang genommen hat. Unter den 1933 und 1934 Verhafteten befanden sich u. a. Hans Schlange auf Schöningen, Ewald von Kleist auf Schmenzin, der Chefredakteur der „Pommerschen Tagespost" Hans Reinholz, der nach der Freilassung nach England emigrierte. Im Juli 1936 erfolgten im Zusammenhang von Aktionen gegen monarchisch-konservative Gruppenbildungen erneute Verhaftungen; unter ihnen befanden sich: von Kleist-Schmenzin, von Braunschweig auf Standemin, Meißner auf Zuckers und Joachim Balthasar von Dewitz auf Meesow.

Im Zusammenhang mit dem sich verschärfenden Kirchenkampf wurden verhaftet: der Stettiner Heinrich Rendtorff, früherer Landesbischof von Mecklenburg, der Rittergutsbesitzer Reinold von Thadden auf Trieglaff, der 1937 gleich zweimal verhaftet wurde, und dessen Schwester Elisabeth von Thadden hingerichtet worden ist, ferner Karl Magnus von Knebel, Doeberitz im Kreis Dramburg. Im Gefolge der Verhaftungswelle nach dem 20. Juli 1944 kamen nicht nur frühere Funktionäre der Arbeiterbewegung erneut in Haft, sondern auch unter den Konservativen in Pommern erfolgten Verhaftungen. Der Rittergutsbesitzer Caminecci wurde auf dem Transport ermordet, Dr. Alexander von Kameke-Varchimshagen am 11. August 1944 und Ewald von Kleist-Schmenzin am 9. April 1945 hingerichtet. Beim Einmarsch der Russen in Pommern sind zahlreiche Gegner des NS-Systems aus dem konservativen Lager umgekommen.

Der Zusammenbruch

War Pommern selbst nach Ausbruch des Rußlandfeldzuges ungestört geblieben, so sollte sich das seit März 1942 mit Bombenangriffen auf Hafen- und Industriestädte ändern. Im Mai 1942 waren Evakuierungen aus Westpommern erfolgt, Ostpommern war vorerst ungefährdete Ruhezone. Das sollte 1943 anders werden; schweren Bombardements auf Stettin, Peenemünde und Anklam folgten Angriffe auf die weiteren Städte Pommerns. Seit Januar 1944 hörten Luftangriffe nicht mehr auf, Tiefflieger griffen Eisenbahnzüge an und legten zeitweise den Verkehr lahm.

Am 27. Februar 1945 erreichte die Rote Armee Bütow und damit die Provinz Pommern, am 18. März war ganz Ostpommern erobert, um 26. April Stettin und bis zum 4. Mai Westpommern, auch Rügen und Usedom. Die zwölfjährige nationalsozialistische Herrschaft hatte mit einer furchtbaren Katastrophe geendet. Im letzten Augenblick war Gauleiter Schwede von Rügen aus geflüchtet; zurück blieben in trostloser Situation Einwohner, Evakuierte und Soldaten, zu denen noch Zehntausende von Flüchtlingen kommen sollten[32].

---

[32] Murawski, Erich: Die Eroberung Pommerns durch die Rote Armee. Boppard/Rh. 1969.

Max Fank berichtet von seinen Eindrücken aus den letzten Kriegstagen[33]:

„Wohnstätten waren zerstört oder verwüstet, die Landschaft war durch Panzergräben aufgerissen, quer über die Straßen lagen gefällte Bäume. Überall standen Panzer und Kanonen, LKW- und PKW-Wracks. Munition und Ausrüstungsgegenstände lagen zerstreut umher. Aus den Kampfräumen geflüchtete Menschen waren von kämpfenden Truppen überrollt worden und hatten Tote unbeerdigt liegen gelassen. An Bäumen baumelten erhängte Wehrmachtsangehörige. Überall roch es nach Leichen und Kadavern. Zehntausende Flüchtlinge irrten auf den Landstraßen umher. Die Todesrate stieg 1945 bis auf 80 von 1000 Einwohnern an. Wochenlang lagen die Verstorbenen unbeerdigt auf den Friedhöfen, bis ein unerträglicher Verwesungsgeruch zur Beisetzung in Salzsäcken oder Papierhüllen zwang. Selbst am Meeresstrand herrschte ein Bild der Vernichtung: versenkte oder zerstörte Fischerboote, Motorfrachter, Segeljachten, Schiffe der Kriegsmarine, dazwischen schwemmten noch monatelang Leichen an. Was war durch die Schuld des Nationalsozialismus aus dem schönen Pommernland geworden!"

Darstellungen über die letzten Monate 1944 und den Jahresbeginn 1945 (etwa Erich Murawski „Die Eroberung Pommerns durch die Rote Armee") erwähnen kritisches Verhalten und aktiven Widerstand. Von Stralsund wird berichtet:

„Da die Bevölkerung kriegsmüde war und ihre Stadt nicht noch in letzter Minute geopfert sehen wollte, fand der in der Nacht vom 26./27. April durch überall angeklebte Zettel verbreitete Aufruf dieser Widerstandsgruppe, bei Annäherung der sowjetischen Truppen weiße Fahnen zu hissen, ein starkes Echo." In „Vorpommern wurden nördlich der Peene noch in Anwesenheit der deutschen Truppen vielfach weiße, vereinzelt auch rote Fahnen ausgesteckt, um den einmarschierenden Gegner gutwillig zu stimmen."

Widerstandsaktionen wurden in Stettin, Pölitz, Barth, Wolgast, Peenemünde und Greifswald festgestellt. Walter Görlitz berichtet aber auch, daß am 8./9. Februar 1945 die Stettiner Kommunisten „Walter Empacher, Walter Murmeister, Eugen Wilhelm, Heinz Peters und zwei weitere hingerichtet worden sind". Auch in anderen Orten Pommerns sind noch in letzter Minute Verhaftungen und Erschießungen erfolgt.

*Die Wiederbegründung der SPD in Vorpommern**

Neuaufbau der Organisation

Das Kommando der Roten Armee hatte nach der Eroberung Pommerns ursprünglich seinen Sitz in Stargard gehabt, übersiedelte aber Anfang Juli nach Güstrow, nachdem das westliche Mecklenburg von den Engländern geräumt worden war. Dort wurde am 9. Juli 1945 die „Sowjetische Militär-Verwaltung

* Nach einem Manuskript von Max Fank

[33] Nach einer von Fank angefertigten, bislang unveröffentlichten Niederschrift seiner Erlebnisse von 1945 bis 1949, in die er dem Verfasser Einsicht zu nehmen gestattete.

Mecklenburg-Vorpommern" geschaffen; in den größeren Städten waren Stadtkommandanten eingesetzt worden. Auf die erste Phase der Besetzung mit Plünderungen und Vergewaltigungen folgte nun die Etablierung der sowjetischen Herrschaft. Es begannen systematische Requisitionen und Demontagen. Die deutsche Bevölkerung vegetierte elend dahin; Hungersnot drohte, Sterbefälle und Selbstmorde stiegen sprunghaft an.

Anfang Juni 1945 ließen die Besatzer ein politisches Leben wieder anfangen. Dafür waren die Kommunisten bereits gerüstet, weil sie insgeheim Kader aufgebaut hatten. Am 16. Juni wurden in Stralsund alte Sozialdemokraten, die überlebt hatten, wie Walter Born, Max Fank, Hermann Gielow, Wilhelm Prehn und Arnold Wolff durch den vom Stadtkommandanten eingesetzten Bürgermeister Kortüm zu einer Sitzung geladen, auf der sich als kommunistische Sekretäre Kropp, Keller und Kollwitz vorstellten. Dabei wurde die Frage erörtert, ob nach den Erfahrungen von 1933 eine einheitliche Arbeiterpartei geschaffen oder in getrennten Parteien vorgegangen werden sollte. Gefühlsmäßig herrschte die Stimmung vor, e i n e Arbeiterpartei zu gründen, wenn die entsprechenden Voraussetzungen dafür geschaffen würden. Plötzlich erfolgte aber von kommunistischer Seite eine Vertagung dieses Problems. Die Ursache dafür waren wohl Direktiven aus Berlin. Außerdem wurde festgestellt:

„Die KP hatte Ende Juni 1945 in den früheren Räumen der Nazikreisleitung zwei hauptamtliche Sekretäre und 22 Angestellte, die vom Arbeitsamt von unbezahlter Enttrümmerungs- und Aufräumungsarbeit freigestellt im KP-Büro nun ebenfalls unentgeltlich arbeiteten. Die KP hatte Telefonanschluß und im Juni einen, im August schon vier PKW mit dem notwendigen Treibstoff; sie hatte auch Geld."

Hingegen verfügte die sich jetzt organisierende SPD nicht einmal über eine Schreibmaschine. Wie die erste Organisationsarbeit begann, schildert Max Fank anschaulich:

„Die Eisenbahn verkehrte unregelmäßig und unzuverlässig. Man benötigte zu jeder Fahrt eine amtliche Fahrerlaubnis und seit September 1945 eine kreisärztliche Bescheinigung, daß man läusefrei sei. In den Zügen waren Fensterscheiben zerschlagen. Sie fuhren im Dunkel ohne Beleuchtung, blieben unterwegs oft stehen, weil die auf Braunkohlen umgestellte Feuerung den Dampf nicht halten konnte oder auch die Lokomotiven abgekuppelt wurden. Die Fahrt auf der 250 km langen Strecke Stralsund—Berlin dauerte noch Anfang 1946 fast 24 Stunden. Anfang November erhielten wir einen PKW, der uns im Stadtverkehr beweglicher machte, sofern wir über Treibstoff verfügten. Außerhalb des Stadtgebietes war für jede Fahrt eine auf den Namen ausgestellte Fahrerlaubnis erforderlich, die nicht verhinderte, daß der Wagen noch mehrmals beschlagnahmt wurde."

Ungeachtet aller solcher Schwierigkeiten begann der Aufbau der SPD. Am 27. Juni 1945 wurde in Stralsund die erste Vorstandssitzung abgehalten; auf der Sitzung am 6. Juli 1945 konnte bereits 57 Aufnahmeanträgen stattgegeben werden. Ehe die erste Mitgliederversammlung durchgeführt werden konnte, lud die KP zu einer Sitzung in das Rathaus ein, bei der die Bildung eines

„Antifaschistischen Blocks“ und eine gemeinsame Versammlung vorgeschlagen wurde, die Vorbereitung dafür übernahm der KP-Sekretär Kollwitz. Erst am 15. Juli 1945 konnte die SPD, die jetzt 130 Mitglieder hatte, ihre erste Versammlung durchführen.

Eine Agitationsreise in den Unterbezirk Pommern wurde am 3. August 1945 von Parteisekretär Ernst Guth, Wilhelm Prehn und dem Vorsitzenden des Unterbezirksvorstandes, Max Fank, unternommen. In Grimmen und Loitz wurde festgestellt, daß die früheren Funktionäre Karl Holtz, jetzt Landrat in Grimmen, und Kolbe, jetzt Bürgermeister in Loitz, der KP beigetreten waren. In Demmin existierte ein Ortsverein der SPD unter Leitung von Karl Manzelmann und Rudolf Birnbaum. Die Gründung von Ortsvereinen war in Verchau, Tribsees, Franzburg und Richtenburg bereits in Vorbereitung.

Am 9. September 1945 gelang es,

„eine Zusammenkunft von Vertretern der meisten vorpommerschen Kreisvorstände in Stralsund zustande zu bringen. Beschlossen wurde hier, den Rest des früheren SPD-Bezirks Pommern als Bezirksverband Pommern im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern bestehen zu lassen.“

Auf dieser Konferenz fehlten die Kreise Randow und Ueckermünde, weil hier die Organisation noch in den Anfängen steckte. Usedom war wegen schlechter Verkehrsbedingungen nicht erschienen, aus Greifswald war ein nicht stimmberechtigter Beobachter gekommen. Zehn Tage nach dieser Konferenz teilte die SMA in Schwerin mit, daß Bezirksverbände und Unterbezirke nicht erlaubt seien.

Neue Konferenzen fanden am 16. September in Anklam, Barth und Grimmen, am 23. d. M. in Bergen und Demmin, am 30. d. M. in Greifswald statt. Auf ihnen sprach Hermann Lüdemann. Ende Dezember 1945 konnte die SPD in Vorpommern ca. 1 200 Mitglieder zählen. Dazu stellt Max Fank fest:

„Damit hatten wir mehr Mitglieder als die übrigen Parteien, einschließlich der KP. Wir hatten einen Stamm alter Genossen, in denen die sozialdemokratische Tradition lebendig war, im Gegensatz zur KP, welche ihre Parteiarbeit fast ausschließlich mit Neulingen begann. Wir waren die größte Partei geworden, trotz der Bevorzugung und vielfachen Unterstützung der KP durch die Besatzungsmacht und das Eingreifen der Roten Armee in unsere Parteiarbeit. Man versagte der vorpommerschen Parteiorganisation die Erlaubnis zum Druck von Mitgliedskarten, Satzungen usw. . . . Man verbot die Zusammenkunft in nicht angemeldeten Vorstandssitzungen . . . In Tribsees wurde der gewählte Vorsitzende des Parteivereins vom Kommandanten abgesetzt und ein anderer ernannt. In Wolgast setzte die Kommandantur die Einrichtung eines SPD-Büros durch — in einer Ecke des Parteibüros der KP . . . In Binz verhaftete die NKWD den Vorsitzenden des Ortsvereins . . . In Stralsund erschien der Polit-Offizier in einer Mitgliederversammlung und hielt ungebeten einen anderthalbstündigen Vortrag.“

So fing es mit einem Nervenkrieg an, dem sehr bald Pressionen von seiten der Militärverwaltung folgten.

Zwangsvereinigung zur SED

Ein interessantes Scheinwerferlicht auf Zustände in Vorpommern und die Freiheit politischer Entwicklung liefert das nachstehende Erlebnis von Max Fank:

„Als ich am Morgen des 2. Januar 1946 wie üblich auf meiner Dienststelle, dem Fischereiamt, erschien, um dienstliche Angelegenheiten zu erledigen, wartete hier schon ein Sowjetsoldat, der mich zur Kommandantur brachte. Sofort sollte ich zur Geburtstagsfeier des Vorsitzenden der KP, Wilhelm Pieck, fahren. Unser Parteibüro war schon angewiesen, Reisebescheinigung und Fahrkarten zu besorgen. Im überfüllten Zug quetschte ich mich auf die Plattform eines Wagens und kam so bei schneidender Kälte nachts auf dem zerbombten Stettiner Bahnhof an. Den Rest der Nacht verbrachte ich — die nächtliche Ausgangssperre war gerade aufgehoben — auf den Stufen des Parteihauses in der Behrenstraße und unterhielt mich nach Aufnahme des Bürodienstes mit Erich Gniffke. Auch er war zu der Geburtstagsfeier kurzfristig dirigiert worden. An der Feier interessierte mich nur die Begrüßungsrede von Otto Grotewohl, welche mich dann aber sehr chockierte, als sie in einer Verbrüderung unseres Vorsitzenden Grotewohl mit dem Kommunistenführer endete. Am nächsten Tage lernte ich den jovialen, Güte und Wohlwollen ausstrahlenden Wilhelm Pieck von einer anderen Seite kennen. In einer Versammlung, welche die KP für die aus Westdeutschland gekommenen Gäste einberufen hatte, sagte er: Es ist im Interesse der Arbeiterschaft notwendig, zur Verschmelzung der beiden Parteien zu kommen."

Nun begann das, was hinlänglich bekannt ist: eine Vereinigungskampagne setzte ein, wer ihr widersprach, wurde zunehmend Schikanen ausgesetzt. In der Provinz nahm man resignierend die Tatsachen hin, hatte wohl auch die Illusion, trotz einer Vereinigung sozialdemokratisches Gedankengut durchsetzen zu können. Am 2. Mai 1946 erfolgte die Zwangsvereinigung. Mit den Gemeindewahlen vom 14. September 1946 und der Landtagswahl vom 20. Oktober 1946 sowie der Bildung einer Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern am 10. Dezember 1946 wurde dann dieser Prozeß abgeschlossen. Von 22 sozialdemokratischen Mitgliedern der SED-Landtagsfraktion wurden bis 1949 bereits sieben verhaftet oder sie hatten nach Westdeutschland flüchten müssen; Bernhard Pfaffenzeller kam 1951 in einem NKWD-Gefängnis um.

Das Ende

Auch Max Fank, ein Veteran der pommerschen Arbeiterbewegung, der ihr über Jahrzehnte standhaft die Treue gehalten hat und dem das Verdienst zukommt, viele Materialien aus ihrer Geschichte gerettet zu haben, sollte die Rache der neuen Machthaber zu spüren bekommen. Er berichtet selbst:

„Wie schon bisher, besuchten mich auch in meiner Stellung als Verbandsleiter der Fischwirtschaftsgenossenschaften SPD-Genossen aus Westberlin, mit denen ich mich über die Geschehnisse im Westen Deutschlands, über welche die Zonenpresse nur spärlich und tendenziös berichtete, unterhielt. Es blieb der NKWD vorbehalten, aus diesen Unterhaltungen eine Spionagetätigkeit für ausländische Geheimdienste zu konstruieren.

Am 19. März 1949 wurde ich verhaftet. Die mir nach der Verfassung des Landes Mecklenburg vom 16. Januar 1947 im Artikel 41 als Landtagsabgeordneter gewährleistete Immunität, welche nur der Landtag mit Zweidrittelmehrheit aufheben konnte, wurde mit folgendem Schreiben vom 3. Oktober 1949 weggeräumt:

„Nach einer Mitteilung der Landtagsfraktion der SED vom 3. Oktober 1949 sind Sie aus Ihrer Funktion als Landtagsabgeordneter ausgeschieden, weil Sie nicht mehr in der Lage sind, Ihre Pflichten gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Landtages des Landes Mecklenburg zu erfüllen. Der Präsident des Landtages für Mecklenburg, Moltmann."

Bis zu diesem Tage wußten selbst Mitglieder des Landtagspräsidiums nicht, wessen man mich beschuldigte.

Erst drei Tage später, am 6. Oktober 1949, wurde ich von einem sowjetischen Militär-Tribunal nach anderthalbstündiger Verhandlung zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Erst im Februar 1950 konnte ich meiner Familie und meinen Gesinnungsfreunden in einem 25-Zeilen-Brief ein Lebenszeichen zukommen lassen."

1962 erschien eine Schrift der Kreisleitung Stralsund „Das nationale Dokument und die Entwicklung Stralsunds", in dem über Max Fank die Behauptung aufgestellt wurde:

„Als es ihm nicht gelang, die Einheit der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu verhindern, ging er zu offener Spionage über. Besonders während seiner Tätigkeit als Oberfischmeister und als Leiter vom Fischereiverband arbeitete er eng mit dem englischen Geheimdienst zusammen, betrieb Wirtschafts- und Militärspionage sowie offene Diversions- und Sabotagearbeit."

Max Fank könnte diesen Unsinn mit Verachtung übergehen, wenn ihn das nicht Jahre seines Lebens gekostet und ihn gesundheitlich ruiniert hätte.

In einem Teil Pommerns herrschen heute die Polen, im anderen die deutschen Gesinnungsfreunde Moskaus. Nachdem sie bereits den Namen Vorpommern gestrichen hatten, wurden am 25. Juli 1952 durch die Auflösung der Länder und ihre Neugliederung in 14 Bezirke die letzten landschaftlichen Traditionen beseitigt. Aber Pommern lebt im Herzen vieler Landsleute weiter und damit auch Leistung und Erbe einer freien pommerschen Arbeiterbewegung. Viele ihrer Mitstreiter haben beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands Hand angelegt, wie z. B. Minister Höft in Niedersachsen, der Bundestagsabgeordnete Bruno Leddin, in Bonn Günter Nelke, das Ehepaar Levin, Walter Haak und zahlreiche andere. Sie sind Beweis für die fortwirkende Kraft der pommerschen Arbeiterbewegung.

Zusammenstellung verfolgter Gegner des NS-Systems aus der Arbeiterbewegung in Pommern

Auf Grund einer Sammlung durch Max Fank, ergänzt durch die Materialsammlungen im „Weißbuch der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur" und in Annedore Lebers Büchern „Das Gewissen steht auf" sowie „Das Gewissen entscheidet" ferner Walter Hammers „Hohes Haus in Henkers Hand" ist diese Zusammenstellung von Namen mit Angaben über das Schicksal durch das NS-System Verfolgter erarbeitet worden.

Ahrens, Landarbeitersekretär, Bergen, 1933 im KZ umgekommen.

Anders, Heinrich, Barth, Juni 1933 im KZ, 1945 am Aufbau der SPD in Pommern hervorragend beteiligt, nach 1949 Flucht und Freitod.

Barth, Heinz, Stralsund, 1934 wegen Hochverrats zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Beckmann, Heinrich, Wolgast, Juni—September 1933 in Schutzhaft.

Behrendt, Stettin, 1936 wegen Hochverrats zweieinhalb Jahre Zuchthaus.

Berner, Wilhelm, Wolgast, Juni—September 1933 Schutzhaft.

Bertow, Erwin, Stettin, wegen Hochverrats ein Jahr Gefängnis.

Bild, Hermann, Wolgast, Juni—September 1933 Schutzhaft.

Birnbaum, Rudolf, Stralsund, Juni—Dezember 1933 im KZ.

Boldt, Georg, Stettin, 1936 im Krahnprozeß wegen Hochverrats zwei Jahre Zuchthaus.

Bredow, Walter, Stettin, 1936 im Krahnprozeß wegen Hochverrats fünf Jahre Zuchthaus.

Breuer, Stralsund, Juli 1933 KZ.

Brunck, Heinz, Stettin, 1936 im Krahnprozeß wegen Hochverrats zwei Jahre drei Monate Zuchthaus.

Burmeister, Wilhelm, Stralsund, 1936 im Roeskildeprozeß wegen Vorbereitung zum Hochverrat ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

Castenow, Walter, Stolp, 1936 im Roeskildeprozeß wegen Vorbereitung zum Hochverrat ein Jahr Gefängnis, anschließend KZ.

Dachner, Gerhard, Stettin, 1936 im Krahnprozeß wegen Hochverrats zweieinhalb Jahre Zuchthaus.

Debrow, Gerhard, Stettin, 1936 wegen illegaler Arbeit ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Decker, Ernst, Stettin, 1936 im Krahnprozeß wegen Hochverrats zweieinhalb Jahre Zuchthaus.

Dehl, Erich, Stettin, 1933 KZ, 1936 wegen Hochverrats zwei Jahre Gefängnis.

Dethloff, Garz/Rügen, 1933 KZ.

Deu, Fred Hermann, Stralsund, Juni—Dezember 1933 KZ, anschließend drei Monate Gefängnis.

Dorka, Karl, Stettin, 1936 im Krahnprozeß wegen Hochverrats zwei Jahre drei Monate Zuchthaus.

Falck, Franz, Stettin, 1936 im Krahnprozeß wegen Hochverrats dreieinhalb Jahre Zuchthaus.

Fischer, Wilhelm, Stargard, 1936 im Roeskildeprozeß wegen Vorbereitung zum Hochverrat ein Jahr Gefängnis, anschließend KZ.

Friedel, Richard, Stettin, 1936 im Krahnprozeß wegen Hochverrats fünf Jahre Zuchthaus.

Glander, Hermann, Stettin, 1936 im Krahnprozeß wegen Hochverrats fünf Jahre Zuchthaus.

Grigat, Richard, Bütow, 1933 KZ.

Hagemann, Willi, Stralsund, 1934 wegen Vorbereitung zum Hochverrat ein Jahr Gefängnis.

Haft, Alfred, Stralsund, Juli 1933 KZ.

Harder, Willi, Stralsund, 1933 KZ, anschließend nach Schweden emigriert.

Hedke, Walter, Stettin, wegen Hochverrats anderthalb Jahre Gefängnis.

Heinze, Hermann, Stralsund, 1933 KZ.

Heinze, Wolfgang, Sohn von Hermann Heinze, Januar 1945 hingerichtet.

Hildebrandt, Paul, Stralsund, 1933 und 1944 KZ.

Hiller, Franz, Stettin, 1936 in Roeskildeprozeß wegen Vorbereitung zum Hochverrat ein Jahr Gefängnis, anschließend KZ.

Holz, Alfred, Stetin, 1936 im Krahnprozeß wegen Hochverrats zwei Jahre Zuchthaus.

Kaiser, Hermann, Wolgast, Juni—September 1933 Schutzhaft.

Kirchmann, Karl, Stralsund, 1933 und 1944 KZ.

Klühs, Rudolf, Anklam, 1933 und 1944 KZ.

Klütz, Franz, Stettin, 1933—1945 fünfmal verhaftet.

Koblitz, Herbert, Stralsund, 1934 wegen Vorbereitung zum Hochverrat ein Jahr Gefängnis.

Köpke, Willi, Stralsund, 1934 wegen Vorbereitung zum Hochverrat ein Jahr Gefängnis.

Kortüm, Otto, Stralsund, 1933 KZ.

Kraatz, Karl, Wolgast, Juni—Dezember 1933 Schutzhaft.

Krahn, Karl, Redakteur des Stettiner „Volksboten", Sommer 1936 wegen Hochverrats sieben Jahre Zuchthaus.

Krüger, Bruno, Stettin, wegen Hochverrats ein Jahr acht Monate Gefängnis.

Krüger, Kurt, Stralsund, 1934 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zweieinhalb Jahre Gefängnis.

Kultermann, Ewald, Stettin, 1936 wegen Hochverrats zwei Jahre drei Monate Zuchthaus.

Lamm, Fritz, Stettin, 1935 wegen Hochverrats zweieinhalb Jahre Zuchthaus.

Last, Albert, Stettin, 1936 wegen Hochverrats drei Jahre Zuchthaus.

Leddin, Bruno, Stolp, März—September 1933 KZ, nach 1949 MdB.

Lewerentz, Friedrich, Loddin-Usedom, 1933 und 1944 KZ, Februar 1945 im KZ Belsen umgekommen.

Lukaschewitz, Erich, Stettin, 1936 wegen Hochverrats zwei Jahre Zuchthaus.

Matzdorf, Hans, Wolgast, Juni—September 1933 Schutzhaft.

Oldörp, Hermann, Stralsund, Juni 1933 KZ.

Östreich, Karl, Wolgast, Juni—September 1933 Schutzhaft.

Ott, Erich, Stettin, 1933 für mehrere Jahre KZ.

Papke, Karl, Stralsund, 1934 wegen Hochverrats zweieinhalb Jahre Gefängnis.

Pankowski, Paul, Stettin, 1933 mehrfach verhaftet, dann emigriert.

Pargmann, Wilhelm, Stettin, 1933 verhaftet, 1934 in die Schweiz emigriert, dort 1944 verstorben.

Partzsch, Richard, Köslin, seit 1933 sechsmal verhaftet, zwei Jahre Haft.

Passehl, Otto, Hohenkrug/Greifenhagen, 1933 schwer mißhandelt, im KZ, 1938 verstorben.

Peters, Karl, Stralsund, 1933 verhaftet, nach Schweden emigriert, dort 1955 verstorben.

Picht, Walter, Stralsund, Juni—Dezember 1933 KZ.

Prinz, Stralsund, Juni 1933 KZ.

Raabe, Fritz, Stettin, 1936 wegen Hochverrats zwei Jahre drei Monate Zuchthaus.

Radermann, Albert, Hoettendorf/Stettin, 1939 wegen illegaler Arbeit ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Regel, Hans, Stralsund, 1933 wegen Vorbereitung zum Hochverrat ein Jahr Gefängnis.

Richter, Walter, Stettin, 1936 wegen Hochverrats vier Jahre Zuchthaus.

Ristrow, Friedrich, Stettin, 1936 wegen Vorbereitung zum Hochverrat ein Jahr Gefängnis, anschließend KZ.

Röpke, Karl, Wolgast, Juni—September 1933 Schutzhaft.

Saeflow, Stettin, 1939 wegen illegaler Arbeit zwei Jahre Zuchthaus.

Saevecke, Robert, Stettin, 1936 im Roeskildeprozeß wegen Vorbereitung zum Hochverrat ein Jahr Gefängnis, anschließend KZ.

Scharnowski, Ernst, 1933 und 1944 Schutzhaft, 1945 dreimal von den Russen verhaftet.

Schalow, Erich, Pyritz, Polizeiwachtmeister, am 10. Januar 1934 von Nationalsozialisten erschossen.

Schmidt, Alfred, Stettin, 1939 wegen illegaler Arbeit zwei Jahre drei Monate Zuchthaus.

Schroeder, Karl, Bad Polzin, Redakteur und Schriftsteller, 1936 wegen Hochverrats vier Jahre Zuchthaus.

Schultz, Paul, Stettin, 1936 wegen illegaler Arbeit zwei Jahre drei Monate Zuchthaus.

Schumann, Gustav, Stettin, seit 1933 mehrfach verhaftet, 1944 KZ Buchenwald.

Schumann, Heinz, Stettin, wegen Hochverrats zweieinhalb Jahre Zuchthaus.

Schwanz, Albert, Kolberg, 1936 im Roeskildeprozeß wegen Vorbereitung zum Hochverrat ein Jahr Gefängnis, anschließend KZ.

Seepke, Otto, Stettin, 1936 im Krahnprozeß wegen Hochverrats vier Jahre Zuchthaus.

Siegert, Georg, Stettin, 1936 im Krahprozeß wegen Hochverrats zwei Jahre Zuchthaus.

Steboy, Ernst, Stralsund, August 1944 KZ.

Steinfeld, Erich, Wolgast, Juni—September 1933 Schutzhaft.

Stern, Karl, 1933 verhaftet, Verlust des Armes, entflohen, emigriert, 1956 in Schweden verstorben.

Stolp, Fritz, Wolgast, Juni—September 1933 Schutzhaft.

Stöwhas, Ernst, Wolgast, Juni—September 1933 Schutzhaft.

Streufert, August, Stralsund, 1933 und 1944 KZ, am 27. Dezember 1944 im KZ Neuengamme umgekommen.

Thesenvitz, Emil, Stralsund, Juni—Dezember 1933 KZ.

Thom, Bruno, Stralsund, 1934 wegen Vorbereitung zum Hochverrat ein Jahr Gefängnis.

Thram, Bruno, Stralsund, 1934 wegen Vorbereitung zum Hochverrat ein Jahr Gefängnis.

Töpper, Franz, Barth, 1933 KZ, dort umgekommen.

Voß, Wilhelm, Stettin, wegen Hochverrats drei Jahre Zuchthaus, anschließend 1935—1942 KZ.

Wegner, Ernst, Stralsund, 1933 KZ.

Westphal, Kurt, Stettin, 1936 wegen Hochverrats zweieinhalb Jahre Zuchthaus.

Wiesenhätter, Karl, junior, Stettin, 1933 KZ.

Wiesner, Erich, Stettin, 1934 wegen Hochverrats vier Jahre Zuchthaus.

Will, Kurt, Stettin, 1936 wegen Hochverrats anderthalb Jahre Gefängnis.

Will, Otto, Stettin, 1936 wegen Hochverrats zwei Jahre Zuchthaus.

Witte, Heinz, Stettin, 1936 wegen Hochverrats zwei Jahre drei Monate Zuchthaus.

Wobuss, Stettin, 1936 wegen Hochverrats zwei Jahre drei Monate Zuchthaus.

Zabel, Arthur, Stettin, 1933 wegen illegaler Arbeit neun Monate KZ Esterwegen.

Zander, Wilhelm, Stettin, 1936 wegen Hochverrats zweieinhalb Jahre Zuchthaus.

Zenk, Gerhard, Stettin, 1936 wegen Hochverrats zweieinhalb Jahre Zuchthaus.

Zimmermann, Karl, Wolgast, Juni—September 1933 Schutzhaft, 1944 KZ, dort umgekommen.

Literaturverzeichnis

Bahr, Ernst: Ostpommern 1945—1955. Frankfurt-Berlin. 1957.

Bogdan-Dopierala: Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Pommern. In: Wiss. Ztschr. d. Uni Greifswald. Sonderheft z. 40. Jahrestag d. Gr. Soz. Okt.-Rev. Gesellschafts- u. sprachwissenschaftl. Reihe Jg. VI. 1956/57.

Eggert, Oskar: Das Ende des Krieges und die Besatzungszeit in Stralsund und Umgebung 1945—46. Hamburg. 1967.

Fank, Max: 40 Jahre Sozialdemokratie. Stralsund. 1931.

Fank, Max: Pommerns Zeitungen unter nationalsozialistischem Zugriff. In: „Ost- und Mitteldeutscher Heimatbote". 11. J. Nr. 11. November 1963.

Freyer, Paul u. Schütte, Max: Historische Entwicklung der Stadt Stralsund und der Stralsunder Arbeiterbewegung. Stralsund 1914.

Herbert, Fritz: Die Sozialdemokratie in Pommern.

Görlitz, Walter: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Pommern. In: Baltische Studien. Bd. 48. 1961.

Glowacki, Andrzej: Die Forschungsthemen polnischer Historiker auf dem Gebiet der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Heft 14/1972, S. 18—30.

Hoch, Gustav: Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. In: Die neue Zeit. 23. Jahrg. Bd. 2 Nr. 27. Stuttgart. 1905.

Jancke, Karl: Die politische Tagespresse Pommerns. Diss. Heidelberg. 1921.

Kortüm, Otto: Der Vorpommer. Ein Überblick über die Entwicklung der SPD-Presse in Vorpommern. Hamburg. 1956.

Kriesche, Ulrich: Bauerntum und Großgrundbesitz in West- und Mittelpommern. Diss. Greifswald. 1939.

Matull, Wilhelm: Aus der Frühzeit der pommerschen Arbeiterbewegung. In: „Ost- und Mitteldeutscher Heimatbote". 16. J. Nr. 7/8. Juli/August 1968.

Murawski, Erich: Die Eroberung Pommerns durch die Rote Armee. Boppard am Rhein. 1969.

Peiser, Jacob: Die Geschichte der Synagogengemeinde zu Stettin. Eine Studie zur Geschichte des pommerschen Judentums. Würzburg. 1965.

Greifswald-Stralsunder Jahrbuch Bd. 1/1961 — Bd. 9/1970/71. Darin:

Jahnke, Karl Heinz: Aus den ersten Jahren der Tätigkeit der SPD in Stralsund. Bd. 1/1961.

Wilhelmus, Wolfgang: Die ersten Aktionen der Spartakusgruppe in Stettin. Bd. 1/1961.

Schroeder, Horst-Dieter: Zur Geschichte des Greifswalder Stadtparlaments 3. Teil: Von der Novemberrevolution bis zur Gegenwart. Bd. 3/1963.

Maur, Hans: Beiträge zur Geschichte der Stadt Greifswald im Sommer 1919. Bd. 3/1963.

Schreiner, Klaus: Der Anteil der revolutionären Landarbeiter des ehemaligen Regierungsbezirkes Stralsund an der Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920. Bd. 3/1963.

Lamprecht, Werner: Pommersche Antifaschisten als Mitglieder der Internationalen Brigaden in Spanien 1936—1939. Bd. 4/1964.

Jahnke, Karl-Heinz: Aus dem Kampf polnischer und deutscher Antifaschisten während des 2. Weltkrieges in Mecklenburg und Pommern. Bd. 5/1965.

Lamprecht, Werner: Der Kampf der pommerschen Parteiorganisation der KPD gegen Faschismus und Krieg (1933—1945). Bd. 5/1965.

Krüger, Ernst-Joachim: Zum Kampf Greifswalder Antifaschisten in einer Gruppe des Nationalkomitees „Freies Deutschland" 1944/45. Bd. 6/1966.

Genz, Peter: Der Kampf antifaschistischer Kräfte des Kreises Grimmen gegen Faschismus und Krieg in den Jahren des Zweiten Weltkrieges. Bd. 7/1967.

Lamprecht, Werner: Die Flucht von Hermann Matern und weiteren Kameraden aus dem Gefängnis in Altdamm bei Stettin. Bd. 9/1970/71.

Wilhelmus, Wolfgang: Der Wolgaster Zementarbeiterstreik von 1908. Bd. 9/1970/71.

Ohne Verfasser: 60 Jahre Ortsverein Stralsund im Verband der Deutschen Buchdrucker. Stralsund. 1926.